

Leitfaden für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ)

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

unter Mitarbeit von:

- Ehling, Dr. Frank W. (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)
- Ehm, Dr. Dietmar (Hanns-Seidel-Stiftung)
- Haussecker, Pamina (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt)
- Hechenberger, Renate (Landeshauptstadt München)
- Jänsch, Helga (Stadt Dortmund)
- Kirchholtes, Hermann Josef (Landeshauptstadt Stuttgart)
- Krakow, Thomas (Leipzig)
- Lübben, Dr. Stefan (Stadtreinigung Hamburg)
- Mitzscherlich, Karin (Landeshauptstadt Dresden)
- Patzelt, Katharina (Hanns-Seidel-Stiftung)
- Pohl, Wolfgang (Heinrich-Böll-Stiftung)
- Reifeld, Dr. Helmut (Konrad-Adenauer-Stiftung)
- Röhrig, Anja (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt)
- Schütz-Lembach, Gabriele (Stadt Aachen)
- Seifert, Bernd (Stadt Köln)
- Selmikeit, Katja (Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland)
- Spengler, Ines (Deutscher Städtetag)
- Spiekermann, Meinolf (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)
- Steiner, Sylvia (Centrum für internationale Migration und Entwicklung)
- Stremplat-Platte, Dr. Petra (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)
- Wagner, Stefan (Stadt Bonn)
- Walsleben, Kirstin (Deutscher Städtetag)
- Welte, Thorben (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)
- Wolf, Frieder (Stadt Köln)

Hauptgeschäftsstelle:

Sabine Drees (Referentin)
Dorothea Kesberger (Redaktion)

Stand: Januar 2011

Internet: www.staedtetag.de; E-Mail: post@staedtetag.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	5
2. Best Practice-Beispiele aus den Städten	7
2.1 Aachen: Klimaticket der Aachen-Kapstadt Partnerschaft	7
2.2 Bonn: Das SPICE-Projekt der Städte Bonn und Buchara	9
2.3 Dortmund: Die Partnerschaft Dortmund-Bondo	11
2.4 Dresden: Bündnis „Dresden-hilft“-Nothilfe nach der Erdbeben-Katastrophe in Haiti	14
2.5 Hamburg: Kooperation zwischen der Stadtreinigung Hamburg und dem Department of Solid Waste Management in Dar es Salaam	16
2.6 Köln: Bildungsprojekte in Pretoria	18
2.7 Leipzig: Städtepartnerschaft: „Leipzig Addis Abeba“	20
2.8 Stuttgart: INTEGRATION – Deutsch-Lateinamerikanische Kooperation zur Brachflächenentwicklung	25
2.9 Städtetz Kaukasus: Lernende Städte	29
2.10 Südafrika 2010: Partnerschaft mit Kick	32
2.11 Maghreb: Innovative Ideen für Stadtentwicklung	36
2.12 Unterstützung des palästinensischen Städte- und Gemeindetages (APLA) durch kommunale Experten aus Deutschland	39
3. Städtepartnerschaften in der kommunalen EZ	42
3.1 Städtepartnerschaft München-Harare	42
3.2 Städtepartnerschaft Köln–Tel-Aviv–Bethlehem	45
4. Dienst- und Arbeitsrecht: Kommunale Mitarbeiter im Auslandseinsatz	49
5. Kurzbeschreibungen der Durchführungs- und Unterstützungsorganisationen	53
5.1 Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)	53
5.1.1 Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)	53
5.1.2 Internationale Weiterbildung (InWEnt)	54
5.1.3 Entsendung von Entwicklungshelfern (DED)	55

5.1.4	Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)	56
5.2	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)	58
5.3	Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (agl) e.V.	59
5.4	Politische Stiftungen	62
5.4.1	Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)	62
5.4.2	Friedrich- Ebert- Stiftung (FES)	64
5.4.3	Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)	65
5.4.4	Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)	66
6.	EU-Förderprogramme	69
7.	RGRE- Datenbank zu kommunalen Entwicklungsprojekten und Liste kommunaler Experten	73
8.	Anhang	74

Vorwort

Mehr als 500 Kommunen in Deutschland unterhalten Beziehungen zu Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika, sind zeitlich befristete Projektpartnerschaften eingegangen oder sogar Bestandteil eines umfassenden Nord-Süd-Städtenetzwerkes geworden. In dieser Broschüre werden 15 Beispiele aus der Mitgliedschaft des Deutschen Städtetages mit Partnern aus 18 Ländern vorgestellt, die die verschiedenen Möglichkeiten und Formen des Engagements aufzeigen.

Ohne die Unterstützung der Städte können die Probleme in der Welt nicht gelöst werden. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in städtischen Gebieten, bis 2015 wird mit einer Zunahme auf bis zu 60 Prozent gerechnet. Städten in Entwicklungsländern können Städte aus Industrieländern als Kooperationspartner helfen, beispiellose demografische Verschiebungen zu bewältigen. Auch der Kampf gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels wird in den Städten gewonnen oder verloren.

Die Einsatzmöglichkeiten für kommunale Experten sind enorm. Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland hat weltweit einen Spitzenruf, und deutsche Kommunen sind gefragte Partner beim Aufbau selbstverwalteter Strukturen. Auch das Fachwissen der Experten aus Stadtverwaltungen von der Energieversorgung über die Abfallwirtschaft bis hin zur sozialen Fürsorge ist weltweit gefragt.

Ziel des Leitfadens ist es, Möglichkeiten für Städte aufzuzeigen, die noch nicht in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind und es vielleicht werden wollen. Andere Städte führen bereits Projekte mit Kommunen aus Entwicklungs- und Transformationsländern durch und möchten die Zusammenarbeit aktiver gestalten und durch nachhaltige Projekte intensivieren. Sie finden Ansprechpartner, um sich mit anderen Akteuren zu vernetzen, oder sie profitieren von den Ideen anderer Akteure für die eigene Arbeit.

Der Leitfaden richtet sich auch an potenzielle Kooperationspartner für Kommunen, wie Durchführungsorganisationen des BMZ, die sich mit dem Vorhaben tragen, ein kommunales Projekt aufzubauen. Sie haben die Möglichkeit, sich einen Überblick über das kommunale Wissen in der Entwicklungszusammenarbeit zu verschaffen, um die kommunale Arbeit in ihre Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren.

Städte handeln nicht nur aus globaler Verantwortung in der Einen Welt. Durch die Internationalisierung der Stadtverwaltungen profitieren Städte im internationalen Standortwettbewerb, Kommunen können über ihr weltweites Profil für sich werben und somit den eigenen Standort und die kommunale Wirtschaft stärken. Bei den einzelnen Projektbeispielen haben wir nicht nur danach gefragt, wie die Projekte im Ausland wirken, sondern auch danach, welchen Nutzen sie im Inland entfalten.

Wir bedanken uns bei allen Partnern und Autoren für Ihre Mitwirkung an diesem Leitfaden.



Dr. Stephan Articus

1. Einführung

Städte als Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit

Städte geraten als Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mehr und mehr in den Fokus der Entwicklungspolitik. Was sind die Aufgaben der Kommunen in der EZ? Kommunen haben eine große Bedeutung beim Aufbau demokratischer, selbstverwalteter und damit bürgernaher Strukturen in Entwicklungsländern. Städte sind sogar in Krisengebieten für den Frieden aktiv (Städtediplomatie), denn internationale Beziehungen sind nicht mehr exklusiv den Nationalregierungen vorbehalten. So bleiben oftmals Kontakte von Bürgern zu Bürgern oder von Kommunen zu Kommunen bestehen, auch wenn sich auf nationaler Ebene Spannungen ergeben. Insgesamt gibt es einen Trend zu mehr Dezentralisierung in der Einen Welt. So werden nach dem Subsidiaritätsprinzip vermehrt Aufgaben auf die lokale Ebene übertragen. Damit Kommunen diese Aufgaben erfüllen können, benötigen sie Selbstbestimmungsrechte und finanzielle Spielräume.

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Kommunen ist die kommunale Facharbeit, die langfristig und nachhaltig in den Stadtverwaltungen erbracht wird. Dabei tragen Fachleute aus Kommunen ihr Wissen in alle Regionen der Welt, und sie kooperieren auf Augenhöhe mit ihren internationalen Fachkollegen. Die Projekte umfassen verschiedene Sachgebiete, vom Umwelt- und Klimaschutz und der Daseinsvorsorge, über Stadt- und Raumplanung bis hin zur Sozialplanung. Dieser sogenannte „Kollegen-Ansatz“ ist sehr erfolgreich. Er basiert auf Vertrauen, ist oft in städtische Projektbeziehungen eingebettet und besticht durch Nachhaltigkeit. So bestehen die Kontakte zwischen Kollegen häufig weiter, auch wenn das Projekt abgeschlossen ist.

Anerkennung des kommunalen Engagements

Der Beitrag der Kommunen in der EZ wird von den Vereinten Nationen (VN) und ihren Agenturen für Entwicklungszusammenarbeit zunehmend gewürdigt. So ist die Bedeutung der kommunalen Ebene für die EZ im Rahmen des „High Level Forum on Aid Effectiveness“ in Accra, Ghana (September 2008) ausdrücklich anerkannt worden. Auch die Kommission der Europäischen Union (Mitteilung 2008) misst den Kommunen in der EZ eine große Bedeutung bei. Der Weltverband „United Cities and Local Governments“ ruft seine Mitgliedsverbände – darunter den Deutschen Städtetag – auf, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) der Städte sichtbarer zu machen. Auch der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA EZ) zur kommunalen Entwicklungspolitik (KEpol) erkennt in seinen Empfehlungen (Juni 2010) ausdrücklich das bereits vorhandene vielfältige und ideenreiche Engagement vieler deutscher Kommunen an.

Organisation der kommunalen Einsätze

Grundsätzlich sind die Formen des kommunalen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit so vielfältig wie die Projekte selbst. Während sich anfänglich die kommunale Entwicklungszusammenarbeit vor allem über Städtepartnerschaften abbildete, haben sich in jüngster Zeit auch viele Projektpartnerschaften ergeben. Viele Kommunen scheuen formalisierte Partnerschaften und sind eher bereit, Projektpartnerschaften einzugehen. Die Formen der Entwicklungszusammenarbeit sind sehr unterschiedlich und reichen von eher kurzen Einsätzen zusammen mit der GTZ und anderen Durchführungsorganisationen (DO) des BMZ über EU-Projekte zu langjährigen Partnerschaften unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung. Der Deutsche Städtetag führt eine Liste von rund 140 Experten aus deutschen Kommunen, die weltweit an Einsätzen in Entwicklungsländern teilgenommen haben.

Finanzierung des kommunalen Engagements

Einsätze in Entwicklungsländern sind kostspielig und in der Regel nicht ohne weiteres aus städtischen Haushalten zu finanzieren. Die staatlichen Ebenen benötigen den Sachverstand der Kommunen als Träger der kommunalen Selbstverwaltung und als Experten für die kommunale Facharbeit. Kommunen, die keine originäre Zuständigkeit für die Entwicklungszusammenarbeit haben, benötigen den Sachverstand des Bundes. Damit die kommunalen Experten ihr Wissen auch einbringen können, benötigen sie hierfür die finanzielle Unterstützung des Staates. Das geschieht beispielsweise dadurch, dass kommunale Projekte in Kooperation mit Partnern durchgeführt werden und die Durchführungskosten (zumindest teilweise) von staatlichen DO getragen werden. Andere Projekte werden über EU-Förderprogramme, aus Spenden oder Eigenmitteln finanziert.

Vorteile der Entwicklungszusammenarbeit für die Städte

Durch die Internationalisierung der Stadtverwaltungen profitieren Städte im internationalen Standortwettbewerb, Kommunen können über ihr weltweites Profil für sich werben und somit den eigenen Standort stärken. Einigen Städten ist es gelungen, sich weltweit als „Global City“ zu vermarkten und internationale Unternehmen und Institutionen zu gewinnen.

Auslandseinsätze bieten auch Vorteile innerhalb der Stadtverwaltungen. Die Qualifizierung des Personals erhöht sich durch fachliche und organisatorische Herausforderungen in sachverwandten Problemlagen. Mitarbeiter können von den Einsätzen wertvolle Erfahrungen für die eigene Kommune mitbringen. Dies können z.B. fortschrittliche Managementtechniken sein, aber auch interkulturelle Fähigkeiten und Sprachen.

Kommunale Entwicklungs- und Projektpartnerschaften schaffen Nähe zum Bürger und fördern das Zusammenleben in der Kommune. Migranten und Migrantinnen aus Entwicklungs- und Transformationsländern (communities) kommt eine bedeutende Rolle als Mittler zwischen Stadtverwaltungen und Partnerkommunen aus Migrationsländern und der jeweiligen Bevölkerung zu. Durch ihre Bürgernähe haben die Kommunen viele Möglichkeiten, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen zu entwickeln und so die Zivilgesellschaft für die EZ zu mobilisieren. Wichtig hierfür ist eine enge Verzahnung von Auslands- und Inlandsaktivitäten in den Kommunen, um die entwicklungspolitische Bildungsarbeit überzeugend gestalten zu können.

2. Best-Practice-Beispiele aus den Städten

Die Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit greifen weltweit. Die folgenden Best-Practice Beispiele zeigen einen Ausschnitt dieses Wirkens. Im folgenden Teil werden Projekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aus 18 Ländern beschrieben. Die Wirkungsstätten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit sind in Süd- und Ostafrika, in Regionen wie dem Kaukasus (Aserbaidzhan, Armenien, Georgien), den Maghrebstaaten (Marokko, Algerien, Tunesien) oder im Nahen Osten (Palästinensische Autonomiegebiete).

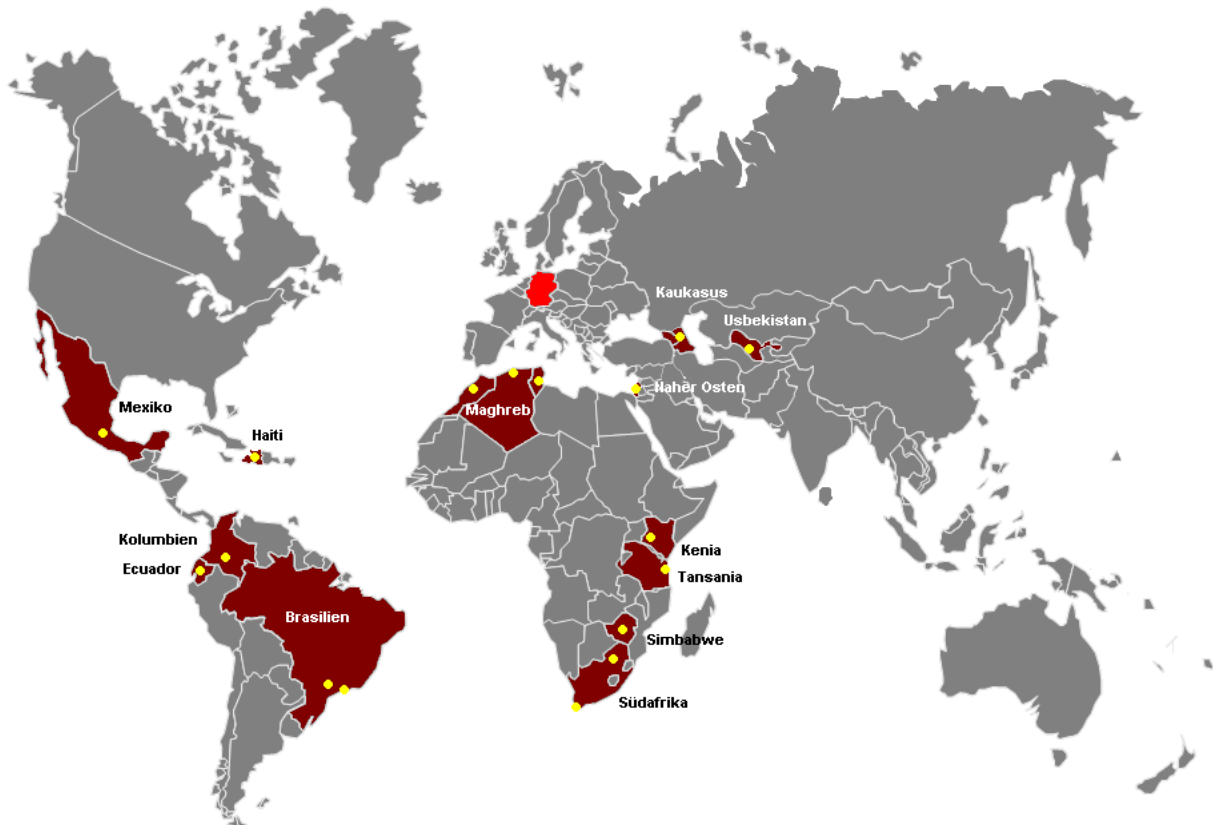


Abb. 1: Wirkungsstätten der Projekte des Leitfadens (Quelle: eigene Darstellung)

2.1 Aachen: Klimaticket der Aachen-Kapstadt-Partnerschaft

Der Klimawandel stellt auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine der größten Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten dar. Der steigende CO₂-Ausstoß führt dazu, dass Wetteranomalien und schwere Naturkatastrophen zunehmen werden. Umso wichtiger ist es, Verknüpfungspunkte zwischen umweltbewusstem Verhalten und der Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen. Das ist Grundlage für das Aachener Klimaticket im Rahmen der Agenda 21-Partnerschaft. Die Agenda 21-Partnerschaft zwischen Aachen und Kapstadt ist 1999 im Rahmen des Agenda-Prozesses in Aachen entstanden. Nichtregierungsorganisationen schlugen eine Partnerschaft im Entwicklungszusammenhang vor: Es bestanden Kontakte des Aachener Welthaus e.V. mit einer Nichtregierungsorganisation (NGO) in einem Township in Kapstadt. Der Rat der Stadt folgte dem Vorschlag einer kommunalen Entwicklungspartnerschaft; seit dem Jahr 2000 arbeiten die beiden Kommunen, verschiedene Vereine in Nord und Süd und engagierte Einzelpersonen erfolgreich zusammen.

Die Partnerschaft besteht aus vielen Einzelprojekten, die jeweils Themenbereiche miteinander verbinden. So werden Agenda-21-Inhalte auf konkreter lokaler Ebene erfahrbar gemacht. Gerade in Kapstadt wird der Klimawandel in Zukunft erhebliche Auswirkungen haben, durch

die Küstenlage am Atlantik wird die Stadt durch den steigenden Meeresspiegel starken Veränderungen ausgesetzt werden.

Projektbeschreibung

Klimagerechtes Handeln ist wichtig, dennoch können nicht alle Menschen auf ihr Auto oder das Flugzeug verzichten. Ein Ansatz, wie klimagerechtes Verhalten dennoch möglich ist, zeigt das Aachener „Klimaticket“ auf. Dem liegt der allgemeine Gedanke von Klimakompensationstickets zugrunde: Durch einen symbolischen Geldbetrag sollen die freigesetzten Emissionen (überwiegend des klimaschädlichen CO₂) kompensiert werden. Große Organisationen (z.B. myclimate, atmosfair) investieren weltweit in Klimaschutzprojekte, sind professionelle Organisationen geworden und arbeiten mit führenden Reiseunternehmen zusammen.

Small is beautiful: Der Förderverein der Aachen-Kapstadt-Partnerschaft erfand ein lokales Klimaticket. So können an den Förderverein Aachen-Kapstadt e.V. pro Flugstunde 5Euro Kompensationsgebühren gespendet werden. Bei einem Hin- und Rückflug nach Mallorca fallen somit 20Euro Kompensation an, wovon in Kapstadt ein etwa 100m² großer Gemüsegarten geschaffen werden kann. Die Aachener Spenden-Gelder fließen im Süden direkt in ein besonderes Begrünungsprojekt. Der Verein Abalimi Bezekhaya (das bedeutet „Pflanzer rund ums Haus“ in der Landessprache Xhosa) arbeitet in den ärmsten Vierteln der Stadt und lehrt die Menschen kompostieren, Beete anlegen, pflanzen, ernten und die Ernte verarbeiten.

Die Aachener Spendengelder nutzt Abalimi für das Projekt „Harvest of Hope“ und verbessert sofort und dauerhaft die Lebensbedingungen, die Ernährung der Menschen, auch die Infrastruktur und das Mikroklima. Es gelingt, die Spenden nahezu ohne Verluste zu überweisen, weil der Förderverein alle Absprachen und Buchungen ehrenamtlich erledigt. Das erste Jahr Aachener Klimaticket lässt sich sehr positiv bilanzieren: über 1500 Euro Spenden wurden eingenommen. Dies sichert ein Jahr lang für mindestens 12 Kleinfarmer und deren Familien (über 60 Menschen) Nahrung und Einkommen. Mehr als 700 kg Gemüse werden im Laufe eines ganzen Jahres erzeugt: Was über den Eigenverbrauch hinaus erwirtschaftet wird, wird vermarktet.

Inhaltlicher Input der Kommune

Die Stadt Aachen unterstützt die gesamte Partnerschaft organisatorisch und strukturell (Teil einer Sachbearbeiterstelle, Öffentlichkeitsarbeit, Koordination und öffentliche Präsenz).

Auswirkungen im Partnerland

Das Projekt „Harvest of Hope“ von Abalimi ist ein soziales Unternehmen, das die „Community Gardens“ dauerhaft am lokalen Markt unterstützt. „Harvest of Hope“ arbeitet seit 2008 in Khayelitsha und Nyanga: Menschen werden ausgebildet und übernehmen Verantwortung für das Ernten, Verpacken, Ausliefern der Ware. Die Farmerinnen erzielen ein faires Einkommen, die Kunden erhalten organisch angebautes Gemüse aus lokaler Produktion (niedriger CO₂-Fußabdruck) – das Gemüse wird in „green bags“ über Schulen und lokale Märkte erfolgreich vermarktet. Abalimi kann mit den Spenden aus Aachen die Arbeit ausweiten, die internationale Unterstützung erhöht die Anerkennung im eigenen Land.

Auswirkungen im Inland

Die Zusammenarbeit zwischen Aachen und Kapstadt führt seit 10 Jahren die Arbeit von Vereinen, Verwaltung und engagierten Einzelpersonen zum Thema „Nachhaltigkeit in der Praxis“ zusammen. Die Projekte werden von vielen Einzelpersonen und namhaften Organisationen sowie staatlichen Durchführungsorganisationen unterstützt (InWEnt, gtz, Misereor,

Sternsinger, Egidius-Braun-Stiftung etc.). Diese Form von praktischer Entwicklungszusammenarbeit ist vorbildhaft. Besonders viele junge Menschen haben sich an Austauschprogrammen beteiligt, wichtige Impulse für ihr Leben erhalten und sind dem Entwicklungszusammenhang treu geblieben; bisher haben zwei politisch besetzte Aachener Delegationen Kapstadt besucht.

Finanzierung

Das hier beschriebene „Klimaticket“ wird rein aus Privatspenden finanziert, eine Gruppe kümmert sich um Spendenwerbung, Anerkennungskultur und Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt Aachen übernimmt teilweise Personalkosten.

Ansprechpartnerin:

Gabriele Schütz-Lembach
c/o Aachen Fachbereich Umwelt
Reumontstraße 1
52066 Aachen
Tel.: 0241 4323615
Fax: 0241 4323699
Mail: gsl@mail.aachen.de
Homepage: www.aachen-kapstadt.de
oder Abalimi Bezekhaya www.abalimi.org.za und www.harvestofhope.co.za

2.2. Bonn: Das SPICE-Projekt der Städte Bonn und Buchar

Internationale Ausrichtung hat in Bonn Tradition. Fast 50 Jahre als Bundeshauptstadt und Regierungssitz der Bundesrepublik Deutschland haben Bonn geprägt und seine internationale Kompetenz in besonderer Weise entwickelt. Dies kommt der Stadt jetzt zugute: seit 1996 ist Bonn deutsche UNO-Stadt. 18 UN-Organisationen mit mehr als 850 Mitarbeitern haben in Bonn ihren Sitz, darunter das Klimasekretariat der Vereinten Nationen. Auch zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sind in Bonn ansässig.

Die Stadt Buchar (Usbekistan) ist eine alte Karawanenstadt am Knotenpunkt der historischen Seidenstraße. Hier vereinen sich Kultur und Architektur zweier Kontinente. Die Altstadt Bucharas mit ihren Moscheen und Medresen gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die Stadt, am Rand einer Oase mitten in der Wüste gelegen, hat in besonderer Weise mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen. Seit 2000 besteht eine Partnerschaft mit der Stadt Bonn. Schwerpunkt der Zusammenarbeit bilden Projekte zum Umwelt- und Klimaschutz und zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus.

Projektbeschreibung „SPICE“

SPICE (Schools Partnership to Improve the Conservation of Energy) ist ein Schulprojekt zur Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energie. Es wurde in den Jahren 2005-2007 mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union durchgeführt. Ziel des Projektes ist es, das Bewusstsein für die Ursachen und Folgen des Klimawandels bei jungen Menschen in beiden Städten zu stärken und eigene Beiträge zum Klimaschutz zu entwickeln. Hierzu gehört der sparsamere Umgang mit Energie (z. B. durch den Einbau von Energiesparlampen) ebenso wie die Nutzung von Solarenergie im Schulbereich. Im Rahmen des SPICE-Projektes fand über zwei Jahre hinweg ein intensiver Austausch von Schülern und Lehrern aus Buchar und Bonn statt. Gemeinsam wurden u. a. Lehrmaterialien erarbeitet, Informationsbroschüren und Ausstellungen entwickelt, eine eigene Projektwebsite erstellt. Begleitet wurde das Projekt im Rahmen der Städtepartnerschaft Bonn – Buchar durch den Austausch von Schul- und Verwaltungsexperten. Auch nach dem Auslaufen der finanziellen

Förderung im Jahr 2007 besteht die Zusammenarbeit zwischen den Schulen weiter fort. Das Projekt erhielt bereits mehrere Auszeichnungen, u. a. als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Vom 19.-25. September 2010 wurde das SPICE-Projekt auf der Urban Best Practice Area im Rahmen der Weltausstellung EXPO 2010 in Shanghai präsentiert, die in diesem Jahr unter dem Motto „Better cities – better life“ steht.

Inhaltlicher Input der Kommune

Das Projekt „SPICE“ ist unmittelbar aus der Städtepartnerschaft Bonn – Bucharas heraus erwachsen. Im Jahr 2003 fand in Bucharas eine Jugend-Zukunftskonferenz statt, an der auch die damalige Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Bärbel Dieckmann, teilgenommen hat. Dabei wurde die Idee geboren, den Austausch von jungen Menschen aus beiden Städten über globale Zukunftsfragen wie Umwelt- und Klimaschutz zu intensivieren. Hieraus wurde die Idee des SPICE-Projekts entwickelt, das mit finanzieller Förderung der EU durchgeführt werden konnte und dazu beigetragen hat, über den Erfahrungsaustausch hinaus ein Netzwerk von Kontakten zwischen Schülern, Lehrern, Verwaltungsfachkräften und Mitgliedern von Vereinen und Organisationen aus Bonn und Bucharas aufzubauen, das bis heute trägt.

Ergebnisse / Veränderungen im Partnerland

Lange Zeit war in Bucharas das Thema Energie nur von geringer Bedeutung. Grund hierfür war das große Vorkommen an fossilen Energieträgern. Erst das rasante Ansteigen der Energiepreise in den vergangenen Jahren hat auch hier zu einem Umdenken geführt. Darüber hinaus ist Bucharas von den Folgen des Klimawandels in besonderer Weise betroffen. Die Region leidet bereits heute unter den Folgen der Trockenheit und der zunehmenden Versalzung der Böden. Das SPICE-Projekt kam daher zur rechten Zeit. Es sollte zum einen zum schrittweisen Bewusstseinswandel insbesondere bei der jungen Bevölkerung Bucharas beitragen, zum anderen aber auch einen konkreten Beitrag zur Bildung und Qualifizierung leisten. Durch die Installation einer Solaranlage auf dem Dach der Projektpartnerschule in Bucharas können die Schüler nicht nur Solarstrom zur eigenen Verwendung erzeugen, sondern lernen im Unterricht auch den Umgang mit Solartechnik und deren Anwendungsmöglichkeiten. Mittlerweile nehmen alle Schulen in Bucharas am SPICE-Projekt teil, so dass ein breiter Erfahrungsaustausch sichergestellt wird. Das Interesse an den angebotenen Arbeitsgruppen ist sehr groß. Auch die Stadtverwaltung (Hokimiat) von Bucharas unterstützt das Projekt. In Zukunft soll die Zusammenarbeit beim Klimaschutz noch weiter ausgebaut werden. Ein Ansatz hierfür ist das Modellprojekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWent, an dem sich Bonn mit seinen Partnerstädten Bucharas und Cape Coast (Ghana) beteiligen möchte.

Ergebnisse / Veränderungen im Inland

Auch in Bonn hat das SPICE-Projekt Wirkung entfaltet. Im Rahmen von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und Pressekonferenzen warben die Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz. Mehrfach wurde das Projekt auf Veranstaltungen in Bonn präsentiert, so zum Beispiel beim Tag der Vereinten Nationen 2009 auf dem Bonner Marktplatz. Das SPICE-Projekt hat nachhaltig zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen Bonn und Bucharas beigetragen und den Klimaschutz zum wichtigsten Thema der städtepartnerschaftlichen Zusammenarbeit gemacht.

Finanzierung

Gesamtvolumen: 184.450 Euro
Finanzierungsanteil EU: 143.000 Euro
Eigenanteil Bonn/Bucharas: 41.450 Euro

Perspektiven

Das SPICE-Projekt bettet sich ein in die seit 1999 bestehende Partnerschaft zwischen Bonn und Bucharu. Die Städtepartnerschaft bildet den Rahmen für dieses und andere Projekte – auch in der Zukunft. So ist vorgesehen, die Zusammenarbeit insbesondere in Fragen des Klimaschutzes weiter auszubauen. Dazu gehört auch der fachliche Austausch in Fragen des Abfallmanagements und der Förderung eines nachhaltigen Tourismus, z. B. durch die Ausbildung von Fachkräften aus der Gastronomie und der Tourismusindustrie.

Ansprechpartner

Stefan Wagner
Stadt Bonn
Vorstandsreferat Internationale Angelegenheiten und Repräsentation
Altes Rathaus Markt
53111 Bonn
Tel.: 0228 773500
Fax: 0228 775341
Mail: stefan.wagner@bonn.de
Homepage: www.spice.bonn.de

2.3 Dortmund: Die Partnerschaft Dortmund-Bondo

Kenia hat wirtschaftlich aufgeholt, so ist Nairobi zum dominierenden Wirtschafts- und Handelszentrum in Ostafrika herangewachsen. Die aufstrebende Wirtschaftsmacht Kenia hat aber auch eine Kehrseite, die vom Wirtschaftswachstum nicht profitiert. Im aktuellen Human Development Index (HDI) von 2009 belegt Kenia Platz 147 von 182 untersuchten Ländern. Hiermit rangiert es auf einer ähnlichen Ebene wie Haiti, Bangladesch oder Papua-Neuguinea. Diese enormen Gegensätze zeigen sich sehr gut am Problem der Wasserversorgung im westlich gelegenen Bezirk Bondo.

Obwohl einige Regionen des Bezirks Bondo an den Victoriasee grenzen, mangelt es an sauberem Trinkwasser. Durch die Versalzung und Verlandung der Wasserstellen sowie die Verschmutzung durch fehlende Sanitäranlagen und gesonderte Tränken für das Vieh entstehen weitere erhebliche Probleme, die wiederum zu Krankheiten wie Durchfall, Parasitenbefall, Haut- und Augenkrankheiten führen.

Aus diesem Grund gehört der Bezirk Bondo zu den am meisten benachteiligten Regionen Kenias, er hat außerdem eine vergleichsweise schlechte Infrastruktur und eine höhere Arbeitslosenquote als andere Regionen. Vor allem die arbeitende Bevölkerung, aber auch andere Bevölkerungsschichten, weisen eine hohe Infektionsrate von Malaria und AIDS auf. Ein weiteres Problem ergibt sich dadurch, dass die Versorgung mit Trinkwasser Aufgabe der Frauen und Mädchen ist. Oftmals werden dadurch wesentliche Unterrichtsinhalte an Schulen verpasst, da lange Wege während der Schulzeiten zurückgelegt werden müssen. Die Konsequenz ist der Verlust der Chancengleichheit der Mädchen in Bezug auf Bildung.

Diesem Problemkomplex hat sich das Dortmunder Projekt „Jeder Tropfen zählt“ angenommen. Die Anfänge liegen im Jahr 1995, in dem die Weltgruppe Aplerbeck der Evangelischen Georgs-Kirchengemeinde Dortmund eine enge Verbindung zur GENO Development Community Initiative, einer seit 2007 anerkannten Nichtregierungs-Organisation in Bondo aufgenommen hat. Schwerpunkte der kontinuierlichen Arbeit GENOs sind AIDS-Prophylaxe, Malaria-Prophylaxe und der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Weiterhin ist GENO bemüht, Kleinerwerbstätigkeiten zu schaffen, Schulungen im ökologischen Landbau durchzuführen sowie Flüchtlingshilfe und Friedensarbeit zu leisten.

Durch die Zusammenarbeit im Dortmunder Aktionsbündnis zum Fairen Handel entstand 2007 der Kontakt der Katholischen Hauptschule in Husen zur Nyangoma Boys' School in Bondo, woraus sich eine auf beiden Seiten beruhende Schulpartnerschaft entwickelte. Die Stadt Dortmund unterstützt die Projektpartnerschaft durch die Arbeit im Dortmunder Aktionsbündnis zum Fairen Handel.

Partner in Kenia sind neben der bereits erwähnten Nyangoma Secondary School und der GENO Community Development Initiative die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), beratend in Nairobi, sowie das Bondo County Council.

Das generelle Ziel des Projekts ist es, die Versorgung mit sauberem Trinkwasser zu gewährleisten und damit die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen. Dabei geht es immer auch um frauenspezifische Belange. Witwen bekommen als „Wasserwächterinnen“ die Möglichkeit eines geringfügigen Verdienstes, damit ihnen ein eigenständiges und selbstbestimmendes Leben möglich wird.

Projektbeschreibung

Das Projekt gliedert sich bisher in zwei Projektphasen. Für die erste Phase des Modellprojekts wurden zunächst die vier Regionen Central Sawaka, West Sawaka, Township und North Yimbo ausgewählt, wo insgesamt acht große und zwölf kleine Regenwassertanks aufgestellt werden konnten. In jeweils einer Region wurden, sowohl an einer Kirche als auch an einer Schule Regenwassertanks mit einem Volumen von je 24.000 Litern installiert. Zusätzlich zu diesen Standorten bekamen in jeder Region jeweils drei Grundstücke von Witwen einen Regenwassertank mit einem Fassungsvermögen von 6.000 Litern, so dass rund 6.300 Menschen mit sauberem Trinkwasser versorgt werden konnten. Im zweiten Schritt wurden weitere sechs Regenwassertanks an Schulen gebaut.

Inhaltlicher Input der Kommune

Die Kommune unterstützt das Projekt durch die Suche nach möglichen Sponsoren, durch die Finanzierung einer Wasserstudie und einer Akquise-Broschüre sowie Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung mit anderen Akteuren aus dem Aktionsbündnis.

Ergebnisse / Veränderungen im Partnerland

Nach den ersten beiden Phasen des Projekts ist es den Verantwortlichen gelungen, die Wasserknappheit in der Gesamtregion Bondo zu reduzieren. Zugleich erhöht das saubere Trinkwasser die Lebensqualität der Einwohner und schützt vor Krankheitserregern. Die zuvor in der kenianischen Gesellschaft verachteten Witwen haben sich inzwischen als „Wasserverwalterinnen“ neu etabliert. Die Mädchen an den beteiligten Schulen erhalten zudem die gleichen Chance auf Bildung, da sie regelmäßig am Unterricht teilnehmen können.

Auch unter ökonomischen Gesichtspunkten konnte den Bewohnern von Bondo geholfen werden. Der Zugang zu Wasser erlaubt nun eine bessere landwirtschaftliche Nutzung wie z.B. für den Anbau von Heilkräutern, deren Wirkung in Seminaren weitergegeben wird und den Aufbau einer kleinen Ziegenherde. Als weiteres Ergebnis wurde das Ecosan-Projekt der GTZ auch in der Bondo-Region etabliert. Bei Ecosan wird Abwasser soweit aufbereitet, dass es zur Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen verwendet werden kann und Fäkalien zur Düngung der Felder genutzt werden können. Diese Weiterverwertung führt auch zu einem Rückgang der Schadstoffbelastungen im Wasser und orientiert sich stark am Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit.

Ergebnisse / Veränderungen im Inland

Im Jahr 2007 entstand, Dank der Mitarbeit im Dortmunder Aktionsbündnis zum Fairen Handel, der Kontakt der Katholischen Hauptschule in Husen zur Nyangoma Boy's School in Bondo, so dass der Grundstein für eine bis heute andauernde, lebendige Schulpartnerschaft gelegt werden konnte.

Auch durch Aktionen in Deutschland wurde das Projekt „Jeder Tropfen zählt“ voran gebracht. Die Klasse 8c der Gertrud Bäumer Realschule führte im Juli 2010 eine „Faire Autowaschaktion“ durch und servierte für Wartende „fair gehandelten“ Kaffee, Tee und Snacks. Die Erlöse wurden direkt an das Bondoprojekt gespendet. Bei der alljährlichen „Wanderung gegen den Hunger“ der Hauptschule Husen, kamen die Erlöse der „Nyang'oma Secondary School“ in Bondo zugute. Des Weiteren wurden Unterrichtsstunden zu dem Projekt durchgeführt.

Das von der Weltgruppe Aplerbeck geleitete „Bistro Karibu“ realisiert jeden letzten Freitag im Monat eine Benefizveranstaltung zu Gunsten der Anti-AIDS-Arbeit der GENO in Bondo. Zusätzlich werden Erlöse weiterer Aktionen der Kirchengemeinde gespendet, z.B. 50 Euro pro Monat für Moskitonetze durch das Gemeindecafé.

Finanzierung

Das Projekt hat ein Volumen von bislang ca. 50.000 Euro. Es wird finanziert durch Landesmittel über InWEnt sowie einen Eigenanteil, der von den Projektpartnern aus Dortmund aufgebracht wird.

Perspektiven

Auch weiterhin soll der Region Bondo geholfen werden. So sollen dort zusätzliche Regenwassertanks aufgestellt werden. Außerdem planen die Verantwortlichen, einen Motorroller anzuschaffen, damit die Betreuer einfacher und schneller zu den einzelnen Standorte gelangen können.

Ansprechpartner

Allmut Vierling
Weltgruppe Aplerbeck der Ev. Georgs-Kirchengemeinde
Ruinenstr. 37
44287 Dortmund
Tel.: 0231 44 34 96
Mail: info@weltladen-aplerbeck.de
Homepage: www.weltladen-aplerbeck.de

Helga Jänsch
Stadt Dortmund-Agenda Büro
Südwall 2-4
44122 Dortmund
Tel.: 0231 5022067
Fax: 0231 5026447
Mail: Hjaensch@stadtdo.de
Homepage: www.Dortmund.de/agenda

Hauptschule Husen
Frau Eva Pieper
Husener Eichwaldstr. 270, 44319 Dortmund
E-Mail: hshusendo@compuserve.de
www.hshusen.de

Informationszentrum Dritte Welt
Herr Günter Schulz
Schürener Str. 85, 44269 Dortmund
E-Mail: info@iz3wdo.de
www.iz3wdo.de

2.4. Dresden:

Bündnis „Dresden-hilft“ - Nothilfe nach der Erdbebenkatastrophe in Haiti

Das Bündnis „Dresden hilft“ ist seit 2004 ein etablierter Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Entstanden ist das Bündnis nach der Tsunami Katastrophe im Indischen Ozean am 25. Dezember 2004. Damals schlossen sich die Landeshauptstadt Dresden und die Hilfsorganisation "arche noVa" im Aktionsbündnis „Dresden hilft“ zusammen. Diesem Aktionsbündnis schlossen sich weitere Institutionen, Vereine und Bürger an, so dass das Aktionsbündnis auf eine breite Unterstützungsbasis zurückgreifen kann. In der Bevölkerung des 2002 vom Elbehochwasser stark getroffen Dresden entwickelte sich ein Solidaritätsgefühl und der Wunsch zu handeln. So reiste die Dresdner Hilfsorganisation "Arche noVa - Initiative für Menschen in Not e.V". in die vom Tsunami betroffenen Gebiete um Soforthilfemaßnahmen zu initiieren. Seit dieser Zeit werden neben Soforthilfeinsätzen auch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der Bildungsarbeit durchgeführt, so z.B. in Asien, Zentralafrika, auf dem Balkan und in Mittelamerika.

Auch 2010 wurde das Know-how von arche noVa wieder für einen Soforthilfeinsatz benötigt. Am 12. Januar 2010 erschütterte ein Beben mit der Stärke 7,3 auf der Richterskala Haiti. Dieses Beben traf das ärmste Land Amerikas mit voller Härte. Haiti, das unter schwachenstaatlichen Institutionen und einer mangelhaften Infrastruktur leidet, war nur unzureichend auf das Erdbeben vorbereitet. Die Hauptstadt Port-au-Prince in der etwa 2,2 Millionen der 9 Millionen Haitianer leben, wurde durch das Erdbeben nahezu komplett zerstört. Schätzungen gehen davon aus, dass durch das Erdbeben bis zu 220.000 Menschen umgekommen sind. Haiti gehört im Index der gescheiterten Staaten seit einiger Zeit zu den 20 schwächsten Ländern der Welt. Innerhalb weniger Wochen wurde von der Weltgemeinschaft ein beispielloser Nothilfeinsatz organisiert. An diesem beteiligte sich auch die Stadt Dresden im Rahmen des Bündnisses „Dresden hilft“.

Projektbeschreibung

Direkt nach dem Erdbeben reisten sechs Mitarbeiter von arche noVa nach Haiti und errichteten in dem besonders betroffenen Ort Léogâne, direkt über dem Epizentrum des Hauptbebens, eine Trinkwasseraufbereitung. Diese versorgte die Menschen vor Ort täglich mit etwa 12.000 Litern Trinkwasser. Zudem wurden Lebensmittel vor Ort verteilt und ein Feldlazarett eingerichtet, in dem innerhalb von zwei Wochen etwa 1.500 Patienten versorgt wurden. Zur Verbesserung der hygienischen Situation vor Ort wurden Waschplätze und temporäre Toilettenanlagen errichtet. Eine weitere Trinkwasseraufbereitungsanlage wurde in Carrefour, einer 500.000 Einwohner Stadt in der Nähe von Port-au-Prince errichtet, die als eine der größten und gefährlichsten Slumsiedlungen der Insel gilt. Nach diesen Soforthilfemaßnahmen richtet sich die Hilfe von arche noVa nun auf ein längerfristiges Engagement auf Haiti ein.

Mittelfristig steht nicht mehr die Soforthilfe sondern die dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen auf der Insel im Mittelpunkt. Arche noVa engagiert sich nun in Petit Goâve etwa 60 Kilometer westlich von Port-au-Prince. Die 120.000 Einwohner Stadt und ihr Umland waren lange Zeit ohne Hilfe gewesen und es fehlte an den grundlegendsten Versorgungsgütern. In Kooperation mit anderen Hilfsorganisationen, dem US-amerikanischen und dem spanischen Militär, hat arche noVa ein Versorgungskonzept für die Region. In der gesamten Region werden mit australischer Hilfe, 30 Anlagen zur Wasserfilterung installiert, welche oh-

ne Strom arbeiten. Durch diese neuen Anlagen konnten die Trinkwasseraufbereitungsanlagen aus Carrefour nach Petit Goâve überführt werden. In den Gemeinden Charlemagne und Lacule, in der Nähe von Petit Goâve wurden von arche noVa Speichersysteme an vorhandenen Quellen errichtet und eine neue Quelle für den Ort erschlossen. Dadurch können die in der Vergangenheit auftretenden Versorgungsengpässe mit Trinkwasser verhindert werden. Um die katastrophalen hygienischen Zustände zu verbessern, wurden Waschplätze für Haushalt und Körperhygiene eingerichtet. So wird Infektionskrankheiten vorgebeugt.

Inhaltlicher Input der Kommune

Die Landeshauptstadt Dresden unterstützt die Hilfsorganisation arche noVa durch gemeinsame Pressearbeit und Aufrufe zu Spendenaktionen. Die Stadt hilft bei der Vermittlung von Ansprechpartnern und leistet finanzielle Unterstützung. Im Dresdener Umweltzentrum können sich Bürger die Verwendung der Spenden erläutern lassen. Auch die DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH unterstützt das Bündnis.

Ergebnisse / Veränderungen im Partnerland

Der Nothilfeinsatz von arche noVa ist weitgehend abgeschlossen. In den am stärksten betroffenen Städten im Großraum Port-au-Prince ist es gelungen, eine grundlegende Wasserversorgung herzustellen. Nun konzentriert sich das Engagement des Bündnisses auf die dauerhafte Verbesserung der Situation auf der Insel.

Dieses Engagement findet in enger Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit auf der Insel statt. Auch die Bevölkerung wird durch Hygieneschulungen und Lehrgänge in die Aufbauarbeit eingebunden. Damit soll eine dauerhafte Verbesserung der Lebensumstände erreicht werden. Diese Einbindung ist in Haiti von besonderer Bedeutung, da somit der Bevölkerung ein positives Handlungsbewusstsein gegeben wird. Nur dadurch kann in diesem Land, das durch jahrzehntelange Misswirtschaft und bürgerkriegsähnliche Zustände geprägt ist, eine nachhaltige Veränderung bewirkt werden.

Ergebnisse / Veränderungen im Inland

Die Aktionen des Dresdner Bündnisses finden in der Bevölkerung eine breite Unterstützungsbasis in der Bevölkerung zurückgreifen. Dies gelingt durch eine Einbindung und Information über die Problematik vor Ort. So fand an Dresdner Schulen das Bildungsprojekt „Eine Welt=Deine Welt“ statt. Auch an Schulen werden verschiedene Themen als Themenmodule für den Lehrplan angeboten. Diese werden individuell auf die teilnehmende Gruppe abgestimmt. So lernen Schüler im Themenmodul „Wasser- Aus dem Hahn aus dem Sinn“ etwa, mit acht Litern Wasser am Tag umzugehen. Hiermit wird spielerisch die Situation in Entwicklungsländern nachempfunden. Auch durch andere Projekte findet eine Sensibilisierung der Bevölkerung statt. So fand in Kooperation mit dem Sportstätten- und Bäderbetrieb Dresden die Aktion „Schwimm für Wasser“ statt. Die Teilnehmer „erschwammen“ so Spendengelder, mit denen die Dorfschule in Ajethiyamalai im Südosten Sri Lankas mit Wasser- und Sanitäranlagen ausgestattet werden konnte. Das Dresdner Umweltzentrum erläutert die Verwendung von Spenden in Krisengebieten und leistet einen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung der Bürger.

Finanzierung

Die Projekte des Bündnisses „Dresden hilft“ gemeinsam mit der arche noVa-Initiative für Menschen in Not e.V. finanzieren sich zu einem großen Teil aus Spenden, die aus einer Bandbreite an Aktionen fließen. Für den Nothilfeinsatz kamen bis zwei Monate nach der Katastrophe 230.000 Euro an Spenden zusammen. Das Gesamtbudget der Arbeit auf Haiti wird sich bis 2012 vermutlich auf 700.000 Euro belaufen.

Perspektiven

Die Projekte des Bündnisses „Dresden hilft“ in Kooperation mit der arche noVa sind als Soforthilfeprojekte angelegt. So soll den Menschen ein Werkzeug zur Selbsthilfe an die Hand gegeben werden. Die Projekte orientieren sich also immer an Orten, an denen die Hilfe sehr dringend benötigt wird. Dies können sowohl Regionen sein die durch Naturkatastrophen betroffen sind, wie Myanmar nach dem Zyklon oder Haiti nach dem Erdbeben, als auch von Bürgerkriegen gezeichnete Staaten, wie Sri Lanka oder die Republik Kongo. Nach einem Soforthilfeinsatz, bei dem es um eine Wiederherstellung der grundlegendsten Infrastruktur geht, folgt meist ein langfristiges Engagement vor Ort, bei dem es darum geht, eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände am Wirkungsplatz zu erreichen. Diesem Ziel wird das Bündnis „Dresden hilft“ auch in Zukunft verpflichtet sein.

Ansprechpartnerin

Karin Mitzscherlich
Stadtverwaltung Dresden
Abteilung Europäische und Internationale Angelegenheiten
Postfach 120020
01001 Dresden
Tel.: 0351 4883069
Fax: 0351 4882238
Mail: kmitzscherlich@dresden.de
Homepage: www.dresden.de

2.5 Hamburg: Kooperation zwischen der Stadtreinigung Hamburg und dem Department of Solid Waste Management in Dar es Salaam

Zwischen den Hafenstädten Hamburg und Dar es Salaam gibt es schon seit Ende des 19. Jahrhunderts Handelsbeziehungen. Als ehemals deutsche Kolonie war „Deutsch-Ostafrika“ der entscheidende Zugangspunkt zum afrikanischen Kontinent. Heute ist Dar es Salaam mit einer Einwohnerzahl von 3 Mio. Einwohnern die größte Stadt sowie Regierungssitz Tansanias und gehört aufgrund der Landflucht zu einer der am schnellsten wachsenden Städte der Welt. Hierdurch treten typische Probleme einer tropischen Megastadt auf, wie eine zu langsam wachsende Infrastruktur, schlechte hygienische Versorgung und ein niedriger Alphabetisierungsgrad. Aufgrund der langen Handelsbeziehungen haben in den letzten Jahren verschiedene Hamburger Institutionen (Kirchen, Schulen, Museen, Krankenhäuser, Wasserwerke und auch die Stadtreinigung Hamburg) Kontakt mit den entsprechenden Einrichtungen in Dar es Salaam aufgenommen. In den meisten Fällen geht es darum, den Partnern in Dar es Salaam Wissen und Know-how zu vermitteln, damit sie bei meist sehr knappen finanziellen Mitteln durch besseres Management oder bessere Technik die Infrastruktur der Millionenmetropole verbessern.

Die Stadtreinigung Hamburg (SRH) steht seit 2004 mit dem Dar es Salaam City Council – Department for Solid Waste Management (DCC) in Verbindung. Während mehrerer gegenseitiger Besuche wurden die Interessen abgeklöpft und Ziele einer Zusammenarbeit besprochen. Im März 2007 unterzeichneten die Bürgermeister der beiden Städte ein gemeinsames Memorandum of Cooperation. Vorgesehen waren für die Abfallwirtschaft ein Expertenaustausch, Unterstützung bei der technischen und organisatorischen Optimierung der Abfallsammlung und Ablagerung sowie die Entwicklung eines Gebührensystems. Für acht unterschiedliche Bereiche wurden solche Vereinbarungen getroffen. Im Juni 2009 wurde dieses Memorandum auf 14 Bereiche erweitert, für die Abfallwirtschaft wurde der Aufbau einer Pilotanlage zur Kompostierung von organischen Abfällen hinzugenommen. Am 1. Juli 2010 unterzeichneten die Bürgermeister offiziell die Vereinbarung einer Städtepartnerschaft.

Schon bei den ersten Besuchen in Dar es Salaam fiel das enorm hohe Potenzial an organischen Bestandteilen im Abfall auf, das bei deutlich über 80 Prozent liegt. Da der Müll bislang nur auf einfachsten Deponien abgelagert wird, treten dadurch enorme Umweltbelastungen wie etwa Grundwasserverunreinigungen oder die Entstehung von schädlichen Methangasen auf. Die jahrelangen Bemühungen der Stadtreinigung Hamburg, den DCC dazu zu bewegen, sich vor Inbetriebnahme der neuen Deponie in Pugu Kinyamwezi um eine Basisabdichtung zu bemühen, waren nicht erfolgreich. Die SRH hat ihre Aktivitäten daher auf den Aufbau der Bioabfallkompostierung fokussiert und dieses zu ihrem wichtigsten Ziel der abfallwirtschaftlichen Maßnahmen in Dar es Salaam gemacht, da dadurch die organischen Substanzen von den Deponien ferngehalten, das Grundwasser geschützt, Methanemissionen vermieden und zudem organische Dünger (Kompost) als Substitut für die in Tansania sehr teuren Mineraldünger hergestellt werden können.

Projektbeschreibung

Im Oktober 2007 wurden drei Abfall-Fachleute aus Dar es Salaam bei der SRH im Rahmen eines 14tägigen Workshops intensiv in die Grundlagen der Kompostierung eingewiesen. In den zwei Wochen wurde ein gemeinsames Kompost-Manual erstellt, in welchem die Fachleute aus Dar es Salaam beschrieben, wie in ihrer Stadt ein Pilotprojekt zur Kompostierung aufgezogen werden könnte. Das Konzept wurde bewusst so aufgesetzt, dass es mit wenigen technischen Hilfsmitteln und wenig investiven Maßnahmen bis zum Betrieb eines Kompostplatzes umgesetzt werden konnte. In Dar es Salaam standen die notwendigen Flächen für den Kompostplatz einige Monate später zwar zur Verfügung, allerdings konnte der Platz erst im November errichtet werden. Aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen wurde der geplante Platz mehrfach verkleinert. Der im Februar 2010 fertig gestellte Platz soll eine Betonplatte von 100 m² Größe haben, daneben wurde eine 12m² Hütte für den gebrauchten Shredder mit 25 PS-Motor errichtet. Anfang März 2010 wurde der Platz in Betrieb genommen.

Input der Stadtreinigung Hamburg

Der Stadtreinigung Hamburg war es von Anfang an wichtig, nicht durch Material- oder Geld-Transfer zu unterstützen, sondern durch Wissenstransfer. In den vergangenen Jahren waren – unabhängig vom Kompostierungsprojekt – bereits ein Radlader, ein Kompaktor und drei Klein-LKW nach Dar es Salaam verschifft worden. Die Transporte erfolgten in enger Zusammenarbeit mit THW, Feuerwehr, GTZ und wurden teilweise von der GTZ finanziert. Die Fahrzeuge wurden von der SRH zur Verfügung gestellt.

Ergebnisse / Veränderungen im Partnerland

Obwohl die SRH mit dem bis 2009 in Hamburg lebenden Honorarkonsul von Tansania einen hervorragenden Promotor für ihre Projekte hatte und somit auf höchster Ebene (Minister, Bürgermeister) jederzeit Gehör fand, hat es zweieinhalb Jahre gedauert, einen Kompostplatz für ca. 5.000 Euro zu errichten. Das lag auch an dem häufigen Wechsel des Führungspersonals im DCC. Aus Sicht der SRH ist an der Umweltproblematik im DCC nicht genügend gearbeitet worden, die ungeordnete Deponierung wird trotz neuer Deponie weitergehen. Andere Investitionen, zum Beispiel zur Sicherung der Ernährungssicherheit, wurden vorgezogen. Aus Sicht der SRH ist die Kompostierung ein Baustein zur nachhaltigen Sicherstellung der Ernährung der Millionenstadt, da durch sie das Ausmaß der Grundwasserverunreinigung im Deponieumfeld verringert und zudem ein nährstoffreicher Bodenverbesserer für die Landwirtschaft hergestellt werden kann. Zudem ist es möglich, durch den Kompostverkauf als Dünger wirtschaftliche Erfolge zu erzielen.

Ergebnisse / Veränderungen im Inland

Die Abläufe in Dar es Salaam sind langwierig, deshalb ist auch ein entsprechendes Durchhaltevermögen erforderlich. Die SRH ist davon überzeugt, dass die Kompostierung ein sehr guter Weg ist, die Abfallwirtschaft der Millionenstadt deutlich besser aufzustellen. Inzwischen ist aus der Projektpartnerschaft zwischen Dar es Salaam und Hamburg eine nachhaltige Partnerschaft entstanden. Am 1. Juli 2010 wurde die Städtepartnerschaft besiegelt.

Finanzierung

Im Rahmen des Kompostierungsprojektes sind von der SRH vorerst getragene Kosten in Höhe von rund 12.000 Euro für die Durchführung des Kompostworkshops entstanden. 10.000 Euro hat davon die Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg, Referat Entwicklungspolitik, übernommen. Für den Bau und die Ausstattung des Kompostplatzes hat die SRH kein Geld und auch kein Equipment beigesteuert; durch die Eigenbeteiligung des Partners sollte auch die Eigenverantwortung des Partners gestärkt werden.

Perspektiven

Die SRH verhält sich zurzeit eher abwartend und beobachtend, sie beschränkt sich vorerst auf die Kompostierung und bietet dazu jederzeit Hilfe bei Problemen (Know-how-Transfer) an.

Ansprechpartner

Dr. Stefan Lübben (Agraringenieur)
Stadtreinigung Hamburg (Anstalt öffentlichen Rechts)
Bullerdeich 19
20537 Hamburg
Tel.: 040 25761071
Mail: s.luebben@srhh.de

2.6 Köln: Bildungsprojekte in Pretoria

Pretoria, die Hauptstadt der Republik Südafrika, stellt sich wie die anderen südafrikanischen Großstädte auch, als eine Stadt der Gegensätze und des Umbruchs dar. Die Stadt ist eines der Wirtschaftszentren Südafrikas und bildet in der Region Gauteng, gemeinsam mit Johannesburg, die wirtschaftlich wichtigste Region auf dem afrikanischen Kontinent überhaupt. In der Stadt gibt es ein gut ausgebautes Bildungssystem und die Universitäten zählen zu den renommiertesten Einrichtungen des Landes. Es existiert daneben aber auch noch ein anderes Pretoria. So lebt ein Großteil der Bevölkerung in Townships mit starker Kriminalität, unzureichender Infrastruktur und einer hohen Rate HIV-Infizierter und besitzt immer noch eine unzureichende Chance auf Bildung. Südafrika erreicht daher eine Alphabetisierungsquote von etwa 80 Prozent. Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung des Landes in den vergangenen Jahren sind noch zu viele Menschen von der Teilhabe an diesen neuen Chancen ausgeschlossen. Diese Gegensätze spiegeln sich auch in der Entwicklungszusammenarbeit in Pretoria wider.

Diesen Problemen und Diskrepanzen in der Teilhabe haben sich das Jugendamt der Stadt Köln und einige Kölner Schulen angenommen. So besteht seit 1997 ein Austauschprogramm zwischen dem Jugendamt Köln, dem Blücher-Gymnasium Köln sowie der „Deutschen Schule Pretoria“. Diese Schule besitzt eine lange Tradition, die bis ins Jahr 1897 zurückreicht. Aus dieser Verbindung entwickelte sich im Jahre 2003 eine Partnerschaft zwischen der Kölner Grundschule Stenzelbergstraße und der Primary School Pula Difate im Township Mamelodi. Die positiven Erfahrungen veranlassten auch die Grundschule in Köln-Weiden

dazu, sich der Zusammenarbeit anzuschließen und mit der Makgatho Primary School im Township Atteridgeville eine Zusammenarbeit zu beginnen. Die unterschiedlichen Kooperationen werden in Köln von Schulamt und Jugendamt und in Pretoria vom Bildungsdezernat begleitet. Die Koordination für die Sicherung der Angebote liegt in der Verantwortung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie in Köln. An der inhaltlichen Gestaltung sind Lehrkräfte der Schulen, das Schulamtsdirektorat und die Abteilung für Kinderinteressen beteiligt.

Projektbeschreibung

Die Partnerschaft zwischen dem Kölner Gymnasium und der Deutschen Schule auf der einen Seite und die zwischen den Grundschulen auf der anderen Seite unterscheiden sich im Wesentlichen durch ihre Zielgruppen. Während an den Austauschprogrammen des Sekundarschulbereiches Schülerinnen und Schüler teilnehmen, sind es bei den Grundschulen Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe. Seit 2008 sind in die Kooperation auch Freiwillige des BMZ Programms „Weltwärts“ eingebunden.

Sowohl im Schüler- als auch im Fachkräfteaustausch gibt es jährlich stattfindende Begegnungen, abwechselnd in Pretoria und in Köln. Während die Schülergruppen weitestgehend in schulische Aktivitäten eingebunden sind, geht es bei den Fachbegegnungen um Strategien zur Verbesserung des Unterrichts, um Förderprogramme für leistungsschwache bzw. –starke Schülerinnen und Schüler, um schulinterne freizeitpädagogische Aktivitäten und um Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

So wurde auf dem Schulgelände in Mamelodi eine als Fußballplatz genutzte Brache gesäubert, gewalzt und es wurden Tore, die von der Deutschen Schule Pretoria gesponsert wurden, aufgestellt. Auf einer weiteren Brache, auf der umgestürzte Bäume lagen, schufen Projektteilnehmer eine Klettermöglichkeit. Da die Schülerinnen und Schüler bei gemeinsamen Veranstaltungen im Innenhof der Schule der Sonne ungeschützt ausgesetzt sind, wurde ein Schattensegel installiert. Ein als Lagerraum genutzter Gebäudeteil wurde zu einer Kantine umgebaut, ein verwahrloster Schulgarten neu bepflanzt, ein Gemüsegarten neu angelegt.

Lehrmaterial für den Mathematik- und Leseunterricht wurde bereitgestellt. Es wurden neue Musikinstrumente angeschafft, alte repariert und instandgesetzt. Bälle und Reifen für den Sportunterricht sind angeschafft worden. Die Schulbibliothek ist neu geordnet, Sitzmobiliar wurde dafür geordert. Im Rahmen des fachlichen Austausches wurden Unterrichtsmethoden besprochen, vor allem für die Fächer Englisch und Mathematik. Darüber hinaus wurden Fördergruppen eingerichtet, die in den beiden Partnerschulen von den Weltwärts-Freiwilligen geleitet werden. Diese verantworten auch freizeitpädagogische Programme, die auf dem Schulgelände stattfinden.

Veränderungen im Inland und im Partnerland

Ziel ist auch, den Blick ins Partnerland zu schärfen. So haben Grundschüler in Köln im Rahmen ihrer Projektwoche „Afrika“ thematisiert. Außerdem informiert eine permanente Fotoausstellung über die Partnerschule in Südafrika. Den beiden Grundschulen in Köln gestalten die Partnerschaft mit hohem Engagement. Der Zugewinn für die Schulgemeinschaften hier ist die aktive Mitwirkung an einem konkreten entwicklungspolitischen Projekt und dessen Einbeziehung in den Schulalltag. Afrika ist für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Kollegien nicht etwas nur Abstraktes, sondern besitzt eine Kontur und vermittelt über die persönlichen Kontakte ein Gefühl der Solidarität. Die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnerschulen fließt in unterschiedlicher Form in den Unterricht ein und löst Fremdheit durch Vertrautheit ab.

Finanzierung des Projektes

Die Kosten der Partnerschaft verteilt sich auf mehrere Schultern. Das Amt für Kinder, Jugend und Familie sichert den organisatorischen und logistischen Rahmen der Fachbesuche und ist beteiligt am Freiwilligenprogramm „Weltwärts“. Die Kölner Schulen leisten ihren finanziellen Beitrag durch Sponsorenläufe oder andere schulische Aktivitäten. Die beteiligten Fachkräfte beider Seiten tragen aus privaten Mitteln einen Teil der Reise- und Aufenthaltskosten und sind auf Kölner Seite an der Bereitstellung von Unterrichtsmaterial finanziell beteiligt. Drittmittel werden, sofern bewilligt, über den Bundesjugendplan akquiriert. Insgesamt liegen die jährlichen Ausgaben bei Besuchen in Südafrika im Durchschnitt bei 10.000 Euro und bei Besuchen in Deutschland bei 5.000 Euro. Besonders zu betonen ist, dass die Übergabe von Bargeld an die Partnerschulen vermieden wird. Notwendige Installationen oder Ergänzungskäufe werden direkt vor Ort abgewickelt.

Ansprechpartner

Bernd Seifert
Stadt Köln – Amt für Kinder, Jugend und Familie
Im Mediapark 7
50670 Köln
Tel.: 0221 5743 275
Mail: bernd.seifert2@stadt-koeln.de

2.7 Leipzig: Städtepartnerschaft: „Leipzig Addis Abeba“

Die Stadt Leipzig mit der seit 1165 existierenden ältesten Messe der Welt, auch Mutter aller Messen genannt, ist damit nicht nur zum Synonym eines Messe- und Handelsortes in der Welt geworden sondern gleichzeitig Durchzugs- und Aufenthaltsort der unterschiedlichsten Träger nationaler und kultureller Vielfalt aus allen Himmelsrichtungen. Vertretungen, wie z.B. ein Griechenhaus oder gut 200 Jahre diplomatische Vertretungen Rußlands und der USA in Leipzig gehören zur Tradition dieser internationalen Stadt. Totalitäre Herrschaftsstrukturen in zwei deutschen Diktaturen haben dies über fast 60 Jahre eingeschränkt aber nicht verhindert.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde auch der in der westlichen Welt virulente und auf Aussöhnung ehemaliger Kriegsgegner gerichtete Gedanke der Partnerschaft von unten, des Kennenlernens an der Basis von Gesellschaften, auch im Osten etabliert und gepflegt. Leipzig verfügt heute über 13 Partnerstädte auf vier Kontinenten, und pflegt intensive, auch informelle Kontakte in viele Teile der Welt.

In der DDR wurde vor allem die Stadt Leipzig als Messestadt aber auch die größte Universität dieses Teiles Deutschlands ein Träger des internationalen Gedankens. Der Aufbruch vor allem Afrikas aus der Kolonialherrschaft wurde an der damaligen „Karl-Marx-Universität“ wissenschaftlich aber auch ideologisch begleitet. Das hier gegründete Institut für Afrikanistik übernahm diesen, besonders auf Zeitgeschichte und –geschehen gerichteten Teil der Orientalistik. Seit langem wurden hier schon viele afrikanische Sprachen gelehrt, bis 1992 gehörte auch die äthiopische Amtssprache Amharisch dazu.

Ein aus politischer Übereinstimmung resultierender Vertrag führte dazu, dass zwischen 1979 und 1990 rund 4000 Äthiopier in der DDR ein Studium absolvierten und die Mehrzahl von ihnen am darauf spezialisierten Herderinstitut Deutsch als Fremdsprache erlernten. Nach Ihrer Rückkehr behielten viele Äthiopier enge Bindungen insbesondere an Leipzig, viele ostdeutsche Spezialisten, vor allem Mediziner, trugen Ihre zum Teil sehr persönlichen Erinnerungen im Herzen.

Ausgehend von in Addis Abeba gut organisierten Absolventen deutscher Hochschulen wurde der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit vor allem seitens des Oberbürgermeisters der äthiopischen Hauptstadt und des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland an die Stadt Leipzig herangetragen.

Am 11. Dezember 2004 unterzeichneten die damaligen Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee und Arkebe Oqubai den Partnerschaftsvertrag. Während seines gleichzeitig stattfindenden Äthiopienbesuches würdigte Bundespräsident Horst Köhler vor Ort diese basisorientierte Kooperation als zukunftsweisend.

Projektbeschreibung

Entgegen den politisch opportunen und damit oft verordneten, trotzdem meist auch umfangreich mit Leben erfüllten Partnerschaften zwischen 1961 und 1990 sind heute grundlegende Bedingungen einer anvisierten Städtepartnerschaft das bürgerschaftliche Engagement, bestehende Kontakte und Interessen in beiden Kommunen. Positive Voraussetzung sind auch bestehende politische Kontakte und Kooperationen in überregionalen und internationalen Gremien.

Basierend auf dem Hauptentwicklungsgebiet der Stadt Addis Abeba, einer funktionierenden Stadtplanung, die nur mit einer effizienten Stadtverwaltung umzusetzen ist, sondierten zwei Mitarbeiter des Oberbürgermeisters mit Äthiopienerfahrung, ein Afrikanist und ein Stadtplaner, die Möglichkeiten der Verknüpfung unterschiedlicher Handlungsträger zu einem unterstützenden Netzwerk. In Leipzig regten gleichzeitig viele ehemals in Äthiopien eingesetzte Experten das verstärkte Engagement der Stadt Leipzig an und gründeten 2003 als Träger des Partnerschaftsgedankens den „Städtepartnerschaftsverein Leipzig - Addis Abeba e.V.“.

Das „Projekt“ Städtepartnerschaft hat sich inzwischen in mehrere Einzelprojekte aufgegliedert, an denen die Stadt Leipzig unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

1. Partnerschaftsverein und Schulpartnerschaften

Es existieren zwei Schulpartnerschaften zwischen dem Friedrich-Schiller-Gymnasium Leipzig und der Menelik II. High School in Addis Abeba ebenso wie zwischen der 24. Grundschule und der Sefere Selam Primary School. Neben der Beschäftigung mit dem jeweiligen Land und der Entwicklung von Brieffreundschaften wird in Leipzig fakultativ Unterricht in amharischer Sprache angeboten. Beides wird von der Stadt Leipzig unterstützt aber vor allem durch den Städtepartnerschaftsverein koordiniert.

Dieser organisiert nach 2009 bereits die zweite Reise für Leipziger Bürger nach Äthiopien selbst, nachdem 2007 die erste Bürgerreise durch die Stadt Leipzig; Referat Internationale Zusammenarbeit, initiiert wurde. Offizieller Aufhänger ist die Lauffreude der Äthiopier und der immer im Herbst stattfindende Great Ethiopian Run. Dessen Initiator, der mehrfache Marathonweltmeister Haile Gebreselassie, ist heute Botschafter für die Städtepartnerschaft.

2. Situation des Löwengeheges und Zoo der Zukunft – Konzept in Addis Abeba

Ende 2006 gab es eine weltweite Pressekampagne, weil die aus Platzmangel und auch zoologisch durchaus nachvollziehbaren Gründen (eine Auswilderung von Zoo-Nachwuchs ist durch die Gewöhnung an den Menschen in der ersten Generation nicht möglich) durchgeführte Tötung von Jungtieren im Löwengehege öffentlich gemacht und fälschlich mit Hungersnöten in inhaltliche Verbindung gebracht wurde. Anfang 2007 wurde die Partnerstadt Leipzig gebeten, die Tiere im Löwengehege in Addis Abeba tierärztlich zu untersuchen und deren Abstammung zu klären, um als unabhängige Gutachter der Weltpresse zu zeigen, wie der tatsächliche Zustand der Löwen ist.

Das Löwengehege in Addis Abeba beherbergt 18 ausgewachsene Löwen, deren Abstammung zur Zeit ungeklärt ist. Es gibt Anzeichen, dass es sich hier entweder um eine eigene Subspezies oder um Löwen handelt, deren Art bereits ausgestorben ist (Berberlöwe/ Kaplöwe). Der Schutz der Tiere genießt bei den staatlichen Behörden allerhöchste Priorität. Sie sind für das gesamte Land ein nationales Symbol von herausragender Bedeutung. In einem Fernsehinterview mit dem MDR verdeutlichte der Oberbürgermeister von Addis Abeba,

Berhane Deressa, die besondere Wertschätzung der Löwen in Äthiopien mit dem Hinweis, dass auch in Notzeiten der Fortbestand der Löwen immer gesichert wurde.

Während des Aufenthalts von Zoodirektor Dr. Junhold, Zootierarzt Prof. Eulenberger sowie Vertretern der Stadt Leipzig wurde die Idee an Leipzig herangetragen, Addis Abeba bei der Etablierung eines neuen Zoos zu unterstützen, da die gegenwärtige Anlage zwar einen ausreichenden Mindeststandard bietet, aber nicht den Anforderungen an eine artgerechte Haltung nach modernen Maßstäben entspricht. Als Referenzbeispiel für die Partnerstadt Addis Abeba gilt das international anerkannte und erfolgreich umgesetzte Konzept des „Zoos der Zukunft“ in Leipzig.

Addis Abeba besitzt zurzeit keine, einem Zoologischen Garten im europäischen Verständnis entsprechende Einrichtung., die die Bevölkerung für die Schönheiten ihrer Heimat, ihre Landschaften und ihre Fauna sensibilisiert. Äthiopien besitzt für die gesamte Menschheit wertvolle endemische Arten, deren Schutz von besonderem Interesse ist. Gerade in Zeiten von wirtschaftlichem Aufschwung stehen deshalb besonders die Fragen der ethischen und biologischen Bildung der eigenen Bevölkerung sowie der Artenschutz von bedrohten Tierarten im Zentrum einer Zoo-Planung in Addis Abeba. Das Projekt hat die einmalige Chance, eine enge Verbindung mit den Nationalparks im Land einzugehen und einen wichtigen Beitrag zur Auswilderung von bedrohten Tierarten und internationalen wissenschaftlichen Programmen zu liefern, bei denen der Leipziger Zoo und die in Leipzig ansässigen Forschungsinstitute eine führende Rolle bereits jetzt spielen.

Die Etablierung eines neuen Zoos ist auch ein städtebauliches Projekt, dessen Management eine Herausforderung für die dortigen Akteure bietet. Das Zoo-Projekt kann deshalb ein besonders anschauliches Pilotprojekt werden, das die Aspekte der nachhaltigen, ressourcenschonenden und sozial ausgeglichenen Stadtentwicklung ganzheitlich betrachtet. Der Zoo wird als grüne Oase inmitten der Stadt wirken und mit dem Peacock-Park ein Stück öffentlichen Grünraum vor dem enormen Siedlungsdruck bewahren. Die Durchführung des Projektes mit Leipziger Hilfe unterstützt den Aufbau von effizienten Planungskapazitäten und erhöht die Steuerungsfähigkeit der Verwaltung, die unter schwierigen Bedingungen einen der weltweit schnellsten Urbanisierungsprozesse meistern muss.

Weiterhin sucht die Stadt Addis Abeba

- Kontakte bei den Schwerpunkten der öffentliche Daseinsvorsorge: Öffentlicher Nahverkehr, Abfallmanagement, Wasser/Abwasser
- Aufbau eines Landinformationssystems (Kataster- und Grundbuchwesen)

Inhaltlicher Input der Kommune

Das Zooprojekt bildet hier bisher den Schwerpunkt

Das Leipziger Projektteam setzt sich aus Mitarbeitern des Zoos, des Referates für Internationale Zusammenarbeit und des Stadtplanungsamtes zusammen und ist verantwortlich für die folgenden Themenbereiche:

Zoologisches/wissenschaftliches Konzept/ Artenschutz : Zoo
Leipzig (Herr Prof. Eulenberger)

Fördermittel/ Abstimmung mit den Partnern in Addis: REIZ (Herr Krakow)

Städtebau/Projektsteuerung: Stadtplanungsamt (Herr Loebner)

Die Koordination der Arbeitsgruppe liegt beim Stadtplanungsamt. Bei Bedarf werden weitere Mitarbeiter des Dezernates VI und des Zoo Leipzigs hinzugezogen.

Zur Erstellung der Entwicklungsstudie benötigte das Projektteam die Unterstützung von externen Fachleuten. Für diese Arbeit konnten externe Architekten gewonnen werden. Peter

Rasbach z.B. ist Autor des Masterplanes „Zoo der Zukunft“ in Leipzig und ein erfahrener und international anerkannter Zoo-Planer.

Die Stadt Leipzig wird, wie bei internationalen Projekten üblich, den Eigenanteil durch die Personalkosten der eingesetzten Mitarbeiter erbringen.

Für die Initialphase des Projektes (Erarbeitung des Projektablaufes/-struktur/ Konzeptstudie „Zoo der Zukunft Addis Abeba“) entstanden durch die Unterstützung der externen Berater Kosten. Diese wurden je zur Hälfte durch das Dezernat VI und das Referat für Internationale Zusammenarbeit übernommen.

Zu den oben genannten Themenschwerpunkten der Stadt Addis Abeba haben Kontakte bereits stattgefunden, bei hochrangigen Besuchen der Stadtregierung von Addis Abeba in Leipzig und die Entsendung von Experten nach Äthiopien.

Ergebnisse / Veränderungen in der Partnerstadt

Für die äthiopische Seite ist der Erfahrungszuwachs in hohem Maße bedeutsam. Man ist sich der Tatsache bewusst, dass die Leistungen vor Ort in Eigenregie erbracht werden müssen und die Aufgaben in Eigenverantwortung zu bewältigen sind. Dabei stehen die Leipziger Experten uneigennützig und der Partnerschaft verpflichtet auf Wunsch der äthiopischen Kollegen beratend zu Seite.

Erfahrungen für die äthiopische Seite sind vor allem die ganzheitliche Betrachtung der Themen, die langfristige Planung und Organisation der entsprechenden Arbeitsschritte. Abläufe und Strukturen einer Verwaltung, die in Deutschland über sehr lange Zeiträume gewachsen sind, und die Erfahrungen Ihrer Arbeitsweise können so bei Bedarf abgerufen und genutzt werden.

Im Rahmen des stattfindenden Demokratisierungsprozesses wird auch von der äthiopischen Seite die zunehmende, vor allem frühzeitige, Bürgerbeteiligung bei Vorhaben und Planungen erkannt und angewendet. Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass auf diese Weise Konfliktpotential erkannt und vermieden werden kann. Dieser Prozess des „good governance“ wird nach den ersten Erfahrungen als große Chance betrachtet. Die Stringenz der Umsetzung ist aber von dem Maß der Bereitschaft von Politik, Verwaltung und Bürgern abhängig. Hierzu haben bereits Reisen von Vertretern der Stadtregierung aber auch Sub - Cities nach Leipzig stattgefunden. Erfahrungen wurden vor allem im Bereich der Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren aber auch der allgemeinen Bürgernähe in Form von Bürgerbüros abgerufen und teilweise übernommen.

Ergebnisse/Veränderungen im Inland

Es liegt in der Natur der Sache, dass weder Politiker, Mitarbeiter der Stadtverwaltung noch Bürger mit Geschichte und Tradition sowie kultureller und gesellschaftlicher Entwicklung des Landes und seiner Menschen vertraut sind. Hier liegt ein Aufgabenspektrum sowohl für die überschaubare Zahl von Verwaltungsmitarbeitern mit der vorhandenen interkulturellen Kompetenz aber auch die Mitglieder des Städtepartnerschaftsvereins. Ihre Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen tragen in hohem Maß dazu bei, ein entsprechendes Bewusstsein und Sensibilität in der Bevölkerung für Probleme, Chancen und Herausforderungen in Äthiopien selbst aber auch in der Zusammenarbeit der beiden Städte und Länder zu entwickeln.

Das Spektrum der Kontakte und Kooperationen hat sich so schrittweise erweitert, so dass inzwischen ein fruchtbarer und lebendiger Kontakt auch zwischen der evangelischen Gemeinde St. Thomas und einer Gemeinde der Mekane Yesus Kirche in Addis Abeba entstanden ist. Das Netz der Akteure und Interessierten erweitert sich so kontinuierlich.

Die Stadtverwaltung sieht einen großen Mehrwert vor allem in folgenden Effekten, die aber durch Kooperationen darüber hinaus reichen:

- Internationale Vernetzung und Einbindung in außenpolitische Schwerpunktsetzungen der Bundesregierung
- Anbahnung von Wirtschaftskontakten (VCL, Leipziger Leuchten, Sachsenwasser) in aufstrebende Märkte
- Profilierung und Renommee in internationalen Organisationen (z.B. WAZA) und Programmen (Artenschutz)
- Personalentwicklung von Mitarbeitern durch Einsätze vor Ort.

Finanzierung

Die Pflege und Entwicklung der Städtepartnerschaft wird aus verschiedenen Haushaltstellen des Referates Internationale Zusammenarbeit im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters finanziert. Hierbei hat der Stadtrat bei seiner Zustimmung zum Partnerschaftsvertrag bereits den Schwerpunkt auf die Begriffe Partnerschaft und Gegenseitigkeit gelegt.

Für Dienstreisende der beiden Städte, auch bei Politikerreisen, besteht das Prinzip der Gegenseitigkeit der Kostenübernahmen für Unterkunft, Verpflegung und Transport vor Ort. Dazu kann innerhalb des Haushalts des Referates auf die Haushaltstellen Städtepartnerschaften, Dienstreisekosten und Honorarmittel zurückgegriffen werden. Diese dienen aber auch der Pflege der übrigen 12 Städtepartnerschaften und anderer internationaler Arbeit. Zur Förderung der Arbeit von Verbänden und Vereinen und damit dem bürgerschaftlichen Engagement der Leipziger werden „Projektfördermittel für externe Stellen“ ausgereicht, die das ganze Spektrum der internationalen Arbeit und Partnerschaftspflege umfassen. Die Städtepartnerschaft zwischen Leipzig und der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba ist damit nur ein, wenn auch ein sehr bedeutendes Außenverhältnis der Stadt Leipzig.

Perspektiven

Entsprechend den vorhandenen Rahmenbedingungen sind die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Entwicklung und Prosperität der Städtepartnerschaft gegeben. Zwischen Politikern und Verwaltungen hat sich im Laufe der Jahre ein Vertrauensverhältnis entwickelt, das ein gesundes Fundament für die weitere Zusammenarbeit bildet. Hierbei spielt die in den letzten 18 Jahren eine sehr große Rolle. Die herausragende wirtschaftliche Entwicklung mit Wachstumsraten von durchschnittlich 11% sowie die innenpolitische Stabilität Äthiopiens haben dazu beigetragen, dass eine selbsttragende Entwicklung stattfindet, die einen Demokratisierungsprozess in den Strukturen des Landes befördert.

Die Leipziger Seite ist weit davon entfernt, die Prozesse in Äthiopien und der Partnerstadt mit deutschen Maßstäben zu messen. Beide Länder und Gesellschaftlichen blicken auf grundsätzlich verschiedene kulturhistorische Entwicklungsprozesse zurück, deren Erfahrungsschatz nutzbringend und sinnstiftend zur Anwendung gebracht werden sollte.

Hierbei geht es nicht um Belehrung sondern Beratung sowie Kooperation auf Augenhöhe. Hierbei ist eine entsprechende interkulturelle Kompetenz bei den Handlungsträgern vorhanden. Best practice – Beispiele können vertieft und angewendet werden. Die Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit auch auf anderen Themenfeldern ist auf beiden Seiten hoch. Der Partnerschaftsvertrag zwischen beiden Städten wurde durch die Oberbürgermeister Burkhard Jung und Kuma Demeksa Tokon im März 2010 in Addis Abeba auf unbestimmte Zeit verlängert.

Ansprechpartner

Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister /City of Leipzig
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters / Mayor's Department
Referat Internationale Zusammenarbeit / Office for International Affairs
Postanschrift / Mail Adress: 04092 Leipzig
Hausanschrift / Adress: Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig

Tel.: 0049 341 123 2066
Fax: 0049 341 123 2055
E-Mail: international@leipzig.de
Internet: <http://www.leipzig.de/international>

2.8 Stuttgart: INTEGRATION – Integrierte Stadtentwicklung Deutsch-Lateinamerikanische Kooperation zur Brachflächenentwicklung

Schon heute leben mehr Menschen in Städten als auf dem Land. Experten nehmen an, dass dieser Prozentsatz bis 2015 auf etwa 60 Prozent ansteigen wird. Auch in Südamerika werden viele Menschen in ausufernden Megastädten mit weit über zehn Millionen Einwohnern leben. Zu diesen Megastädten zählen Mexico-City, Sao Paulo, Buenos Aires, Rio de Janeiro und Bogotá. Aber auch „kleinere“ Städte wie Guadalajara, Chihuahua oder Quito haben bereits rund zwei Millionen Einwohner. Städtewachstum, Industrialisierung und Bevölkerungskonzentration haben in den Ballungsräumen Lateinamerikas ihre Spuren in Boden und Grundwasser hinterlassen, vor allem in den Regionen intensiver Rohstoffexploration und industrieller Produktion. Die Bewirtschaftung und der Schutz der Ressource Boden sind eng mit dem ausufernden Wachstum von Metropolen und Metropolregionen verbunden. Hier treten die Konflikte, die sich aus der wachsenden Nachfrage nach städtischem Wohn- und Lebensraum ergeben, besonders in Erscheinung. Durch unkontrollierte Siedlung armer Bevölkerungsschichten in Stadtrandgebieten (urban sprawl) sowie durch die Besiedlung von kontaminierten Flächen oder Altlasten (Brachflächen) und damit verbundener Gesundheitsgefährdung entstehen soziale Konflikte.

In den armen Bevölkerungsschichten Lateinamerikas führen Verunreinigungen von Boden und Grundwasser insbesondere zu folgenden Problemen:

- Soziale Ausgrenzung aus der Gesellschaft (auch) als Folge fehlender Artikulationsmöglichkeiten.
- Schwierigkeiten bei der Kommunikation von Umwelt- und Gesundheitsrisiken gegenüber den verantwortlichen Behörden.
- Mangelnde Erfahrung in der Beurteilung der Relevanz von Bodenverunreinigungen bei Planungs- und Aufsichtsbehörden (auch mangels Altlastenkataster).
- Fehlende gesetzliche Grundlagen für die Wiederverwendung innerstädtischen Baulandes, insbesondere bei vermuteten oder vorhandenen Bodenverunreinigungen auf den Brachflächen.
- Mangelndes Interesse privater Investoren an der Erstellung von wirtschaftlich und ökologisch akzeptablen (sozialen) Wohnungsprojekten für die armen Bevölkerungsschichten.

Um hier Abhilfe zu schaffen, bedarf es eines integrierten Vorgehens von Stadtplanung, Wohnungsbau, Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Wirtschaft. Dies kann durch die Optimierung der technischen und organisatorischen Kompetenzen der beteiligten öffentlichen Akteure erreicht werden. Dabei kann man auf die Erfahrungen europäischer Städte aufbauen, welche ein ähnlich rasantes Stadtwachstum im 19. Jahrhundert erlebten und in den vergangenen Jahrzehnten beeindruckende Ergebnisse bei der Brachflächenrevitalisierung vorweisen konnten. Diese Erfahrungen aus dem europäischen Raum sind dabei wertvoll, jedoch benötigt die Anwendung in Lateinamerika ein hohes Maß an Anpassung an die lokalen Gegebenheiten.

Hierbei kommt dem Projekt INTEGRATION eine besondere Bedeutung zu. INTEGRATION (Integrierte Stadtentwicklung) zielt auf die nachhaltige Stadtinnenentwicklung und das Brachflächenrecycling ab. Ökologische und soziale Aspekte sollen in integrierte städtische Planungskonzepte einfließen. Die Schaffung von gesunden Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen auf städtischen Brachflächen wird als wichtiger Beitrag zur Erreichung einer angemessenen städtischen Umweltqualität unterstützt. Die Kompetenzen der Kommunalbe-

hörden hinsichtlich einer umweltfreundlichen und sozialen städtebaulichen Entwicklung werden gestärkt. Empfehlungen für angepasste staatliche Regelungen im Bereich des Umwelt- und Gesundheitsschutzes werden – sofern notwendig – erarbeitet. Der soziale Wohnungsbau auf Brachflächen soll unter öffentlicher Beteiligung sowie unter Einbeziehung benachteiligter Bevölkerungsschichten erfolgen. Das öffentliche Bewusstsein soll hinsichtlich eines besseren Umweltbewusstseins, einer Wahrnehmung der Landschaftszersiedlung und der Notwendigkeit einer nachhaltigen Stadtinnenentwicklung, bei der die notwendigen Mindestanforderungen an die urbane Lebensqualität berücksichtigt werden, gestärkt werden.

Projektbeschreibung

An INTEGRATION beteiligen sich Partner aus fünf Nationen: Brasilien, Deutschland, Ecuador, Kolumbien und Mexiko, darunter sechs Städte, ein mexikanischer Bundesstaat und zwei Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Neben der Landeshauptstadt Stuttgart sind dies das mexikanische Guadalajara, die brasilianischen Städte Sao Paulo und Rio de Janeiro, sowie Bogotá in Kolumbien und Quito in Ecuador und der mexikanische Bundesstaat Chihuahua mit seinem Staatsministerium für Stadtplanung und Ökologie. Als nicht-staatliche Akteure nehmen die NGOs „Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung“ (KATE) und die „Local Governments for Sustainability“ (ICLEI) an INTEGRATION teil.

Das Projekt INTEGRATION gliedert sich in mehrere Schritte. Zunächst werden bestehende nationale Rechtsgrundlagen sowie administrative Konzepte und Strukturen im Bereich des städtischen Brachflächenmanagements in Lateinamerika und Europa analysiert. Soweit notwendig, werden auf dieser Grundlage in Zusammenarbeit mit bestehenden lateinamerikanischen Netzwerken Empfehlungen für eine legislative Optimierung auf nationaler Ebene entwickelt. Abgeschlossene Projekte der Partner werden dokumentiert, z. B. in Stuttgart die Bearbeitung früherer militärisch genutzter Brachflächen und ihre Umnutzung. Jeder Partner analysiert die dabei angewendeten Verwaltungsverfahren und erarbeitet Optimierungsvorschläge im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtinnenentwicklung auf Brachflächen.

Im Rahmen von INTEGRATION bearbeitet jede lateinamerikanische Gebietskörperschaft Pilotprojekte, d.h. je ein lokales Städtebau- und Umweltprojekt, das für die Anwendung eines exemplarischen, integrierten Planungsansatzes geeignet ist. Die Partner wählen dafür passende lokale Projekte aus und bereiten die Umsetzung angemessener Planungs- und Untersuchungsmaßnahmen in den Pilotprojekten vor.

Das INTEGRATION Projekt unterstützt konkrete Maßnahmen im Rahmen der Pilotprojekte:

- Kommunikationsmaßnahmen, um gesundheitlichen Schäden insbesondere der armen Bevölkerungsschichten vorzubeugen.
- Identifizierung von kontaminierten Flächen und gefährdungsbezogene Erstbewertungen im Hinblick auf die Flächennutzung.
- Untersuchung und Bewertung von Bodenkontaminationen an den Pilotstandorten.
- Stadt- und Infrastrukturplanung für eine integrierte Brachflächenrevitalisierung auf den Pilotstandorten.
- Maßnahmen zur Mobilisierung privaten Kapitals für den sozialen Wohnungsbau und zur Sanierung verunreinigter Standorte.
- Abfallwirtschaftsmanagement auf Brachflächenstandorten und Altablagerungen.
- Öffentliche Politikansätze zum Brachflächenrecycling in innenstädtischen Bereichen.

Ergebnisse, Erfahrungen und abgeleitete Konzepte werden in Broschüren veröffentlicht und in Seminaren und in der Schlusskonferenz vorgestellt. So wurden beispielsweise bei einem einwöchigen Workshop in Stuttgart die Vertreter der Partnerstädte über die Stuttgarter Erfahrungen und Lösungsansätze der integrierten Stadtinnenentwicklung informiert. Im Rahmen

von Kurzzeiteinsätzen und Praktika findet zudem ein reger Erfahrungsaustausch zwischen Stuttgart und den Partnerkommunen statt.

Ergebnisse im Inland

Das Projekt INTEGRATION trägt zu den Millenniumszielen „Sicherstellung der Umwelt Nachhaltigkeit“ und „Entwicklung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung“ bei. Im November 2008 haben die Oberbürgermeister von Stuttgart und Bogota, Dr. Wolfgang Schuster und Samuel Moreno Rojas, auf dieser Grundlage eine Entwicklungspartnerschaft im Bereich „Umweltgerechte Stadtentwicklung auf kontaminierten Flächen“ vereinbart. Die öffentliche Akzeptanz und das öffentliche Bewusstsein werden durch Mitteilungen in der Lokalpresse, durch Filme und Artikel in Fachzeitschriften gestärkt. So erschienen in Deutschland allein 2009 35 Artikel über das Projekt INTEGRATION.

Auch die Einbindung Stuttgarter Unternehmen in das Programm INTEGRATION ist vorgesehen. Es geht dabei um Stadtplanung im Innenbereich, sozialen Wohnungsbau, Umweltuntersuchungen und deren Bewertung, Projektmanagement, Geografische Informationssysteme und Abfalltechnik (Sammlung, Transport, Deponierung von Abfällen und Deponienachsorge).

Finanzierung

Die Europäische Kommission hat für INTEGRATION einen Budgetrahmen in Höhe von 3,6 Mio. Euro als förderfähig anerkannt und gewährt einen Zuschuss von 80 Prozent zu den förderfähigen Kosten. Die Laufzeit von INTEGRATION beträgt 48 Monate, sie begann am 1. Dezember 2008 und endet planmäßig am 30.11.2012.

Perspektiven

Die Partner haben die Auswahl ihrer Pilotprojekte abgeschlossen. In Quito, Guadalajara und Chihuahua haben erste Untersuchungen und Planungen begonnen, die Bürgerbeteiligung ist in Quito und Guadalajara im Gange. 2010 soll die Bestandsaufnahme der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen und der bisherigen Projekterfahrungen der kommunalen Partner abgeschlossen werden. Die Erfahrungen innerhalb des Projektes sollen von den beteiligten Stadtverwaltungen dazu genutzt werden, die dabei erworbenen fachlichen Kenntnisse und Erfahrungen in künftigen Projekten der Innenentwicklung einzusetzen, ihre Organisationen an die neuen fachlichen Anforderungen einer integrierten Stadtinnenentwicklung anzupassen und vorhandene oder neue Strategien zur Förderung der Innenentwicklung zu erarbeiten

Vom 13. bis 17. September 2010 ist in Sao Paulo und Rio de Janeiro (Brasilien) ein Workshop zum Thema „Die kompakte Stadt“ geplant.

Ansprechpartner und an INTEGRATION beteiligte Partner

Hermann Josef Kirchholtes, Manfred Barlin
Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Umweltschutz
Gaisburgstr. 4
70182 Stuttgart
Tel.: 0711 21688717
Fax: 0711 21688620
Mail: Hermann.Josef.Kirchholtes@stuttgart.de
Homepage: www.urbal-integration.eu

Beschreibung der Partner und der assoziierten Partner:

An INTEGRATION beteiligen sich als Partner aus fünf Nationen: Brasilien, Deutschland Ecuador, Kolumbien und Mexiko, darunter sechs Städte, ein mexikanischer Bundesstaat und zwei Nichtregierungsorganisationen (NGO).

- Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Umweltschutz, Deutschland (Antragstellung, Projektkoordination und Verwaltung der EU-Fördergelder)
- Stadt Guadalajara, Stabsabteilung für politische Beziehungen (Dirección de Vinculación Política), Mexiko
- Stadt Sao Paulo, Amt für Grünflächen und Umwelt (SVMA – Secretaría Municipal do Verde e do Medio Ambiente), Brasilien
- Stadt Quito, Amt zur Koordination der Gebietskörperschaft (Coordinación Territorial), Ecuador
- Stadt Bogotá, Umweltamt (Secretaría Distrital de Ambiente), Kolumbien
- Stadt Rio de Janeiro, Umweltamt (Secretaria Municipal de Meio Ambiente), Brasilien
- Bundesstaat Chihuahua, Staatsministerium für Stadtplanung und Ökologie (Secretaría de Desarrollo Urbano y Ecología), Mexiko
- KATE (Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung), Stuttgart (NGO)
- ICLEI (Local Governments for Sustainability) Sao Paulo (NGO).

In das Projekt sind beratend auch fünf assoziierte Partner eingebunden:

- Bundesumweltamt Dessau, Deutschland
- Amt für Stadtplanung der Stadt Guadalajara (Ayuntamiento de Guadalajara, Comisión de Planeación Urbana), Mexiko (Guadalajara)
- Koordinierungsstelle für Innovation und Entwicklung des Bundesstaates Jalisco (Coordinación General de Innovación y Desarrollo del Gobierno del De Estado Jalisco) Mexiko (Guadalajara)
- Institut für Verkehrs- und Entwicklungsstrategien (Institute for Transportation and Development Policy), Mexiko (Guadalajara)
- Stadt Viña del Mar, Chile, mit der Katholischen Universität Valparaíso und der Nationalen Umweltkommission CONAMA.

2.9 Das Stadtenetz Kaukasus: Lernende Städte

Die Länder des Südkaukasus haben nach ihrer Unabhängigkeit einen Reformkurs zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft eingeschlagen. Die dabei der lokalen Ebene übertragenen Aufgaben werden nur unzureichend erfüllt. Im Rahmen einer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von 2002 bis 2009 finanzierten Maanahme der Technischen Zusammenarbeit wird die fachliche Beratung der Partner in den Kommunalverwaltungen der Städte Tbilissi und Telavi in Georgien, Sumgait in Aserbaidschan und der Stadt Vanadzor in Armenien unterstützt. Der kommunale Fachaustausch zwischen den Ländern wird gefördert.

Projektbeschreibung / Ziele

Bessere Dienstleistungen für die Bürger sind im Südkaukasus keine Selbstverständlichkeit. Weitgehend unbekannt war der Gedanke, dass Bürger Zugang zum Rathaus suchen, um Dienstleistungen zu erhalten und sich die Stadtverwaltungen für Bedürfnisse ihrer Bürger interessieren. Das Vorhaben arbeitet im entwicklungspolitischen Kontext der Kaukasus-Initiative des BMZ länderübergreifend. Angesichts der Tatsache, dass Armenien und Aserbaidschan noch keinen Friedensvertrag geschlossen haben, tragen die Kontakte auf kommunaler Ebene auch dazu bei, den Frieden in der Region zu stabilisieren.

Seit die Regierungen im Südkaukasus die europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung unterzeichnet haben, wird eine moderne, transparente und bürgerfreundliche Stadtverwaltung gewünscht. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in einer noch jungen Demokratie wie Georgien und erste Schritte zu kommunaler Governance in Aserbaidschan und Armenien sind Voraussetzung für effiziente Dienstleistungen der Städte und ihre nachhaltige Entwicklung.

Leistungen und Wirkungen

Unterstützung von Capacity Development

Um die kaukasischen Partner an den von ihnen gewünschten Standard der kommunalen Selbstverwaltung heranzuführen, wurden erstmals in einer Maanahme der Technischen Zusammenarbeit bereits bestehende Städtepartnerschaften zwischen deutschen und kaukasischen Kommunen entwicklungspolitisch genutzt. Dies führte zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Partnern und unmittelbaren Akzeptanz des erforderlichen Wissens. Im Stadtenetz werden Kompetenzen durch die deutschen Kollegen aus den Partnerstädten auf gleicher Augenhöhe mit den kaukasischen Partnern entwickelt. Dabei sind neue Kompetenzen gefragt, die teilweise in den alten Stadtregierungen nach sowjetischer Art nicht vorhanden und auch nicht erwünscht waren. Die deutschen Städte Saarbrücken, Biberach an der Ria und Ludwigshafen konnten von der GTZ gewonnen werden, ihre kommunale Fachexpertise für ausgewählte Beratungsthemen im Kaukasus einzusetzen. Die Kontakte der Stadt und des Landkreises Leipzig nach Armenien beruhen auf einer neu geschaffenen kommunalen Projektpartnerschaft. Das praktische Wissen aus deutschen Kommunalverwaltungen wurde rasch von den Verantwortlichen der kaukasischen Kommunen, Bürgermeistern, Amtsleiterinnen und Kommunalbediensteten absorbiert, als sie erkannten, dass ihre deutschen Kollegen sich täglich mit ähnlichen Problemen befassen wie sie. Diese Beratung auf Augenhöhe hat sich in der unmittelbaren Anwendung der kommunalen Praxis bereits für die Bürger sichtbar positiv ausgewirkt, wie Befragungen der Einwohner von Tbilissi zeigen.

Der Nutzen für die Bürger ist in kurzer Zeit erkennbar: Durch Hospitationen der jeweiligen Amtsleiter in der deutschen Kommunalverwaltung und mit gemeinsamen Trainings vor Ort für eine neue Organisation und das Management von Anträgen der Bürger an die Stadtverwaltung in sogenannten Bürgerbüros sind in den kaukasischen Partnerstädten erfolgreiche

Entwicklungen angestoßen worden. Angestellte, die im Bürgerbüro der georgischen Hauptstadt hinter den Kulissen mit großem Engagement und gegen viel Widerstand die Arbeitsabläufe nach Saarbrücker Vorbild völlig neu organisieren, erhalten auch eine bessere Bezahlung durch ihren kommunalen Arbeitgeber als früher. Hospitationen bei ihren fachlichen Peers gehören zum *Capacity Development* genauso wie die beispielhafte Erarbeitung von kommunalen Abfallkonzepten für Telavi, der georgischen Partnerstadt von Biberach. Die Fachleute des Ludwigshafener Umweltamtes bringen Erfahrungen eines Chemiestandorts zu ihren Kollegen der Stadt Sumgait, wie sie ein Kataster für die Stadtplanung nutzen, um die industriellen Altlasten der ex-sowjetischen Kombinate in ihren unterschiedlichen Gefährdungsstufen beherrschen zu lernen. Dadurch werden die Dienstleistungen nicht nur effizienter, sondern sie sind auch besser auf die Bedürfnisse der Bürger ausgerichtet.

Obwohl weder die deutschen noch die georgischen, aserischen und armenischen Kommunalexpernten die Landessprachen teilen, haben sie doch eine gemeinsame Fachsprache und das Teilen von Wissen und Erfahrungen funktionieren ausgezeichnet. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die nationalen Fachkräfte der GTZ aus den drei Ländern, die sowohl für die Organisation und die Übersetzungen als auch für die Verbreitung des Gelernten sorgen. Die Einbettung der Städtepartnerschaften in eine Maßnahme der Technischen Zusammenarbeit gewährleistet die entwicklungspolitischen Prinzipien wie *Ownership* der Partner und partizipative Vorgehensweise. Auch der Zeitpunkt für das jeweilige *Capacity Development* und die gemeinsame Auswahl der Lerninhalte ist Aufgabe der Maßnahme der Technischen Zusammenarbeit, um mit entsprechender Vor- und Nachbereitung vor Ort im Kaukasus das Gelernte situationsgerecht in den Partnerstädten anwenden zu können.

Zuschussverträge der GTZ für die deutschen Kommunen ermöglichen gemeinsame Planung und Begleitung von Entwicklungsprozessen mit den kaukasischen Partnerstädten. Die deutsche kommunale Expertise wird dabei ohne Beratungshonorar erbracht. Die Maßnahme der deutschen Technischen Zusammenarbeit im Südkaukasus übernimmt die Reisekosten der kommunalen Experten beider Seiten, damit sowohl in den deutschen als auch in den kaukasischen Städten der Wissensaustausch und das gemeinsame Lernen erfolgen können. Die deutschen kommunalen Experten werden jeweils von ihrer Kommunalverwaltung für die Beratungseinsätze freigestellt. Diese Einsätze in den Partnerstädten sind mit etwa drei bis fünf Tagen angesetzt.

Vernetzung

Kommunales Management der Abfallbeseitigung in den Städten war für alle Beteiligten ein wesentliches Thema in der Stadtverwaltung. Bei den bilateralen Hospitationen in deutschen Städten erweiterte sich die Beratungspalette, die Themen bekamen immer mehr Schnittstellen zu den Kommunalverwaltungen der Partner. Daher konnte ein größerer Hebel für das gemeinsame Lernen in einem Lernforum für alle Beteiligten gefunden werden. Zu diesem Lernforum wurden auch Vertreter der Privatwirtschaft eingeladen, die teilweise im kommunalen Auftrag die Dienstleistungen erbringen. Dort konnte ein armenischer Unternehmer sich erstmals mit einem aserischen Abfall Experten austauschen, als sich eine georgische Stadt als „neutraler“ Veranstaltungsort anbot.

Im Rahmen dieser Lernveranstaltungen haben sich andere Themen der kommunalen Selbstverwaltung entwickelt, die den Wissenstransfer einer deutschen Stadt zu ihrem Partner für mehrere Kommunen attraktiv gestaltet. Dabei geht es vor allem um eine neue Verwaltungsorganisation, z.B. wie welche Ämter zukünftig zusammenarbeiten sollen. Es sind in Zusammenarbeit mit Benachteiligten und Organisationen der Zivilgesellschaft durch die deutschen Beispiele innovative Herangehensweisen in der Stadt und neue Dezernate entstanden, z.B. für eine bisher nicht existente kommunale Sozialpolitik. Die gegenseitigen Fachberatungen haben quer zu den bilateralen Städtepartnerschaften zugenommen, so dass eine echte Vernetzung der Städte untereinander entstanden ist. Das Städtenetz bietet eine Lernplattform für seine Mitglieder, die die Städte allein in ihren Ländern nicht etablieren

konnten und die eine Dialogbereitschaft erschließt, die auf lokaler Ebene entgegen allen nationalen Verlautbarungen über feindliche Nachbarschaft im Kaukasusgebirge sehr positiv wirkt. Jährliche Wirtschaftsforen in der georgischen Hauptstadt Tbilissi zu verschiedenen Themen, die von allen Partnerstädten des Städtensetzes aktiv gestaltet werden, sind eine attraktive Veranstaltung auch für nicht am Städtensetz beteiligte Kommunen. Diese Wirtschaftsforen werden darüber hinaus auch von Städten und internationalen Gebern in Georgien und den Nachbarländern als Kontaktbörse genutzt, aus denen weitere Dialogveranstaltungen jenseits der Themen des Städtensetzes entstehen.

Nach Aussagen beteiligter Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister profitieren auch die deutschen Städte von dem partnerschaftlichen Austausch und bringen Innovationen mit zurück in die eigene Kommunalverwaltung. Sei es zur Integrationspolitik auf kommunaler Ebene, sei es zu kostensparenden, einfacheren Lösungsansätzen in der bürgernahen Verwaltung.

Perspektiven

Städte untereinander zu vernetzen, um gemeinsames Lernen anzuregen, ist zukunftsorientiert und entspricht dem entwicklungspolitischen Prinzip der Beratung von Partnern in idealer Weise. Die entwicklungspolitisch genutzten Städtepartnerschaften sind eine innovative Leistungsmodalität in Programmen der Technischen Zusammenarbeit. Sie sind nachhaltig, da die Städtepartnerschaften auch jenseits der geförderten Maßnahme bestehen bleiben. Sie sind von den Partnern sehr geschätzt, denn sie stellen durch die *Peer-to-Peer*-Methode eine Beratung auf Augenhöhe sicher. Sie sind eine kostengünstige Leistungsmodalität, da die kommunale Expertise im Rahmen von Finanzierungsbeiträgen ohne individuelle Gutachterhonorare erbracht wird und den aktuellen Stand der kommunalen Selbstverwaltung repräsentiert.

Dass Städte gemeinsam und voneinander lernen, hat ein erhebliches Potenzial für die technische Zusammenarbeit, welches in Deutschland noch nicht ausgeschöpft ist. Es sind auch Dreieckspartnerschaften denkbar, in denen mehrere Städtepartner zusammenarbeiten. Die Ausstrahlung der Lernenden Städte auf andere entwicklungspolitische Vorhaben ist durch die Netzwerkarbeit in der Region gegeben, was sich in gemeinsame Veranstaltungen mit benachbarten Programmen auswirkt.

Die strategische Einbettung von Städtepartnerschaften in Maßnahmen der Technischen Zusammenarbeit wird empfohlen. Die Einsätze deutscher kommunaler Expertise erfordern zusammen mit den Partnern vor Ort eine intensive Vor- und Nachbereitung, um effektiv und zum richtigen Zeitpunkt genutzt zu werden. Die Lernerfolge in dieser Leistungsmodalität sind öffentlichkeitswirksam und die internationale Vernetzung ist für alle Beteiligten attraktiv. Da in vielen Partnerländern die Kommunalverbände noch nicht hinreichend Dienstleistungen für ihre Mitgliedsstädte erbringen, ist der Netzwerkaufbau mit Städten, die voneinander lernen wollen, ein erster Schritt zum Teilen von Wissen und Erfahrungen der Städte untereinander. Die Verantwortlichen der Partnerschaften und die Oberbürgermeister der beteiligten deutschen Städte haben ihre Bereitschaft signalisiert, auch weiterhin kommunale Expertise ihrer Städte zu Verfügung zu stellen. Dies geht weit über die Aktivitäten klassischer Städtepartnerschaften hinaus und wird in dieser Form auch von den deutschen kommunalen Spitzenverbänden unterstützt.

Entwicklungspolitisch genutzte Städtepartnerschaften bieten auf deutscher Seite die Gelegenheit, dem Bürger in seiner Kommune unmittelbar die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu verdeutlichen. Auch die in den Kommunen lebendigen Partnerschaftsvereine zur Unterstützung einer Städtepartnerschaft haben vielen Bürgern die Sinnhaftigkeit der Entwicklungszusammenarbeit anschaulich vor Augen geführt. Die Chancen, die solche „Lernenden Städte“ bieten, sollte die Entwicklungspolitik vermehrt nutzen.

Die Partner in den Kommunen haben erheblich an Selbstbewusstsein gewonnen und tragen mit der neu errungenen kommunalen Selbstverwaltung und Leistungen nach europäischem Standard zu einem demokratischen Staatswesen bei, das stärker auf seine Bürger und deren Bedürfnisse orientiert ist.

Ansprechpartnerin

Dr. Petra Stremplat-Platte
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Abteilung Staat und Demokratie
Postfach 5180
65760 Eschborn
Tel.: 06196 791647
Mail: petra.stremplat-platte@giz.de

2.10 Südafrika 2010: Partnerschaft mit Kick

Mit Austragung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft™ (WM) präsentierte sich Südafrika 2010 als erster afrikanischer Gastgeber des größten globalen Sportereignisses und rückte damit in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit. Wie in Deutschland während der WM 2006 – dem viel gerühmten Sommermärchen – hing der erfolgreiche Verlauf dieses Großereignisses maßgeblich von der Planung, Organisation und Durchführung auf kommunaler Ebene in den WM-Austragungsstädten und den Teamstandorten ab.

Projektbeschreibung / Ziele

Vor diesem Hintergrund sah das vierjährige Projekt "Südafrika 2010 - Deutschland 2006: Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung - Partnerschaft mit Kick!" einen kollegialen Fach- und Erfahrungsaustausch zwischen den deutschen und südafrikanischen Austragungsstädten und Teamstandorten der Weltmeisterschaft 2006 und 2010 vor. Damit sollte erstens ein Beitrag zum erfolgreichen Ablauf der WM in Südafrika 2010 geleistet und zweitens die Stadtentwicklung der südafrikanischen Kommunen über 2010 hinaus nachhaltig gefördert werden. Drittens galt es, durch den Austausch internationale Erfahrung und entwicklungspolitische Bildung in deutschen Kommunen auszubauen. Viertens bot das Projekt Gelegenheit, die deutsch-südafrikanische kommunale Zusammenarbeit zu stärken und vorhandene Projekt- oder Städtepartnerschaften zu vertiefen oder Grundsteine für neue zu legen.

Das WM-Projekt „Partnerschaft mit Kick!“ wurde im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von InWEnt - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH in Bonn durchgeführt. Federführend waren die Servicestelle Kommunen in der einen Welt (SKEW) bei InWEnt und das InWEnt-Regionalbüro in Pretoria, Südafrika, das in Kooperation mit dem DED geleitet wird. Seit Mitte 2008 wurde das Projekt außerdem in Kooperation mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) durchgeführt. Programmpartner bzw. Zielgruppe des Projekts waren die Mitarbeiter/-innen von Kommunalverwaltungen in Deutschland und Südafrika (WM-Austragungsstädte und -Teamstandorte 2006 und 2010) und die Mitarbeiter/-innen von Landes- und Bundesbehörden, die mit der Vorbereitung und Durchführung der WM betraut waren, in Deutschland (z.B. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren, Landespolizei NRW, u.a.) und in Südafrika (z.B. National Disaster Management Centre, South African Police Service). Ebenso beteiligt waren die kommunalen Spitzenverbände in Deutschland (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) und in Südafrika (South African Local Government Association SALGA, South African Cities Network SACN) sowie die Mitarbeiter/-innen nationaler Ministerien in

Südafrika (Department for Cooperative Governance and Traditional Affairs COGTA, Department of Environmental Affairs and Tourism DEAT).

Als strategische Partner fungierten ferner die Deutsche Botschaft in Pretoria (Koordination der Programme der deutschen EZ zur WM 2010) und die Südafrikanische Botschaft in Berlin (Strategische Allianz zur Durchführung von Maßnahmen der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, vor allem hochrangig besetzte Podiumsdiskussionen und Pressekonferenzen). Ebenso war das InWEnt-Auslandsbüro Südafrika mit Sitz des südafrikanischen Projektbüros eingebunden, sowie die InWEnt-Regionalzentren, die vor allem im Bereich der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit in Deutschland aktiv waren.

Projektbeschreibung

Das Projekt „Partnerschaft mit Kick!“ war Bestandteil der deutsch-südafrikanischen Regierungsvereinbarungen. Auf dieser Grundlage unterzeichneten die Oberbürgermeister/-innen der deutschen WM-Austragungsstädte und Teamstandorte 2006 eine Absichtserklärung (Letter of Intent, Lol), mit welcher sie ihre Bereitschaft zur Teilnahme bekräftigten. Nur bei zwei Städten blieb es bei einer losen Kooperationsabsichtserklärung.

Über 70 deutsche WM-Expert/-innen aus insgesamt 13 deutschen WM-Städten beteiligten sich an knapp 200 Beratungseinsätzen in 9 südafrikanischen WM-Austragungsorten. Die Beratungen erfolgten immer bedarfsorientiert. Das Aufgabenspektrum der deutschen Expert/-innen betraf fast alle kommunalen Arbeitsfelder, ob Transport und Verkehr, Sicherheit, Energieversorgung, Abfall, Marketing oder Öffentlichkeitsarbeit. So wurden u.a. auf der Basis der WM-Beratungen Arbeitsstrukturen in den Verwaltungen der Host Cities an die Herausforderungen einer WM angepasst, Regelwerke für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr verabschiedet, Kosteneinsparungen beim Stadionbau (z.B. in Port Elisabeth) erzielt, die Problemwahrnehmung für Vertragsverpflichtungen gegenüber der FIFA geschärft, der Dialog zwischen den einzelnen Austragungsstädten in Gang gesetzt und vieles mehr.

Qualifizierungsmaßnahmen für WM-Expert/-innen

Ein eigens für die WM-Expert/-innen konzipierter, einwöchiger Vorbereitungskurs in der Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit (V-EZ), Bad Honnef, bot ein landeskundliches, interkulturelles und fremdsprachliches Training an alle erstmalig ausreisenden Expert/-innen an. Dieser mit maximal 8 Teilnehmern geleitete Intensivkurs erweiterte die entwicklungspolitische und interkulturelle Kompetenz der Teilnehmer/-innen und erleichterte die Beratungstätigkeit in Südafrika. Zusätzlich gab es im Verlauf des Projekts flankierende Schulungen (z.B. zur Beraterrolle). Die Beratungseinsätze wurden vorab durch das InWEnt-Regionalbüro in Pretoria vorbereitet, so dass diese bereits begutachtet und je nach Bedarf ergänzt und vorbereitet werden konnten. Auch während der Einsätze vor Ort war das InWEnt-Team in Pretoria ständiger Ansprechpartner für die Kommunalexpert/-innen.

Die Experten-Einsätze wechselten ab mit regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen in Deutschland, die den deutschen Kommunalexpert/-innen die Möglichkeit zum Austausch, zur Kurskorrektur und Kritik gaben. Ebenfalls gab es Rückmeldungen des südafrikanischen InWEnt-Büros über konkrete Einflüsse der bereits geleisteten Arbeit in den Host Cities.

Ab 2008 wurden zunehmend Fachkräfte aus dem Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, namentlich Vertreter/-innen des Bundesamtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz (BBK) und der für das WM-Projekt erneut ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren (AGBF) in das kommunale Netzwerk eingegliedert. Durch die regelmäßigen Beratungs- und Abstimmungsgespräche, auch mit anderen Fachpartner/-innen wurden ausreisende Expert/-innen nicht nur auf ihre Einsätze vorbereitet, sondern auch immer wieder für entwicklungspolitische Perspektiven sensibilisiert. Gemein-

same Planungs- und Evaluierungsworkshops förderten überdies die Netzwerkbildung sowie den interkommunalen Fach- und Erfahrungsaustausch.

Informations- und Bildungsmaßnahmen in Deutschland

In Deutschland wurden in Zusammenarbeit mit den deutschen WM-Städten und anderen Projektpartnern Maßnahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit durchgeführt. Der Fokus lag dabei bewusst auf der Ansprache neuer Zielgruppen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Dementsprechend breit war das Spektrum an Formaten: Sie reichten von fachbezogenen Vorträgen, über Podiumsdiskussionen zu Journalisten- und Lehrerfortbildungen bis hin zu Public Viewing-Auftritten vor jungem Publikum, u.a. beim FIFA FanFest in Berlin mit mehr als 200.000 Teilnehmern.

Ein zentrales Element der Vermittlung des deutsch-südafrikanischen Städte-Projekts erwies sich der Projektfilm "Partnerschaft mit Kick!" - der in ganz Deutschland zu den unterschiedlichsten Anlässen ausgestrahlt wurde (z.B. auf dem 7. Niedersächsischen Außenhandelswirtschaftstag, Hannover, Dialogforum Global in Bremen oder dem Public Viewing der Stadt Nürnberg etc.). Er fand u.a. auch Eingang in ein Bildungsprojekt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Dadurch konnte die Arbeit der Kommunalexpert/-innen der deutschen Städte einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden.

Ergebnisse / Veränderungen im Inland

Aus den Projektpartnerschaften haben sich bei mindestens 4 Kommunen langfristige Partnerschaften ergeben. Inwiefern diese Partnerschaften institutionalisiert werden konnten, bleibt abzuwarten. Außerdem konnte durch die Informations- und Bildungsarbeit im Inland eine breite, fußballinteressierte Öffentlichkeit für die entwicklungspolitische Thementrias Afrika - Sport - Entwicklung sensibilisiert und für den partnerschaftlichen Gedanken der deutsch-südafrikanischen Entwicklungszusammenarbeit gewonnen werden.

Gleichzeitig zeigten erste Feed-Back-Gespräche mit den beteiligten Kommunalverwaltungen, dass die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Mitwirkung an Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zunimmt. Die Qualifizierung der am Projekt beteiligten Mitarbeiter/innen wurde von den Verwaltungen öffentlichkeitswirksam "vermarktet" (Lokalzeitungen, Online-Newslettern, Mitarbeiterzeitungen, etc.), was als Beleg dafür gelten kann, dass die Möglichkeiten der Imageverbesserung und Profilierung der Kommunen durch ein kommunales, entwicklungspolitisches Engagement erkannt wurde.

Ergebnisse / Veränderungen im Partnerland

Südafrika hat eine gut organisierte, professionelle WM ausgerichtet und die Welt hat sich an fairen und friedlichen Spielen erfreut. Damit hat die WM 2010 die Chance erfüllt, das Vertrauen der internationalen Öffentlichkeit in die Entwicklung Afrikas und ebenso das afrikanische Selbstvertrauen zu stärken. Die Arbeit der deutschen Kommunalexpert/-innen konnte wesentlich dazu beigetragen, die kommunalen Kompetenzen und Fähigkeiten zur Vorbereitung und Durchführung der WM vor Ort entscheidend zu stärken. Dieser Kompetenzgewinn stellte einen Beitrag zur nachhaltigen Stärkung kommunaler Strukturen dar.

Finanzierung

Insgesamt verfügte das Projekt mit seiner Laufzeit von 01/2007 bis 12/2010 über ein Gesamtbudget von rund 3,5 Millionen Euro. Auf die deutschen Kommunen kamen nur indirekte Kosten durch die kurzfristige Freistellung ihrer Mitarbeiter zu.

Perspektiven

Das SKEW-Projekt „Partnerschaft mit Kick!“ wird erst gegen Ende des Jahres 2010 abgeschlossen sein, eine Evaluierung und Dokumentation, die eine abschließende Bewertung erlauben würden, liegen noch nicht vor. Dennoch darf man aufgrund des erfolgreichen Verlaufs und des positiven Ergebnisses des WM-Projekts schlussfolgern, dass dieses Projekt der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ein herausragendes Beispiel darstellt für die Möglichkeiten, die der Sport als Vehikel der Entwicklungszusammenarbeit bietet. Ferner zeigt es, dass die genuin kommunale Expertise in der Daseinsvorsorge und Stadtentwicklung deutscher Städte ein wichtiger Beitrag für die Stärkung kommunaler Kompetenzen in Entwicklungsländern und Schwellenländern leisten kann. Im Gegenzug hält der partnerschaftliche Dialog ein enormes Potenzial an Internationalisierung der deutschen Stadtverwaltungen bereit.

Die internationale Vernetzung, der Ausbau an Lösungsansätzen und die erhöhte Qualifizierung des eigenen Personals (interkulturelle und sprachliche Kompetenzen, vertiefte Regionalkenntnisse und fortschrittliche Managementtechniken) birgt für deutsche Kommunen politisch und wirtschaftlich großes Wachstumspotential.

Als konkrete Auswirkungen des Projekts darf man die von der südafrikanischen Seite geäußerte Absichtserklärung nach Fortführung und Ausweitung der deutschen, kommunalen Entwicklungszusammenarbeit vor allem in den ländlichen Gebieten, werten. Überdies hat die "Partnerschaft mit Kick!" dazu beigetragen, dass deutsche Städte ein weltweit wirkendes Profil entwickeln konnten. So haben angesichts der Fußball-WM 2014 in Brasilien, bereits brasilianische Städtevertreter/-innen ihr Interesse an einem Fach- und Erfahrungsaustausch bekundet und erste Gespräche aufgenommen. Brasilien, mit seinen Megastädten und seinem enormen Investitionspotential ist für deutsche Städte attraktiv und ein Austausch birgt vielfache Entwicklungschancen für deutsche Kommunen. Die "Partnerschaft mit Kick!" ist eine Partnerschaft mit Wachstumspotential.

Ansprechpartnerin

Anita Reddy

Abteilungsleiterin Entwicklungsbezogene Bildung/Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: 0228 4460 1634

Fax: 0228 4460 1601

Mail: anita.reddy@giz.de

Pamina Haussecker

Projektleiterin „Partnerschaft mit Kick!“

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: 0228 4460 1763

Fax : 0228 4460 1601

Mail: pamina.haussecker@giz.de

Ausführliche Informationen unter:

<http://www.service-eine-welt.de/wm/wm-start.html>

2.11 Maghreb: Stärkung kommunaler Strukturen

In den Ländern Algerien, Marokko und Tunesien leben ca. 60 Prozent der Menschen in Städten. Bei jährlichen Wachstumsraten von 3 Prozent und mehr wird sich deren Bevölkerung in ca. 30 Jahren voraussichtlich verdoppelt haben. In den großen Städten konzentrieren sich Armut, Wohnungsnot, Umweltrisiken und soziale Verwahrlosung mit ihren Potenzialen für politische Radikalisierung. Der sehr hohe Jugendanteil (50 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 20 Jahre) stellt besondere Anforderungen an die Kommunen hinsichtlich der Wohnungs- und Infrastrukturversorgung sowie der Bereitstellung von Bildungs- und Arbeitschancen. Lokalregierungen dienen tendenziell als verlängerter Arm des Zentralstaats (Algerien, Tunesien) oder müssen sich mit dessen weit reichender Kontrolle (Marokko) auseinandersetzen. Ihrer politischen, technischen und finanziellen Gestaltungsfähigkeit sind damit enge Grenzen gesetzt. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist auf funktionierende Strukturen in den Städten und die Leistungsfähigkeit von Stadtverwaltungen und kommunalen Dienstleistern angewiesen. Größere kommunalpolitische Autonomie einschließlich stärkerer Teilhabe der Zivilgesellschaft ist daher für die künftige Entwicklung in den drei Ländern von entscheidender Bedeutung. Dies betrifft die lokale Entwicklung, aber auch die effiziente Umsetzung nationaler Programme auf regionaler und lokaler Ebene, wie auch den Prozess der Annäherung an die EU im Rahmen der Union für das Mittelmeer.

Bei ähnlichen Herausforderungen an die Kommunen und Entwicklungstrends in der Region liegt es nahe, einen strukturierten und länderübergreifenden kommunalpolitischen Dialog und Wissenstransfer zu fördern. Bereits eingeführte Ansätze und Beispiele für eine situationsadäquate Gestaltung lokaler Entwicklungsprozesse können dadurch genutzt werden. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ GmbH) mit dem Programm „CoMun“ seit 2008 den Aufbau und die Nutzung eines kommunal- und stadtentwicklungspolitischen Lernnetzwerkes zwischen Ländern des Maghreb. Im Hinblick auf die Unterstützung laufender (Marokko) oder geplanter (Algerien, Tunesien) Dezentralisierungsprozesse richtet sich das Programm dabei gleichermaßen an die kommunale wie die zentralstaatliche Ebene.

Projektbeschreibung

Der Ansatz des Vorhabens CoMun besteht im Aufbau und der anschließenden Beratung eines regionalen Lernnetzwerkes zwischen Kommunen (Algerien und Marokko: ab 150.000 EW, Tunesien: ab 75.000 EW) sowie staatlichen und privaten Akteuren der Kommunal- und Stadtentwicklung der drei Länder. Durch organisierten Erfahrungsaustausch über aktuelle Schlüsselthemen der Kommunal- und Stadtentwicklung erhalten Städte Zugang zu bereits erprobtem Praxiswissen und entwicklungsorientierten Ansätzen aus Ländern mit vergleichbaren Kontexten. Letztlich werden kommunale Strukturen und Entwicklungskompetenzen gestärkt. Dem ausdrücklichen Interesse vieler Maghreb-Kommunen am deutschen Modell der kommunalen Selbstverwaltung entsprechend wird nach Möglichkeit auch deutsches kommunalpolitisches Know-How in diesen Prozess einbezogen.

Diese Zielsetzung will das Programm durch zwei Leistungskomponenten erreichen:

Direkte Unterstützungsleistungen für ausgewählte Städte bei der Konzipierung und Durchführung von im regionalen Kontext innovativen und Nachhaltigkeit versprechenden Entwicklungsvorhaben: diese Leistungen können aus fachlich-technischer Beratung, Finanzierungszuschüssen und/oder der Unterstützung bei der Einwerbung von Drittmitteln (z.B. internat. Geberinstitutionen, versch. Stiftungen) sowie der Vermittlung von Projektpartnerschaften mit deutschen Städten oder einem Mix aus diesen Leistungen bestehen. Städte qualifizieren sich hierfür entweder über einen Wettbewerb (Marokko, Bewerbungsschluss im Sept. 2010) oder werden von den jeweiligen Kommunalverbänden (Tunesien) oder der Re-

gierung (Algerien) ausgewählt. Durch diese Komponente wird sichergestellt, dass die Aktivitäten im Rahmen des Lernnetzwerkes aktuell und nachfrageorientiert sind.

Dialog und Lernnetzwerk: Initiierung, Aufbau und fachliche wie organisatorische Begleitung eines regionalen Lernnetzwerkes für nachhaltige Stadtentwicklung durch: Dialogveranstaltungen und organisierten Erfahrungsaustausch, Erarbeitung von Trainingsmaterialien und Arbeitshilfen, Studienreisen etc. Dabei wird eng mit vorhandenen Wissensplattformen und Netzwerkinstitutionen (insbes. dem UCLG Mittelmeersekretariat, MedCities) im Mittelmeerraum zusammengearbeitet. Die Themen werden in einer ersten Runde aus den im Rahmen des Wettbewerbs eingereichten Projekten abgeleitet. Im Laufe des Dialogprozesses kommen weitere Themen hinzu. Zu diesem Dialog sind alle Städte eingeladen, die sich an oben erwähnten Wettbewerben beteiligen oder im Rahmen der jew. Ländermodelle benannt wurden. Der Dialog sieht einen möglichen Austausch über folgende Themenkomplexe vor:

- Stadtplanung, integrierte Stadtentwicklung,
- Infrastruktur und Wohnen,
- Klima und umweltgerechte Stadt,
- Verwaltungsorganisation und -modernisierung, Finanzen, Transparenz, Effizienz,
- Dienstleistungen und Bürgerorientierung,
- Wirtschaftsförderung,
- Sicherheit und Ordnung,
- Erhaltung und In-Wertsetzung von kulturellem Erbe,
- Steuerung und Entwicklung städtischer Ballungsräume.

Unterstützt wird das Programm CoMun von einem beratenden Gremium, existierend aus der regionalen Vertretung von UCLG, einer noch zu identifizierenden reg. Trägerorganisation, den Präsidenten der maghrebischen Städteverbände (Marokko, Tunesien) und wissenschaftlichen Instituten.

Mögliche Leistungen deutscher Kommunen

Vermittelt durch das Programm CoMun können deutsche Kommunen Projektpartnerschaften mit ausgewählten maghrebischen Kommunen eingehen, die sich an den o.a. Themen ausrichten. Diese sind auf eine konkrete Aufgabe/ein konkretes Projekt mit einem klaren Entwicklungsziel zugeschnitten und auf eine im gemeinsamen Dialog festzulegende Zeit begrenzt. Leistungen deutscher Partnerkommunen können sein:

- fachlich-technische Beratung, vor Ort oder zu Hause bei Besuchen von Partnerfachkräften aus dem Maghreb,
- Darstellung der eigenen Praxis im Rahmen von Studienreisen Maghreb. Partnerfachkräfte oder anlässlich thematischer Foren, Konferenzen etc.,
- zeitlich begrenzte Aufnahme/Betreuung von Partnerpersonal im Rahmen von Praktika,
- Angebot praxisorientierten Wissens,
- Weitergabe von Equipment (Computer, Fahrzeuge, Geräte etc.),
- ggf. politische Unterstützung und Weiteres.

Je nach Art, Thema und Bedarf wird seitens der deutschen Kommune ein Leistungsumfang von ca. 20 – 30 Fachkrafttagen über eine Gesamtlaufzeit von 2 – 4 Jahren erwartet. Das Programm CoMun kann nach vorheriger Vereinbarung Reisekosten (Flüge, Übernachtung) von Fachkräften deutscher Partnerkommunen in das entspr. Partnerland entsprechend den GTZ Richtlinien übernehmen. Gleiches gilt für den Versand von Fahrzeugen und Geräten. Projektpartnerschaften können inhaltlich und organisatorisch vom GTZ Vorhaben CoMun unterstützt werden. Ihre Vermittlung verläuft in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag.

Erwartete Ergebnisse / Veränderungen im Partnerland

Wirtschaftliche Entwicklung ist auf funktionierende Strukturen in den Städten angewiesen. Diese tragen damit entscheidend zur Erreichung auch nationaler Entwicklungsziele bei. Die Millenniumsziele lassen sich nur mit – und teilweise in – den Städten erreichen. Das deutsche System der kommunalen Selbstverwaltung ist weltweit beispielhaft für lokale Entwicklungskompetenz. Die Partnerländer des Programms befinden sich in einem Prozess der mehr oder weniger raschen Dezentralisierung – Marokko ist dabei am weitesten fortgeschritten. Sie sind am deutschen kommunalpolitischen Modell und an praktischen Lösungsansätzen der Stadtentwicklung aus Deutschland – wo übertragbar - interessiert. Durch die direkte Zusammenarbeit mit deutschen Städten erhalten die Partnerkommunen des Vorhabens in den drei Maghrebländern Zugang zu diesem Know-How. Durch dessen Nutzung erhalten Bürger und Wirtschaft bessere städt. Dienstleistungen.

Erwartete Ergebnisse / Veränderungen in Deutschland

Für die deutschen Kommunen kann eine Projektpartnerschaft im Rahmen des Programms CoMun aus folgenden Gründen attraktiv sein:

- Unterstützung wirtschaftlicher Interessen in den drei Partnerländern, Beitrag zur Imagepflege und zur Internationalisierung des Profils,
- Stärkung der interkulturellen und entwicklungspolitischen Kompetenz ihrer Fachkräfte,
- Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes von Fachkräften durch sporadische Kurzeinsätze in den 3 Partnerländern,
- Ggf. Ermöglichung eines Süd-Nord Wissenstransfers durch innovative Projekte der maghrebinischen Kommunen,
- Erhöhung entwicklungspolitischen Verständnisses und Engagements innerhalb der Bürgerschaft,
- Beitrag zum interkulturellen Dialog in den deutschen Partnerstädten und damit zur Integration von Migranten aus den drei Ländern.

Darüber hinaus trägt die konkrete Projekt- und Ergebnisorientierung zur Sichtbarkeit und damit zur Argumentationssicherheit hinsichtlich des entwicklungspolitischen Engagements bei. Die Zusammenarbeit mit einer etablierten deutschen Entwicklungsorganisation schafft Kontinuität und hilft, das kommunale entw.-pol. Engagement zu professionalisieren.

Finanzierung

Der deutsche Beitrag zum Programm CoMun wird vom BMZ finanziert. Leistungen dt. Kommunen werden von diesen selbst getragen (z.B. Fortzahlung der Gehälter während der Einsätze eigener Fachkräfte). Für zeitlich begrenzte Beratungseinsätze von Fachkräften deutscher Partnerkommunen in den drei Partnerländern können Reisekosten (Flüge, Übernachtung) nach vorheriger Vereinbarung entsprechend den GTZ Richtlinien vom Programm CoMun übernommen werden.

Perspektiven

Das Programm CoMun geht davon aus, dass je nach Programmfortschritt und Interesse der maghrebinischen Kommunen ca. 10 – 20 deutsch-maghrebinische Projektpartnerschaften im Laufe der nächsten 4 Jahre vermittelt und unterstützt werden können. Nach derzeitigem Stand endet das Programm im April 2014.

Ansprechpartner

Meinolf Spiekermann, Programmleiter
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Postfach 5180
65726 Eschborn
Tel.: 0049 619679 2323
Fax: 0049 619679 802330
Mob.: 0049 160 90153099
Mail: meinolf.spiekermann@giz.de
Homepage: <http://www.co-mun.net>; <http://www.giz.de>

2.12 Unterstützung des palästinensischen Städte- und Gemeindetages (APLA) durch kommunale Expertise aus Deutschland

APLA wurde 1997 auf Anordnung von Yassir Arafat persönlich als der erste Kommunalverband in einem Arabischen Land gegründet, gleichzeitig sind alle Kommunen durch den Erlass zur Mitgliedschaft verpflichtet. Diese Entstehungsgeschichte gibt APLA auch heute noch ein ganz besonderes Gewicht. Zudem ist den politisch Verantwortlichen und auch den NGOs, die mit APLA zusammenarbeiten, klar, dass eine funktionierende und auf demokratischen Prinzipien und Mechanismen gegründete kommunale Verwaltung das Rückgrat der geplanten Staatlichkeit Palästinas sein könnte. Der Verband hat 527 Mitgliedsgemeinden oder -verbände. APLA's Präsident ist der Bürgermeister von Gaza City, Dr. Ramadan. APLA hat ein Präsidium, einen Hauptausschuss, vier Ausschüsse, einen Geschäftsführer sowie die Mitgliederversammlung mit entsprechenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten.

Durch kommunale Expertise soll im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes mit dem DED und der GTZ der Kommunalverband APLA unterstützt werden. Die Verbandsmitarbeiter von APLA befinden sich in Palästina in einer überaus schwierigen Situation: Sie haben schon einige Zeit kein Gehalt bekommen. Die Mitgliedsgemeinden hatten ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt. Telefon, Internet, Strom und andere notwendige regelmäßige Ausgaben konnten nicht bezahlt werden. Die Mitarbeiter, einschließlich des Geschäftsführers, waren entsprechend demotiviert und nur mehr oder weniger sporadisch in der Geschäftsstelle anzutreffen. Die Aufforderung an die Mitgliedsgemeinden, ihre Beiträge zu bezahlen, wurde zumeist frostig aufgenommen: Warum sollten sie Mitgliedsbeiträge bezahlen? Was wären die Vorteile von der Mitgliedschaft bei APLA? APLA hatte also gegenüber den Mitgliedern nachzuweisen, dass der Verband seinen Mitgliedern etwas bieten kann.

Projektbeschreibung

Unterstützt von Experten aus Deutschland, entwickelte APLA zusammen mit den Ausschüssen einen umfangreichen Arbeitsplan für 2009/2010 mit Veranstaltungen, Projekten und Aktivitäten, wie z.B. die Herausgabe eines Newsletters und anderer Veröffentlichungen für Bürgermeister, Räte und kommunale Partner, die Aktualisierung der Homepage, verschiedene Learning days, eine Kommunal-EXPO und vieles mehr. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Aktivitäten, die man sofort und mit unmittelbar sicht- und spürbarer Wirkung für die Mitgliedskommunen und deren Repräsentanten umsetzen kann. In der im vergangenen Jahr entwickelten Arbeitsstrategie für APLA werden drei Hauptbereiche und Zielgruppen definiert: Zum einen geht es um institutionelles und persönliches Capacity Building für die Mitgliedskommunen und deren hauptamtliche Vertreter, zum anderen um Angebote für die gewählten Repräsentanten der Städte und Gemeinden, also die Ehrenamtlichen. Als dritter und für den Demokratisierungsprozess mindestens genauso wichtiger Arbeitsbereich steht die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Bürger und kommunalen Institutionen in lokale Politik-, Strategie- und Konzeptentwicklung auf der Agenda von APLA.

Aufgrund dieser Aktivitäten konnten finanzielle Quellen erschlossen werden, die die generelle Arbeitsfähigkeit des Verbandes wieder herstellten. Gegenwärtig ist APLA sehr aktiv, deutsche Kommunen, die eine Partnerschaft mit Palästinensischen Kommunen anstreben, organisatorisch und vermittelnd zu unterstützen.

Obwohl die politische Situation die Arbeit in den Führungsgremien von APLA sehr erschwert (z.B. benötigt der Präsident Dr. Ramadan für jede Einreise in die West Bank eine Sondergenehmigung, die im Allgemeinen 14 Tage vorher beantragt werden muss und nicht immer erteilt wird), konnte durch die Beratungstätigkeit in den letzten Monaten eine deutliche Verstärkung der Führungsarbeit im Verband erreicht werden. Die Ausschüsse tagen und fassen Beschlüsse, die dann auch nach und nach umgesetzt werden. Was in Deutschland als völlig selbstverständlich anmutet, ist in dieser Region, die seit langer Zeit keine politische und institutionelle Stabilität kennt, ein deutlicher Fortschritt.

Wirkungsfelder und ausgewählte Beispiele für Aktivitäten von APLA

APLA		
Hauptamtliche Kommunalbedienstete	Ehrenamtliche Repräsentanten (Räte)	Zivilgesellschaft (Bürger, lokale Institutionen)
Capacity Building	Handbuch und Kommentierung zur Kommunalverfassung und allen relevanten Gesetzen	Verschiedene Handbücher und Booklets (z.B. „Wie erhalte ich die Baugenehmigung“)
Ausschussarbeit	Learning days	Unterstützung der Bürgerbüros in den Kommunen
regelmäßige Konsultationen	„Kommunaler Führerschein“	Auszeichnung für Kommune mit den besten Möglichkeiten für Bürgerbeteiligung (Award for Civic Participation)
Learning days	Newsletter	Antrag auf EU-Förderung für die Etablierung einer „Palästinensischen Bürgerakademie“
Newsletter, Informationsmaterial	individuelle Beratung	
Handbücher		

Die Ausgangslage für die Arbeit eines „nationalen“ Kommunalverbandes in den besetzten Palästinensischen Gebieten ist in vielerlei Beziehung einmalig, aber es gibt doch auch etliche Parallelen zu den notwendigen Reformen und Veränderungen, die in der Folge der deutschen Wiedervereinigung durch die ostdeutschen Kommunen zu bewältigen waren. Politisch gewollt ist auch hier eine nachhaltige Dezentralisierung und die Einführung des Subsidiaritätsprinzips mit der Übertragung von Zuständigkeiten auf die lokalen Entscheider. Es ist in der PNA (Palestinian National Authority – die von Israel als Gesprächspartner anerkannte Regierung in den besetzten Palästinensischen Gebieten) allgemein akzeptiert, dass nur auf diese Weise eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Strukturen und gleichzeitig die Entwicklung eines staatsbürgerlichen Bewusstseins möglich ist. Selbstverständlich trifft man auch hier „Dezentralisierungsskeptiker“, wie wir sie in Deutschland ja auch finden. Kommunale Selbstverwaltung und uneingeschränkte Zuständigkeit für lokale Angelegenheiten muss durch die Kommunen selbst immer wieder erkämpft und gesichert werden.

Finanzierung

Finanziert wird das Projekt durch die staatlichen Durchführungsorganisationen DED und GTZ, wobei der DED die Personalkosten trägt und die GTZ konkrete Projekte finanziell unterstützt.

Perspektiven

Perspektivisch hat APLA als kommunaler Dachverband große Chancen, den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Palästina, die Dezentralisierung und Demokratieentwicklung auf lokaler Ebene nachhaltig positiv zu beeinflussen und zu fördern. Dabei wird APLA sich denselben Problemen gegenübersehen, wie es vergleichbare Verbände tun, als ernst zunehmender Partner der nationalen Politik den Belangen der Kommunen nachdrücklich Gehör zu verschaffen.

Ein besonderes Manko für die kommunale Selbstverwaltung und für die öffentliche Verwaltung überhaupt ist, dass es in den Palästinensischen Gebieten keine geregelte und den allgemeinen Standards vergleichbare Berufsausbildung für Verwaltungsangestellte gibt. Gerade in den Bereichen, die wir als mittleren und gehobenen Dienst kennen, arbeiten zumeist Menschen, die entweder überqualifiziert sind, etwas ganz anderes studiert haben oder durch reinen Zufall auf diese Positionen gelangten. Sehr oft ist es der Fall, dass die Mitarbeiter keine Vorstellung davon zu haben scheinen, was eigentlich ihre Aufgabe ist. Deshalb ist ein ganz wesentliches Projekt von APLA, in Kooperation mit der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung Köln die Gründung einer vergleichbaren Institution in Palästina vorzubereiten und umzusetzen. Bereits in diesem Herbst werden die ersten konkreten Missionen stattfinden, wobei die Unterstützung aus Deutschland essentiell für den Erfolg sein wird.

Ansprechpartner

Dr. Frank. W. Ehling,
Deutscher Entwicklungsdienst (DED)
Al-Quds Street, Al-Bireh, Palestine,
Tel.: 0097 2542897394
Mail: frank.ehling@ded.com

3. Städtepartnerschaften in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

3.1 Die Städtepartnerschaft München – Harare

Seit 1996 gibt es diese Partnerschaft, die in München vor allem auf drei Standbeinen steht: Die offiziellen Kontakte und Projekte werden bei der Stadt München im Büro des 3. Bürgermeisters koordiniert. Der von Münchner Stadträten gegründete Verein „München für Harare e.V.“ unterstützt mit Spendensammlungen gemeinnützige Initiativen in Harare. Um die bürgerschaftlichen Verbindungen kümmert sich HaMuPa (Harare München Partnerschaft), ein Arbeitskreis Ehrenamtlicher, der beim Nord-Süd-Forum München e.V. angesiedelt ist.

Wer die jüngste Geschichte Zimbabwes verfolgt hat, wird sich fragen, wie unter diesen Bedingungen überhaupt eine Städtepartnerschaft gestaltet werden kann. Tatsächlich hat sich die Beziehung anders entwickelt als ursprünglich vorgesehen. Die Kooperationsprojekte zwischen den beiden Stadtverwaltungen hatten zwar schwungvoll begonnen: Experten aus der Wasserversorgung und des Müllmanagements tauschten ihr Fachwissen aus und wurden in München weitergebildet. Müllwagen aus München wurden nach Harare geschickt, ebenso eine Solaranlage für ein Krankenhaus und Werkzeuge für eine Ausbildungsstätte. Über Work-Camps, Begegnungsreisen und Jugendaustauschprogramme konnten sich Menschen aus beiden Städten treffen, und Partnerschaften zwischen Schulen und Krankenhäusern bahnten sich an.

Die erste „Eiszeit“ (1999 - 2002)

Diese Kooperationen und Projekte mussten aber leider immer wieder unterbrochen werden, auch Kultur- und Bürgerbegegnungen mussten wegen der unsicheren politischen Lage zeitweise eingestellt werden. Die erste Unterbrechung war im Jahr 1999 erforderlich, als die zimbabwische Regierung den Stadtrat und Bürgermeister von Harare suspendieren ließ und durch eine Regierungskommission ersetzte. Die kommunalen Nachwahlen wurden danach jahrelang verzögert, um die aufkommende politische Opposition in der Hauptstadt nicht ans Ruder zu lassen. Die Stadt München legte aus Protest gegen diese undemokratische Vorgehensweise und gegen die wachsenden Menschenrechtsverletzungen der zimbabwischen Regierung die formellen Kontakte zur Stadtverwaltung Harare auf Eis, erklärte aber ausdrücklich ihren Willen zur Fortführung der Partnerschaft mit den Bürgern von Harare.

Während dieser Eiszeit verlagerte sich die Partnerschaft dann auch sehr stark auf die bürgerschaftliche Ebene. HaMuPa knüpfte Kontakte zu Menschenrechtsinitiativen und Bürgerorganisationen, als wichtigste davon die Combined Harare Residents Association (CHRA). CHRA ist mit mehr als 5000 Mitgliedern und Vertretungen in allen Stadtvierteln ein wichtiger Ansprechpartner sowohl für Stadtteil-Selbsthilfeprojekte als auch für Bürgerbeteiligung und politische Bildung auf kommunaler Ebene. Der Organisation ist es auch zu verdanken, dass im Jahr 2002 endlich wieder Kommunalwahlen in Harare stattfinden konnten – sie hatte dies in einem langwierigen Gerichtsverfahren unter großem und für die Mitglieder nicht ungefährlichem Einsatz erkämpft.

Ein kurzer Hoffnungsschimmer

Mit der neuen, demokratisch legitimierten Stadtregierung von Harare – mit großer Mehrheit wählten die Hararer die damalige Oppositionspartei MDC (Movement for Democratic Change) in den Stadtrat – konnten die formellen Kontakte zwischen München und Harare wieder aufgenommen werden. Sehr hilfreich waren dabei die vertrauten Ansprechpartner bei CHRA, so dass wir bei den ersten Gesprächen mit dem neuen Oberbürgermeister von Harare, Elias Mudzuri, schon über wichtige Hintergründe informiert waren.

Es war klar, dass der politische Druck von Seiten der Regierung ebenso wie die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen nur gemeistert werden können, wenn alle demokratischen Kräfte zusammenwirken. Dennoch waren die Beziehungen zwischen CHRA und dem Oberbürgermeister von Harare anfangs schwierig, was vor allem mit unterschiedlichen Erwartungen und Vorstellungen zu Bürgerbeteiligung und Exekutive zu tun hatte. Die Stadt München konnte viel dazu beitragen, dass sich dieses Verhältnis sehr entspannt hat, sowohl durch Überzeugungsarbeit als auch dadurch, dass wir konsequent immer beide Ebenen der Partnerschaft – die offizielle und die bürgerschaftliche – eingebunden haben, so dass sich die gute Zusammenarbeit, die wir in München vorgelebt haben, auch auf Harare übertragen hat. Oberbürgermeister Mudzuri und sein Stadtrat leisteten dann angesichts der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen eine beachtliche Arbeit und die Mandatsträger waren bei den Bürgern Harares entsprechend beliebt.

Die zweite „Eiszeit“ (2003 - 2008)

Leider zu beliebt: Noch bevor die Kooperationsprojekte zwischen den Stadtverwaltungen München und Harare wieder in Gang kommen konnten, ereilte Mudzuri das Schicksal seines Vorgängers: Er wurde knapp ein Jahr nach seiner Wahl vom Minister für Lokale Angelegenheiten wegen „Ungehorsam“ vom Dienst suspendiert – übrigens genau an dem Tag im April 2003, an dem eine Stadtratsdelegation aus München in Harare zu Besuch war und zu einem feierlichen Empfang der Stadt Harare empfangen war.

Es folgte die nächste Eiszeit, die diesmal sogar fünf Jahre dauern sollte, bis es im März 2008 endlich wieder zu Stadtratswahlen kam. Die Stadt München hielt in der Zeit Kontakt mit dem abgesetzten Oberbürgermeister, der zeitweise im Ausland leben musste, weil sein Leben in Zimbabwe bedroht war, ebenso zu CHRA und zu weiteren zivilgesellschaftlichen Partnern in Harare. Nachdem die politischen Repressalien und Gewalttaten stark zunahmen, konzentrierten sich HaMuPa und weitere Münchner Akteure verstärkt auf Solidaritäts- und Menschenrechtsarbeit und vernetzten sich dazu auch mit internationalen Menschenrechtsorganisationen. Sie informieren regelmäßig über die Entwicklung in Zimbabwe, organisierten Diskussionen und Protestaktionen, initiieren oder unterstützten „Urgent Actions“ zum Schutz von Verhafteten und Entführten, laden Menschen- und Bürgerechtsaktivisten nach Deutschland ein, die eine Verschnaufpause brauchen und oder hier über die Vorfälle im Land berichten wollen. Auch die Stadt München hat – zusammen mit weiteren Partnern wie den Münchner Kirchen - immer wieder öffentlich gegen Menschenrechtsverletzungen in Harare protestiert und ihre Solidarität mit den Betroffenen bekundet.

Die Wirtschaftskrise in Zimbabwe erreichte in dieser Zeit einen dramatischen Höhepunkt mit unvorstellbaren (10-stelligen!) Inflationsraten und einer Arbeitslosenrate von über 90 Prozent. Im Land, das früher Lebensmittel exportierte, drohte nun eine Hungersnot. Eine große „Säuberungsaktion“ der Regierung im Jahr 2005 zur Beseitigung der Slums in den Großstädten Zimbabwes führte dazu, dass weit über eine Million Menschen obdachlos oder erwerbslos wurden. Insgesamt waren immer mehr Menschen auf fremde Hilfe angewiesen. Der Verein „München für Harare e.V.“ intensivierte in dieser Zeit seine Aktivitäten und nahm weitere soziale Projekte in sein Spendenprogramm auf. Darüber hinaus entwickelten auch zahlreiche Münchner Bürgerinnen und Bürger, die durch die Städtepartnerschaft Kontakte mit Harare geknüpft hatten, eigene Spendeninitiativen.

Aber auch ganz „normale“ Partnerschaftsaktivitäten fanden in dieser „Eiszeit“ statt: Gemeinsame Kulturprojekte – mit privaten Partnern in Harare – wurden durchgeführt, Künstler aus Harare zu Stipendienaufenthalten nach München eingeladen. Münchner Studentinnen und Studenten arbeiteten als Praktikanten in den Partnerorganisationen in Harare mit, und Mitarbeiter aus diesen Organisationen kamen zur Weiterbildung nach München. Die Katholische Jugend nahm das Jugendaustauschprogramm, das wegen politischer Unruhen in Jahr 2000 eingestellt worden war, wieder auf. Zum 10. Jubiläum am 1. April 2006 organisierte die Stadt München unter anderem eine Geburtstagsfeier auf dem Münchner Marienplatz, bei der auch

ernste Themen angesprochen und der Menschenrechtsopfer in der Partnerstadt gedacht wurde.

Die Wahlen 2008 – mit bitteren Folgen

Im Frühjahr Jahr 2008 wurden dann endlich wieder – zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen – Kommunalwahlen abgehalten. Wegen des politischen Terrors, der das Land in den darauffolgenden Monaten bis zur Präsidenten-Stichwahl im Juli 2008 weitgehend lahmlegte, konnten die neu gewählten Stadträte und Bürgermeister erst mehrere Monate später ihr Amt antreten. In dieser schlimmen Zeit mussten auch viele Akteure aus Münchens Partnerorganisationen zeitweise untertauchen, wurden verhaftet, gefoltert oder terrorisiert. Leider wurde der stellvertretende Bürgermeister, Emmanuel Chiroto, ebenfalls Opfer des Terrors: Seine Frau wurde ermordet und sein Haus niedergebrannt.

Als Chiroto nur wenige Monate später nach München reiste, war er noch sichtlich von den schrecklichen Erlebnissen gezeichnet. Er betonte aber, dass der Kampf nun erst recht nicht aufgegeben werden könne und sprach sich vor dem Münchner Stadtrat sehr eindrucksvoll für einen Fortbestand der Städtepartnerschaft aus. Mit ihm und dem Vorsitzenden der CHRA, der mit nach München eingeladen wurden war, wurden dann auch erste Eckpunkte für eine Wiederaufnahme der Kooperationen mit der neuen Stadtregierung von Harare besprochen.

Sind Kooperationen wieder möglich?

Erst nachdem sich im Jahr 2009 mit der Etablierung einer Koalitionsregierung die Situation in Zimbabwe etwas entspannt hat, erscheint nun eine konkrete Fortführung der Zusammenarbeit zwischen den Stadtverwaltungen denkbar. Der Münchner Bürgermeister Hep Monatzeder reiste dann auch im Herbst 2009 mit einer Stadtratsdelegation nach Harare, um sich ein Bild von der aktuellen Lage zu machen und einzuschätzen, ob und in welchen Bereichen derzeit Kooperationsprojekte möglich und sinnvoll sind.

Die Herausforderungen in Harare sind immens: Die Regierungskommission, die die Geschäfte der Stadt in den vergangenen Jahren geführt hat, hat so gut wie keine Investitionen getätigt, so dass die öffentlichen Einrichtungen in einem desolaten Zustand sind: Abwasser fließt ungereinigt in das Trinkwasserreservoir und das entnommene „Frischwasser“ kann aufgrund fehlender Mittel für Reparaturen und Chemikalien nur unzureichend aufbereitet werden. Viele Abwasserrohre sind geplatzt und überfluten die Straßen. Die Müllentsorgung funktioniert kaum mehr, Müllberge häufen sich überall auf den Straßen und der Fuhrpark der Straßenreinigung gleicht einem Schrottplatz. Die Ausstattung in den Krankenhäusern ist so schlecht, dass eine Behandlung und die Einhaltung einfachster Hygienevorgaben nur sehr schwer möglich ist. Problematisch ist auch der Brain Drain der letzten Jahre – wegen der unzureichenden Bezahlung haben viele Fachleute das Land verlassen. Diese dramatische Situation hatte schon im Winter 2008/2009 zu einer schlimmen Cholera-Epidemie geführt, die sich jederzeit wiederholen kann. Dazu kommt der politische Schraubstock, in dem sich auch der neue Stadtrat befindet: Er muss sowohl mit den politischen Gegnern des machtvollen Ministeriums für lokale Angelegenheiten zurechtkommen als auch mit einer Stadtverwaltung, in der die Regierungskommission der letzten Jahre vermehrt ihre eigenen Leute platziert hat und in der Korruption, Vetternwirtschaft und selbst politische Sabotage existieren.

Es war klar, dass München nur sehr kleine Beiträge zur Lösung dieser enormen Probleme leisten kann. In einer Kooperationsvereinbarung, die die Bürgermeister beider Städte am Ende der Reise unterzeichneten, ist festgehalten, wie diese Beiträge aussehen können: Zum einen geht es um technische Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Wasser, Abwasser, Müll: Beratung bei der Identifizierung von Erstmaßnahmen und bei der Erstellung von längerfristigen Masterplänen, Unterstützung bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten und bei der Formulierung von Förderanträgen, Weiterbildung von Fachpersonal oder ausrangiertes Gerät, das aus München nach Harare geliefert werden soll. Vereinbart wurde aber

auch, die neuen, weitgehend unerfahrenen Stadträte bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen, durch Qualifizierungsmaßnahmen und Hospitanzen in München, aber auch durch Berater aus der Stadtverwaltung München, die sie bei Bedarf zu fachlichen Themen kurzfristig ansprechen können.

In der Kooperationsvereinbarung wurde ausdrücklich festgehalten, dass auch die Bürgerorganisationen beider Städte in die Projekte eingebunden werden sollen. Sie erhalten jederzeit Informationen über den Projektstand und vor allem finden ihre Stellungnahmen bei der Evaluierung der Projekte Berücksichtigung. Damit wollen wir der nach wie vor sehr präsenten Gefahr von Korruption und Unterschlagung in der Stadtverwaltung begegnen, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft stärken.

Perspektive und ein Resumée

Erste Schritte zur Umsetzung der Kooperationsvereinbarungen wurden getan, und wir hoffen sehr, dass die weitere politische Entwicklung in Zimbabwe ein wenig Ruhe und Beständigkeit in der Partnerschaft ermöglicht. Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Ebene ist weiterhin ein wesentliches Anliegen und unseres Erachtens die einzige Möglichkeit, um Zimbabwe und Harare langfristig zu stabilisieren. Im Februar 2010 veranstaltete die Stadt München deswegen eine internationale Konferenz zur Rolle der Zivilgesellschaft, zu der auch Politiker, Bürgerrechtler und Menschenrechtsaktivisten aus Harare eingeladen waren. Dabei wurde – wieder einmal – klar, dass die Städtepartnerschaft mit Harare trotz aller Schwierigkeiten eine sehr wertvolle Partnerschaft ist. Die Münchnerinnen und Münchner, die sich für die Städtepartnerschaft engagieren, lernen viel durch die Kontakte mit den engagierten und mutigen Aktivisten aus Harare: Sie lernen, wie schnell Machtmissbrauch geschehen kann, wie wichtig Wachsamkeit bei der Einhaltung der Menschenrechte und bei der Bewahrung der Demokratie ist, und sie lernen, dass Zivilcourage leicht gesagt, aber schwer getan ist.

Ansprechpartnerin

Renate Hechenberger
Stadt München
Büro 3. Bürgermeister
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München
Tel.: 089 233 92776
Fax: 089 233 989 92776
Mail: renate.hechenberger@muenchen.de
Homepage: www.muenchen.de

3.2 Allianzen für den Frieden im Nahen Osten: Köln – Tel Aviv – Bethlehem

Köln – Tel Aviv

Am 25. Dezember 1959 wurde die neu eingeweihte Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen beschmiert. In den Folgemonaten kam es quer durch Deutschland zu Hunderten weiterer Fälle neonazistischer und antisemitischer Vorfälle, die zu heftigen Reaktionen in der ausländischen Presse führten. Plötzlich war das Wirtschaftswunder von der verdrängten Geschichte eingeholt. In der deutschen Öffentlichkeit begann eine Debatte über die versäumte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Heinrich Böll schrieb den noch heute lesenswerten Essay „Zeichen an der Wand“.

In genau diese Zeit fiel eine schon länger geplante Mitgliederreise der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nach Israel, an der auch der damalige

Schuldezernent der Stadt Köln, Johannes Giesberts, teilnahm. In Tel Aviv suchte er den Kontakt zu seinem dortigen Amtskollegen Scha'ul Levin. Levin stammte aus Deutschland und war nach zeitweiliger Inhaftierung durch die Nazis rechtzeitig nach Palästina ausgewandert. Wie Levin später schilderte, stimmten beide Dezernenten nach einem langen und intensiven Gespräch darin überein, dass die Begegnung junger Deutscher mit jungen Israelis die wirkungsvollste Methode sei, Antisemitismus vorzubeugen. Gemeinsam wurden sie so zu maßgeblichen Wegbereitern des deutsch-israelischen Jugendaustauschs, trotz der damals vorherrschenden Vorbehalte gegen persönliche Begegnungen zwischen Kindern der Opfer- und Tätergeneration.

Bereits 1960 fand die erste Begegnung zwischen Kölner und Tel Aviver Jugendlichen statt. Seit nunmehr 50 Jahren bildet dieser Jugendaustausch die große Konstante in den engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Städten. Auch in Zeiten politischer Krisen wurde er nicht unterbrochen und schließlich 1979 mit der Gründung der offiziellen Städtepartnerschaft auf eine noch breitere Grundlage gestellt. Auslöser waren nicht zuletzt die „Zeichen an der Wand“.

Die politischen Interessen der jungen Bundesrepublik gegenüber Israel waren damals durchaus widersprüchlich: Mit dem Festhalten an der Hallstein-Doktrin blockierte die damalige Bundesregierung die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen, während der frühere Kölner Oberbürgermeister und Bundeskanzler Konrad Adenauer gleichzeitig die Annäherung an und Aussöhnung mit Israel suchte. Dass Städte manchmal freier agieren und mehr bewegen können als Staaten, zeigte sich auch hier: Während der Bundeskanzler ein deutsch-israelisches Austauschprogramm erst noch in einem Staatsabkommen verankern wollte, schuf sein Sohn Max Adenauer, von 1953 bis 1965 Oberstadtdirektor der Stadt Köln, mit der aktiven Unterstützung des städtischen Jugendaustauschs mit Tel Aviv bereits Tatsachen. Die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten folgte fünf Jahre später, nämlich 1965.

Köln – Bethlehem

87 offizielle Städtepartnerschaften und -freundschaften zwischen deutschen und israelischen Kommunen zählt die Datenbank der kommunalen Partnerschaften der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen. Ganz anders dagegen die Zahl der deutsch-palästinensischen: Nur zwei sind es, nämlich die zwischen Köln und Bethlehem und die zwischen Bergisch Gladbach und Beit Jala.

Die Städtepartnerschaft zwischen Köln und Bethlehem wurde 1996 geschlossen, wenige Jahre nach dem Osloer Friedensabkommen und in einer Phase anpackender Zuversicht. Neben dem Ziel, den Aufbau kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen in den palästinensischen Autonomiegebieten zu unterstützen und die soziale und wirtschaftliche Situation Bethlehems zu verbessern, wollte Köln mit dieser Städtepartnerschaft von Anfang an auch einen kommunalen Beitrag zum Nahost-Friedensprozess leisten. Sie ist insofern eine konsequente Weiterentwicklung der engen freundschaftlichen Beziehungen zu Tel Aviv, der Köln 1988 für den Stadtteil Jaffa einen jüdisch-arabischen Friedenskindergarten geschenkt hat. Beide Städtepartnerschaften helfen nicht nur, die Komplexität des Nahen Ostens zu verstehen und Einseitigkeiten zu vermeiden, sie stellen die Städtepartnerschaftsidee als „größte Friedensbewegung Europas“ auch in den Kontext der dortigen politischen Wirklichkeit.

Bethlehem – Köln – Tel Aviv

Zwei trilaterale Jugendbegegnungen zwischen Bethlehem, Köln und Tel Aviv fanden in den Anfangsjahren statt, die vielversprechend verliefen: Im September 2000 reisten zweihundert Kölnerinnen und Kölner erwartungsvoll nach Bethlehem und Tel Aviv-Yafo, unter ihnen der Jugendchor St. Stephan, die Bläck Föös und weitere bekannte Kölner Künstler, mit einem umfangreichen Kulturprogramm im Gepäck. Am 29. September landete die letzte Gruppe auf

dem Flughafen Ben Gurion. Am Tag davor hatte der damalige Oppositionsführer Ariel Sharon den unter arabischer Verwaltung stehenden Tempelberg besucht. Die politischen Folgen sind bekannt: Die Al-Aqsa-Intifada brach aus, der zweite, diesmal gewaltsame Aufstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzungsmacht. Der Oslo-Prozess war endgültig gescheitert. Bereits in der ersten Nacht kamen auf palästinensischer Seite Menschen ums Leben. Präsident Jassir Arafat verhängte eine offizielle Staatstrauer. Alle öffentlichen Veranstaltungen wurden abgesagt. Bethlehem wurde sukzessiv abgeriegelt, die gewaltgeladene Stimmung in der Stadt immer bedrohlicher. Es folgte die Krise in der Krise: Kaum begonnen, musste die Reise abrupt abgebrochen und die gesamte Gruppe nach und nach über ein Ausweichquartier im israelischen Netanjah ausgeflogen werden. Zwei Tage nach der Heimkehr der gesamten Gruppe explodierte in einem Müllcontainer neben der Netanjaher Notunterkunft eine Bombe und verletzte drei Menschen schwer. Die Erfahrung saß!

Städtepartnerschaftliche Beziehungen während der zweiten Intifada

Die bilateralen Kontakte wurden trotz eskalierender politischer Entwicklungen fortgeführt. Dazu zählen der Schüler- und Jugendaustausch zwischen Köln und Tel Aviv-Yafo ebenso wie der seit 1993 ununterbrochen stattfindende, auf Kölner Seite vom Jugendamt, dem Jugendring e.V. und dem Städtepartnerschaftsverein Köln – Tel Aviv-Yafo gemeinsam organisierte Austausch von Fachkräften der Jugend- und Sozialarbeit. 2004 feierten beide Städte das 25-jährige Städtepartnerschaftsjubiläum. Zahlreiche Kunst- und Kulturprojekte wurden seit 2000 durchgeführt und Austauschprogramme zwischen Ratsmitgliedern und Verwaltungskräften zu Fragen der Stadtentwicklung, der Integrations-, Senioren-, Kulturarbeit etc. organisiert. Die Zahl der Schulpartnerschaften wächst. Seit 2006 findet auf einem der zentralen Kölner Plätze der alljährliche ILI-Tag statt, der unter der Schirmherrschaft des Kölner Oberbürgermeisters gemeinsam von der Synagogengemeinde, dem Städtepartnerschaftsverein und vielen weiteren Vereinen veranstaltet wird. Seit 2008 gibt es einen regen Austausch zwischen den schwul-lesbischen Szenen. Das Centennial Tel Avivs wurde auch in Köln mit einem umfangreichen Programm gefeiert. Nach der Premiere im letzten Jahr organisierte der Städtepartnerschaftsverein auch zum diesjährigen Purimfest am Strand von Tel Aviv eine Kölsche Karnevalsparty, die sich wachsender Beliebtheit erfreut.

Der Städtepartnerschaftsverein Köln – Bethlehem organisierte seit 2000 zahlreiche humanitäre Hilfsaktionen, initiierte z.B. die „Brot für Bethlehem-Aktion“, um über den Salesianerorden Brot und Milch an bedürftige Kinder zu verteilen, unterstützte Altenheime und Krankenhäuser in der Partnerstadt und führte zahlreiche Benefiz-, Kultur- und Informationsveranstaltungen durch. Die Stadt Köln hilft in Bethlehem zum Beispiel beim Auf- und Ausbau des Gesundheitswesens, insbesondere des Caritas Babyhospitals sowie des „Guidance and Training Center for the Child and Family“, des bislang einzigen Zentrums zur Behandlung traumatisierter Kinder und Jugendlicher in der Westbank. Mit Unterstützung des DFB, des 1. FC Köln und der GTZ führte das städtische Sportamt in 2007 und 2008 zwei erfolgreiche Lehrgänge für Fußballtrainerinnen und -trainer aus Bethlehem und der Westbank durch, die Prominenteste unter ihnen Honey Thalijeh, die aus Bethlehem stammende Kapitänin der palästinensischen Frauenfußballnationalmannschaft. Zusammen mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW wird die Stadt Köln beim Aufbau der vom palästinensischen Städteverband APLA geplanten kommunalen Verwaltungsakademie mitwirken (siehe auch 2.11). Oberbürgermeister Jürgen Roter plant, im Dezember 2010 Bethlehem und Tel Aviv-Yafo zu besuchen. Parallel dazu organisiert der Städtepartnerschaftsverein Köln – Bethlehem eine große Bürgerreise. Es wird die erste dieser Art seit 2000 sein.

Wiederaufnahme trilateraler Begegnungen und Projekte

Ausdrücklich aufgefordert durch die Stadt Tel Aviv bemüht sich Köln seit 2007 wieder verstärkt um die Durchführung trilateraler Maßnahmen, die bilaterale Beziehungen nicht ersetzen, sondern ergänzen sollen. Keine einfache Aufgabe, denn immer wieder auffla-

ckernde Gewalt, gegenseitige Schuldzuschreibungen, Vorurteile und politische Entwicklungen machen die Realisierung trilateraler Projekte alles andere als selbstverständlich. Trotz alledem: Ein erster Austausch zwischen Schülerinnen aus Bethlehem, Köln und Tel Aviv fand im März 2009 in Köln statt. Unter dem Eindruck einer Delegationsreise nach Bethlehem und Tel Aviv hatte dafür der Rat der Stadt Köln, in dem es zu den städtepartnerschaftlichen Aktivitäten über alle Jahre hinweg einen breiten Konsens gab, zusätzliche Sondermittel bereit gestellt. Woran vor einem Jahr kaum jemand zu glauben wagte, wurde am 11. März 2010 Realität: Schülerinnen aller drei Schulen trafen sich in Tel Aviv, darunter neun aus Bethlehem. Dank des beharrlichen Insistierens der Tel Aviver Stadtverwaltung hatten die israelischen Sicherheitsbehörden die notwendigen Genehmigungen erteilt. Was in der Regel nur außerhalb beider Länder und durch Vermittlung Dritter möglich ist, nämlich eine direkte zwischenmenschliche Begegnung, fand plötzlich im Zentrum von Tel Aviv-Yafo statt, und das nicht konspirativ, sondern mit Zustimmung der Eltern und ganz offiziell.

Auf Initiative der Stadt Köln wird das bislang auf Israel begrenzte Projekt „Football for Peace“ in 2010 über ein Pilotprojekt mit Bethlehem erstmals nach Palästina ausgedehnt. Im Mai fand an der Kölner Sporthochschule ein Lehrgang statt, an der Trainerinnen und Trainer aus Bethlehem und Tel Aviv- Yafo teilnahmen, darunter wiederum Honey Thalijeh, die danach mit weiteren Teamkolleginnen zu einem Trainingscamp nach Bremen reiste. Anlässlich der Frauen-Fußball- WM in 2011 plant die Stadt Köln ein Turnier mit Frauenfußballteams aus Bethlehem, Tel Aviv-Yafo und weiteren Kölner Partnerstädten.

Weitere Projekte sind in Vorbereitung. Dazu zählt insbesondere eine Konferenz von Bürgermeistern israelischer, palästinensischer, europäischer und arabischer Städte, die unter dem Motto „Städte als Friedensstifter“ im Mai 2011 in Köln geplant ist. Die Konferenz soll bestehende Kooperationen zwischen israelischen und palästinensischen Kommunen ins öffentliche Bewusstsein rücken und neue bi-, tri- und multilaterale Kooperationsprojekte zwischen europäischen, israelischen, palästinensischen und arabischen Städten anstoßen. Mitveranstalter werden mehrere Kölner Partnerstädte, die deutsche Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sowie die Kommunalverbände Israels, Palästinas, Frankreichs und der Niederlande sein.

Ansprechpartner

Frieder Wolf
Stadt Köln
Büro für Internationale Angelegenheiten
Willy-Brandt- Platz 3
50679 Köln
Tel.: 0221 221 26031
Fax: 0221 221 21849
Mail: frieder.wolf@stadt-koeln.de

4. Dienst- und Arbeitsrecht: Kommunale Mitarbeiter im Auslandseinsatz

Dienst- und arbeitsrechtliche Fragen bei Auslandseinsätzen

Auslandseinsätze von Beschäftigten werfen bei den Kommunen als Arbeitgeber und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Fragen auf: Gibt es dafür eine Rechtsgrundlage? Was geschieht in dieser Zeit mit der Bezahlung? Wie lange kann ein Einsatz dauern? Bin ich während des Auslandseinsatzes versichert? Die meisten Fragen sind aus dienst- und arbeitsrechtlicher Sicht relativ unkompliziert zu beantworten. Bei der Betrachtung ist zwischen kurzfristigen und langfristigen Einsätzen zu differenzieren.

Kurzzeitiger Einsatz

Eine rechtliche Grundlage für einen kurzzeitigen Einsatz eines Beamten im Ausland bietet das Reisekostenrecht. Gemäß § 23 Abs. 3.1 TVöD gilt das Reisekostenrecht der Beamten auch für die tariflich Beschäftigten. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind hier nur die Bundesvorschriften zitiert. Gleiche Vorschriften enthalten aber auch, ggf. mit geringfügigen Abweichungen, die Landesreisekostengesetze, die für die Kommunen und deren Beschäftigten gelten.

Nach § 2 Abs. 1 Bundesreisekostengesetz (BRKG) sind Dienstreisen im Sinne dieses Gesetzes "...Reisen zur Erledigung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststätte. Sie müssen, ..., schriftlich oder elektronisch angeordnet oder genehmigt worden sein, ..." Hierzu zählen nach § 14 BRKG auch Auslandsdienstreisen.

Liegt der Einsatz des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin im kommunalen Interesse, weil es beispielsweise um Unterstützung eines Projektes im Rahmen einer Städte- oder Projektpartnerschaft geht oder weil es im Zuge der Personalentwicklung für sinnvoll erachtet wird, dem Mitarbeiter Auslandserfahrung zu vermitteln, wird die Dienstreise in der Regel auf Anordnung bzw. mit Genehmigung des Dienstherrn erfolgen. Während der Dienstreise hat der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin Anspruch auf Fortzahlung der Bezüge/Vergütung sowie auf Ersatz der Reisekosten. Dazu gehören die Kosten der An- und Abreise, der Unterkunft sowie der Verpflegungsmehraufwand. Die Höhe bemisst sich nach den Regelungen des BRKG in Verbindung mit der Verordnung über die Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen (Auslandsreisekostenverordnung). Bei einer mehr als 14-tägigen Auslandsdienstreise wird nach § 14 BRKG in Verbindung mit § 5 der Auslandsreisekostenverordnung vom 15. Tag an ein ermäßigtes Tagegeld gewährt.

Soweit der Dienstreisende von dritter Seite (Veranstalter, Projektträger etc.) Zuwendungen erhält, sind diese gemäß § 3 Abs.2 BRKG anzurechnen. Zahlt also ein Dritter dem Mitarbeiter/der Mitarbeiterin die Reise- und Übernachtungskosten bzw. ein Honorar, können diese bei den Reisekosten, auf die der Beschäftigte gegenüber seinem Dienstherrn / Arbeitgeber einen Erstattungsanspruch hat, in Abzug gebracht werden.

Versicherungsrechtlich bestehen bei Dienstreisen keine Besonderheiten gegenüber der normalen dienstlichen Tätigkeit am heimatlichen Dienstort. Dies gilt vor allem für den Unfallschutz, weil es sich bei der Dienstreise eben um die genehmigte Wahrnehmung eines Dienstgeschäftes, nur an einem anderen Ort, handelt. Allerdings sollte man sich bei der persönlichen Krankenkasse erkundigen, welche privaten Ergänzungen des normalen Krankenversicherungsschutzes möglicherweise notwendig und sinnvoll sind.

Denkbar ist natürlich auch, dass der Einsatz nicht im unmittelbaren Interesse des kommunalen Dienstherrn liegt, sondern dem persönlichen Interesse des Mitarbeiters/der Mitarbeiterin dient. In diesen Fällen kommt die Gewährung von Sonderurlaub in Betracht. Die Sonderur-

laubsverordnung des Bundes (SUrlVO) bzw. die entsprechenden landesgesetzlichen Regelungen enthalten für diese Fälle einen speziellen Regelungsbestand (bspw. § 9 Abs. 3 SUrlVO des Bundes). Danach kann die oberste Dienstbehörde (die Kommunalvertretung) zur Übernahme von Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit Urlaub unter Wegfall der Besoldung gewähren, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Eine zeitliche Begrenzung für diesen Sonderurlaub besteht nicht. Nach dieser Vorschrift steht es also im Ermessen der Kommune, ob sie in den Fällen, in denen der Auslandseinsatz nicht in ihrem eigenen unmittelbaren Interesse liegt, für die Dauer des Auslandseinsatzes Sonderurlaub gewährt. Allerdings ist die Ermessensausübung dadurch eingeschränkt, dass dienstliche Gründe zur Ablehnung der Sonderurlaubsgewährung berechtigen. Dienstliche Gründe sind gegeben, wenn die Erfüllung der dienstlichen Aufgaben, für die der Beamte an sich vorgesehen ist, ohne ihn erheblich beeinträchtigt oder gar verhindert würden. Dienstliche Gründe können eine knappe Personaldecke, urlaubs- und krankheitsbedingte Engpässe sowie Arbeitsrückstände sein. Es genügt aber beispielsweise nicht, dass für die Dauer der Abwesenheit eines Beschäftigten Vertretungsregelungen getroffen werden müssen.

Die Vorschrift stellt aber auch klar, dass für die Dauer der Sonderurlaubsgewährung kein Anspruch auf Fortzahlung der Besoldung bzw. Vergütung besteht. Nehmen Mitarbeiter für den Auslandseinsatz Sonderurlaub in Anspruch, müssen sie also selbst dafür sorgen, dass der Projektträger in dieser Zeit die Zahlung der Besoldung/Vergütung übernimmt. Da während des Sonderurlaubs das Beamten- bzw. Anstellungsverhältnis grundsätzlich bestehen bleibt, gehört bei Angestellten zu diesem durch den Dritten zu tragenden Vergütungsanspruch auch die Übernahme der Kranken-, Sozial- und Rentenversicherungsbeiträge. Ob möglicherweise der Krankenversicherungsschutz für die Dauer der Auslandstätigkeit im Rahmen eines Sonderurlaubs ergänzt werden muss, sollte individuell mit der jeweiligen Krankenkasse geklärt werden. Hinsichtlich des Anspruchs auf Beihilfe für Beamte ist die Sonderurlaubsverordnung Bund (SUrlV Bund) bzw. sind die einzelnen landesrechtlichen Regelungen zu beachten. Nach der SUrlV Bund lässt bspw. ein Urlaub unter Wegfall der Besoldung von längstens einem Monat den Anspruch auf Beihilfe unberührt (§ 17 Abs.3 SUrlV Bund). In Nordrhein-Westfalen werden Beihilfen für die Dauer dieser Urlaube gewährt, sofern eine oder mehrere Sonderbeurlaubungen ohne Dienstbezüge insgesamt 30 Tage im Kalenderjahr nicht überschreiten (§ 74 Abs.1 Satz 2 Landesbeamtengesetz NRW). Eine ggf. bestehende Versicherungslücke kann dadurch geschlossen werden, dass der Dienstherr die Beihilfeleistungen zwar übernimmt, sich durch Vereinbarung mit dem Dritten (Projektträger) die tatsächlichen Aufwendungen aber erstatten lassen. Eine andere Möglichkeit ist, dass der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin sich für die Zeit des Auslandseinsatzes zu 100 Prozent privat krankenversichert, durch Vereinbarung mit dem Dritten die (Mehr-)Kosten der Krankenversicherung aber von diesem übernommen werden.

Zu berücksichtigen sind natürlich bei Auslandseinsätzen auch die versorgungsrechtlichen Aspekte. Nach § 6 Abs. 1 Nr. 5 Beamtenversorgungsgesetz sind nämlich Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge (§ 9 Abs. 3 SUrlVO Bund) grundsätzlich nicht ruhegehaltfähig. Allerdings kann der Dienstherr spätestens bei Beendigung der Beurlaubung die Zeiten als ruhegehaltfähig anerkennen, wenn die Beurlaubung öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient. Bei einer Beurlaubung für die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (§ 9 Abs. 3 SUrlVO) dürfte jedenfalls die erste Alternative regelmäßig einschlägig sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn es um einen nur kurzzeitigen Auslandseinsatz geht. Regelmäßig werden diese Anerkennungen des Dienstherrn verbunden mit Vereinbarungen mit dem Projektträger, durchschnittlich 30 Prozent des bisherigen Besoldungsaufwands als Versorgungsbeitrag zu erstatten. Für tariflich Beschäftigte ist die Handhabung einfach, weil mit der Übernahme der Vergütung durch den Dritten auch die Rentenversicherungsbeiträge abgedeckt werden. Diese werden durch den Projektträger entweder unmittelbar an den zuständigen Rentenversicherungsträger gezahlt oder dem bisherigen Arbeitgeber erstattet, wenn dieser sie während des Auslandseinsatzes weiterhin bezahlt.

Langfristiger Einsatz

Für einen langfristigen Auslandseinsatz kommen zwei Rechtsgrundlagen in Betracht. Zum einen besteht auch hier wieder die Möglichkeit, den Auslandseinsatz über die Gewährung von Sonderurlaub nach der Sonderurlaubsverordnung zu ermöglichen, weil diese Regelung für Beurlaubungen zur Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eben keine zeitliche Begrenzung vorsieht. Es gelten für Beamte wie für Angestellte die Ausführungen unter 4.1.1 gleichermaßen. Die Gewährung von Sonderurlaub ist deshalb auch die regelmäßig angewandte Rechtsgrundlage für längere Beurlaubungen zu Auslandseinsätzen.

Denkbar ist aber auch für Beamte wie für Angestellte die Zuweisung nach § 20 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) bzw. § 4 Abs.2 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD). Beide Vorschriften ermöglichen die Zuweisung an Einrichtungen, die nicht dem materiellen Anwendungsbereich des Beamtenstatusgesetzes oder des TVöD unterfallen und die gerade keine Dienstherreigenschaft haben. Gerade an der Dienstherreigenschaft wird es Projekten im Rahmen der Entwicklungshilfe regelmäßig fehlen. Voraussetzung für die Zuweisung ist zum einen, dass der Beschäftigte mit ihr einverstanden ist. Sie kann also nicht gegen seinen Willen erfolgen. Wenn Mitarbeiter sich aber gerade persönlich in einem Projekt der Entwicklungszusammenarbeit engagieren möchten, wird die Erfüllung dieser Voraussetzung zumeist unproblematisch sein. Weiterhin ist die Zuweisung an die Voraussetzung gebunden, dass die Zuweisung öffentlichen Interessen dient. Dieses "öffentliche Interesse" kann aus allen Interessen des deutschen Staates und seiner Institutionen herrühren. Das Engagement der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungszusammenarbeit genügt deshalb, um das öffentliche Interesse im Rahmen des § 20 BeamStG bzw. § 4 Abs.2 TVöD zu begründen. Weder das Beamtenrechtsrahmengesetz noch der BAT sehen für die Zuweisung eine zeitliche Befristung vor. Allgemein wird aber davon ausgegangen, dass die Zuweisung nur vorübergehend sein darf. Diese Anforderung ist nach der Rechtsprechung erfüllt, wenn sie nicht für mehr als fünf Jahre vorgesehen wird.

Während der Zuweisung besteht das Beamten- bzw. Anstellungsverhältnis mit der Kommune unverändert fort. Dies bedeutet, dass der Mitarbeiter / die Mitarbeiterin alle Ansprüche und Rechte aus dem ursprünglichen Beschäftigungsverhältnis behält. Hinsichtlich der Besoldung / Vergütung gibt es wiederum zwei Möglichkeiten: Entweder zahlt die Kommune weiterhin die Besoldung oder Vergütung. Durch vertragliche Vereinbarungen mit dem Projektträger wird in diesen Fällen ein Erstattungsanspruch für diese Kosten vereinbart. Die andere Möglichkeit ist, dass zwar der grundsätzliche Anspruch des Mitarbeiters gegenüber der Kommune gewahrt bleibt, die tatsächlichen Leistungen aber unmittelbar durch den Projektträger erbracht werden.

Für Angestellte gilt bei der Zuweisung, dass neben dem Vergütungsanspruch auch weiterhin der Anspruch auf Beiträge zur Kranken-, Sozial- und Rentenversicherung besteht. Je nach Vereinbarung werden diese durch die Kommune bzw. durch den Projektträger wahrgenommen. Dazu können auch die (Mehr-)Kosten für einen ergänzenden Krankenversicherungsschutz gehören.

Bei Beamten hat die Zuweisung gegenüber der Gewährung von Sonderurlaub den Vorteil, dass keine besonderen Vorkehrungen für das Ruhen des Beihilfeanspruchs bzw. zur Sicherung der Versorgungsansprüche getroffen werden, weil sich diese Ansprüche nach wie vor gegen den bisherigen Dienstherrn richten und für die Dauer der Zuweisung bestehen bleiben. Auch hier sollte aber die evtl. Notwendigkeit eines ergänzenden Krankenversicherungsschutzes sorgfältig durch den Beschäftigten geklärt werden. Der Dienstherr seinerseits kann sich die materiellen Leistungen allerdings wie auch im Fall des Sonderurlaubs durch den Dritten erstatten lassen.

Vorbereitung auf den Auslandsaufenthalt

Auslandseinsätze im Rahmen der EZ stellen hohe Anforderungen an die Beteiligten. Oft steht man ungeahnten Problemen gegenüber, mit denen man nicht gerechnet hat. Bevor man ins Ausland geht, sollte man sich deshalb gut auf seinen Einsatz vorbereiten. Nicht nur, um sich schon vor der Abreise so gut es geht auf mögliche Situationen und etwaige Probleme vor Ort einzustellen, sondern auch um den Erfolg des Einsatzes nicht zu gefährden. Eine länderspezifische Vorbereitung, unterstützt durch den Erwerb eines entwicklungspolitischen Grundwissen, ist für ein effektives Arbeiten vor Ort deshalb sehr hilfreich.

Länderspezifische Vorbereitung:

Punkte, über die man sich vor dem Einsatz informieren sollte, sind: Die Kultur des Landes, Sprache, politische und soziale Rahmenbedingungen vor Ort, landesspezifische Gegebenheiten wie Klima, Gesundheitsfragen, Währung, Unterbringung und Aufenthaltsformalitäten. (Eine Übersicht über die wichtigsten Informationsangebote findet sich auf der Internetseite des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (www.rgre.de) unter der Rubrik „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“.)

5. Kurzbeschreibungen der Durchführungs- und Unterstützungsorganisationen

5.1 Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Die GIZ bündelt seit Januar 2011 die Kompetenzen und langjährigen Erfahrungen des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) gGmbH, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und der Inwent - Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH.

Im Folgenden werden die ehemaligen Durchführungsorganisationen beschrieben, die die GIZ bilden.

Homepage: www.giz.de

5.1.1 Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH ist ein weltweit tätiges Bundesunternehmen der internationalen Zusammenarbeit mit Hauptsitz in Eschborn. Sie beschäftigt etwa 15.000 Mitarbeiter im In- und Ausland, davon mehr als 11.000 einheimische Kräfte. Die GTZ ist in 128 Ländern tätig und in 88 Ländern mit eigenen Büros vertreten.

Aufgabe der GTZ

Die GTZ unterstützt die Bundesregierung bei der Verwirklichung ihrer entwicklungspolitischen Ziele. Sie bietet zukunftsfähige Lösungen für politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklungen in einer globalisierten Welt und fördert komplexe Reformen und Veränderungsprozesse auch unter schwierigen Bedingungen. Ihr Ziel ist es, die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig zu verbessern. Die GTZ nimmt ihre Aufgaben gemeinnützig wahr. Die Bandbreite der vielen Arbeitsfelder, in denen die GTZ ihre Dienstleistungen anbietet reicht von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über Aufbau von Staat und Demokratie, Gesundheit und Grundbildung bis zu Umwelt- und Ressourcenschutz, Agrarwirtschaft, Fischerei, Ernährung und Sicherheit, Wiederaufbau und Frieden. In allen Arbeitsfeldern trägt die GTZ dazu bei, das Leistungsvermögen von Menschen und Organisationen zu erhöhen.

Kooperation mit Kommunen

Die GTZ ist auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene tätig, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen. Unter den verschiedenen Dienstleistungsarten ist Capacity Development die wichtigste, um nachhaltige Entwicklung in die Praxis umzusetzen. Insbesondere in den Themen „Dezentralisierung“, „Stadt- und Kommunalentwicklung“ und Umwelt (Klima) sind Kommunen wichtige Partner. Beispielhaft hierfür ist das Städtenetzwerk Südkaukasus, das auf Städtepartnerschaften aufbaut. Dort wird gezielt die Kompetenz kommunaler Mitarbeiter eingesetzt. Diese unterstützen das Capacity Development der Partner vor Ort, und es werden auch wertvolle Erfahrungen aus der Zusammenarbeit in die heimische Kommune zurück gebracht.

Ansprechpartnerin

Dr. Petra Stremplat-Platte
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Abteilung Staat und Demokratie
Postfach 5180
65760 Eschborn
Tel.: 06196 791647
Mail: petra.stremplat-platte@giz.de
Homepage: www.giz.de

5.1.2 Internationale Weiterbildung (InWEnt) gGmbH

Die Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) gGmbH ist ein global tätiges Unternehmen mit den Auftragsschwerpunkten Personalentwicklung und Weiterbildung. Der Hauptsitz von InWEnt befindet sich in Bonn. InWEnt beschäftigt etwa 815 Mitarbeiter. Neben Bonn bestehen 16 weitere regionale Standorte in nahezu jedem Bundesland. Im Ausland wird der Service von InWEnt von 14 Auslandsvertretungen durchgeführt, die gemeinsam mit anderen deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit unterhalten werden. Der Umsatz von InWEnt beträgt etwa 142 Mio. Euro.

Aufgabe von InWEnt

Die Aufgabe von InWEnt ist es, durch sogenanntes „Capacity Building“ Fach- und Führungskräfte zu schulen, um eine nachhaltige globale Entwicklung und Reformen durchzusetzen. Werkzeuge des „Capacity Building“ sind Seminare, Dialogveranstaltungen, Personalentwicklungsberatung, das Knüpfen von Netzwerken und E-Learning. InWEnt schult und berät Partner in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern. Das Unternehmen führt Beratungsdienste für Fachkräfte, die einen Auslandsaufenthalt anstreben durch, bietet Fremdsprachenkurse an, oder wirkt unterstützend mit Managementkursen. Um seine Aufgaben wirksam zu erfüllen, ist InWEnt in neun Unternehmensbereiche untergliedert:

- Planung und Steuerung der Arbeit von InWEnt
- Internationale Regelwerke/Gute Regierungsführung/Wirtschaftspolitik
- Soziale Entwicklung
- Nachhaltiges Wirtschaften
- Umwelt, natürliche Ressourcen und Ernährung
- Industrie- und Transformationsländer
- Zusammenarbeit mit den Ländern, entwicklungsbezogene Bildung
- Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit
- Verwaltung

Kooperation mit Kommunen

InWEnt schult kommunale Experten aus Entwicklungsländern in Deutschland und arbeitet hierbei eng mit dem Deutschen Städtetag und seinen Mitgliedern zusammen. Veranstaltet werden beispielsweise Fachseminare im In- und Ausland für Kommunalpolitiker, und es werden Bürgermeister/innen-Dialoge durchgeführt.

Ansprechpartnerin

Anita Reddy
Abteilungsleiterin Entwicklungsbezogene Bildung/Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel.: 0228 4460 1634
Fax: 0228 4460 1601
Mail: anita.reddy@giz.de
Homepage: www.giz.de

5.1.3 Entsendung von Entwicklungshelfern (DED)

Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) ist einer der führenden europäischen Personalentsendediene in der Entwicklungszusammenarbeit. Seit seiner Gründung im Jahr 1963 haben sich rund 16.000 erfahrene und engagierte Entwicklungshelferinnen und -helfer dafür eingesetzt, die Lebensbedingungen von Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu verbessern. Durch die Zusammenarbeit mit Einheimischen Fachkräften stärkt der DED die lokalen Kompetenzen und die Eigenverantwortung der Partnerorganisationen. Der DED arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist zurzeit mit ca. 3.000 Mitarbeitern in 48 Ländern tätig.

Aufgabe des DED

Die Aufgabe des DED besteht in der Entsendung von Fachkräften auf Anfrage von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen der Partnerländer. Mehr als die Hälfte der Fachkräfte werden nach Afrika entsendet. Hier liegen etwa 55 Prozent des Engagements des DED. Es folgen Asien und der Nahe Osten mit 25 Prozent und Lateinamerika mit 20 Prozent der Entsendungen. Hauptaugenmerk liegt auf der Minderung der Armut und eine selbstbestimmte, nachhaltige Entwicklung. Durch fachliche Beratung stärkt der DED die Kapazität lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und kommunaler Verwaltungen.

Wichtiges Themenfeld des DED ist die Unterstützung dezentraler staatlicher Strukturen (Kommunalverwaltungen) und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Im Rahmen von Dezentralisierungsprozessen erfahren die Kommunen in den Partnerländern des DED einen Zugewinn an Zuständigkeiten und Aufgaben, deren Bewältigung die Kommunalpolitiker/innen und Mitarbeiter/innen der Verwaltungen jedoch oftmals noch nicht gewachsen sind. Um den Kriterien von "good local governance" zu genügen, sind die Kommunen aufgefordert, die Partizipation der Bürger/innen an kommunalpolitischen Planungs- und Entscheidungsprozessen sicherzustellen, bürgerorientierte Dienstleistungen zu erbringen, Transparenz in den Verwaltungsabläufen zu gewährleisten und ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung nachzukommen.

Kooperation mit Kommunen

Für kommunale Expertinnen und Experten besteht die Möglichkeit, die Maßnahmen der Partnerorganisationen als Entwicklungshelfer, Friedensfachkraft oder Koordinator zu unterstützen. Der DED wirbt über Ausschreibungen gezielt kommunale Experten für Einsätze. Die Mindestvertragsdauer beträgt in der Regel 2 Jahre. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung, Berufserfahrung sowie erforderliche Kompetenzen. Hierbei zahlt der DED ein weltweit einheitliches Unterhaltsgeld. Dieses staffelt sich in drei verschiedene Stufen je nach erreichter Dienstzeit. Mit dem „Nachwuchsförderungsprogramm“ gibt der DED Berufs-

anfängern die Möglichkeit, Erfahrungen in einem Partnerland zu sammeln. Junge Freiwillige können im Programm „*weltwärts* mit dem DED“ interkulturelle Kompetenzen erwerben.

Ansprechpartnerin

Angela Krug
Deutscher Entwicklungsdienst (DED)
Pressesprecherin und Leiterin Stabsstelle
Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-2434-131
Fax: +49 (0)228-2434-139
Mail: angela.krug@giz.de
Homepage: <http://www.giz.de>

5.1.4 Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)

Das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) ist der Personalvermittler der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Als Arbeitsgemeinschaft zwischen der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (BA) vereint CIM entwicklungs- politische und arbeitsmarktpolitische Expertise. Seinen Sitz hat das Centrum für internationale Migration und Entwicklung in Frankfurt am Main. Die Finanzierung von CIM erfolgt zum Großteil durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Weitere Mittel erhält CIM von anderen Ministerien, staatlichen und halbstaatlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und aus der Privatwirtschaft. Auch die Kommunen können durch die Kofinanzierung von Fachkraft-Einsätzen und anderen Beiträgen gemeinsam mit CIM in der Entwicklungszusammenarbeit tätig werden.

Aufgaben und Leistungen des CIM

Programm Integrierte Fachkräfte

Im Programm Integrierte Fachkräfte vermittelt CIM qualifizierte und erfahrene Fach- und Führungskräfte nach Asien, Afrika, Lateinamerika sowie Ost- und Südosteuropa. Derzeit sind über 700 Integrierte Fachkräfte in über 75 Ländern in verschiedensten Sektoren im Einsatz. In vielen Tätigkeitsgebieten wie dem Energie-, Wasser- und Abfallmanagement sowie dem Aufbau von Kommunalverwaltungen und in der Stadtentwicklung werden auch kommunale Experten eingesetzt. Die Partner von CIM vor Ort sind entwicklungspolitisch relevante Arbeitgeber aus dem öffentlichen Dienst, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft. Diese wenden sich an CIM, wenn sie ihren Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften im eigenen Land zu ortsüblichen Bedingungen nicht decken können. Die von CIM auf dem deutschen Arbeitsmarkt rekrutierten deutschen und europäischen Fachkräfte werden durch einen lokalen Arbeitsvertrag und gemeinsam vereinbarte Ziele fest in die Strukturen der Arbeitgeber vor Ort integriert. Eingebunden in das Netzwerk der GTZ-Büros und der deutschen Botschaften tragen sie zu den entwicklungspolitischen Zielen der Bundesregierung bei. Die Einsätze der Integrierten Fachkräfte begleitet CIM durch Serviceleistungen und Zuschüsse zum lokalen Gehalt, die die finanzielle Differenz zum marktüblichen Vergütungsniveau abdecken. Darüber hinaus übernimmt CIM Reise- und Transportkosten und beteiligt sich an Versicherungsbeiträgen.

Programm Rückkehrende Fachkräfte

Über das Programm Rückkehrende Fachkräfte werden jährlich über 600 hochqualifizierte und rückkehrinteressierte Hochschulabsolventen und in Deutschland tätige berufserfahrene Fachkräfte aus Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern bei der beruflichen Reintegration in ihre Heimatländer unterstützt. Im Vordergrund steht dabei die Vermittlung von Fachpersonal in entwicklungspolitisch bedeutsame Bereiche sowie in die Wirtschaftskooperation und die internationale Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit. Neben Vermittlungs- und Beratungsdienstleistungen bietet das Programm rückkehrinteressierten Fachkräften auch finanzielle Förderungen an. Einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit können die Kommunen z.B. durch das Angebot von Fortbildungsprogrammen oder Praktika für die ausländischen Hochschulabsolventen vor deren Rückkehr in ihre Heimatländer leisten.

Beispiel zum Einsatz von integrierten und rückkehrenden Fachkräften in der Stadtverwaltung

Nach dem Tsunami 2004 war der Wiederaufbau der Stadtverwaltung in Banda Aceh, Indonesien eine der zentralen Herausforderungen. Diesen unterstützte CIM in einem ersten Schritt durch die Vermittlung von zwei Verwaltungsexperten aus Deutschland zur Beratung des Bürgermeisters und der stellvertretenden Bürgermeisterin. Verstärkung erhielten die beiden integrierten Fachkräfte später durch die Vermittlung von drei aus Deutschland in ihre indonesische Heimat zurückkehrende Experten für Gemeindeentwicklung, Frauenrechte und Wirtschaftsförderung. Mit ihrem unterschiedlichen Fachwissen und kulturellen Kenntnissen konnten die integrierten und rückkehrenden Fachkräfte im Tandem gemeinsam mehr erreichen und die gewonnene Kompetenz nachhaltig in der Stadtverwaltung verankern (siehe auch CIM case sheet im Anhang).

Zusammenarbeit mit der Diaspora

Ab Januar 2011 wird CIM darüber hinaus mit Mitteln des BMZ die Förderung von Entwicklungsprojekten der in Deutschland ansässigen Migrantenorganisationen (der sog. Diaspora) unterstützen, die diese in ihren Heimatländern durchführen. Auch hier gibt es interessante Anknüpfungsmöglichkeiten für die Kommunen: Institutionen in Deutschland, die sich beispielsweise in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit engagieren (z.B. Agenda 21-Initiativen, Städtepartnerschaften), können mit Diasporagemeinschaften weitere zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland und auch in den Herkunftsländern der Migranten als Partner für ihre Aktivitäten gewinnen. Durch den Dialog mit Diasporagemeinschaften in Deutschland können sie ihre Initiativen um die Perspektive der Diaspora ergänzen und inhaltlich und durch neue Formen der Zusammenarbeit bereichern lassen.

Pilotprojekt temporäre Arbeitsmigration

Der drohende Fachkräftemangel in Deutschland ist derzeit in aller Munde. In seinem neuesten Projekt vermittelt CIM Fachkräfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern für temporäre Arbeitsaufenthalte nach Deutschland. Damit unterstützt CIM gleichzeitig die Deckung des Fachkräftebedarfs deutscher Arbeitgeber in ausgewählten Sektoren sowie die berufliche Weiterqualifizierung von ausländischen Fachkräften in Deutschland. Durch die entwicklungspolitisch begleitete Rückkehr dieser Fachkräfte in ihre Heimatländer leistet CIM schließlich einen Beitrag zum Know-how-Transfer. Auch kommunale Arbeitgeber können perspektivisch, z.B. im Gesundheitsbereich, von der Vermittlung von Pflegekräften profitieren und dabei durch die Weiterqualifizierung dieser Fachkräfte einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten.

Ansprechpartnerin

Sylvia Steiner
Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)
Mendelssohnstr. 75-77
60325 Frankfurt am Main
Tel.: + 49 (0)69-719121-0
Fax: + 49 (0)69-719121-19
Mail: cim@gtz.de
Homepage: www.cimonline.de

5.2 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützt kommunale Akteure bei der Realisierung nachhaltiger, kommunaler Entwicklungspolitik. Die Servicestelle wird seit 2002 in Trägerschaft der Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) durchgeführt (die 2011 mit DED und der GTZ zur Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ, fusionierte). Die Servicestelle wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Bundesstadt Bonn. Gegründet wurde die SKEW 2001, um die kommunale Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 21 zu stärken und den kommunalen Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bis 2015 zu unterstützen. Da die Beteiligungsstruktur der SKEW das gesamte Spektrum kommunaler Akteure und wichtige Fachministerien und -einrichtungen auf Bundes- und Landesebene abdeckt, bietet sie eine einzigartige Möglichkeit für die Unterstützung kommunaler Entwicklungspolitik in Deutschland.

Aufgabe und Leistungen der SKEW

Die SKEW bietet Leistungen zu drei kommunalen Zukunftsthemen an:

- Auf- und Ausbau kommunaler Partnerschaften mit Entwicklungsländern,
- Migration und Entwicklung – Zusammenarbeit mit lokalen Diasporen und
- Faires Beschaffungswesen – der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Ihre Aufgabe ist es Städte, Gemeinden und Landkreise über diese Themen zu informieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie diese Themen gefördert werden können. Ziel ist die Stärkung der kommunalen Entwicklungspolitik als Ganzes. Somit richten sich die Angebote der SKEW primär an Kommunalpolitik und -verwaltung, bezieht aber auch die Partner der Kommunen in Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft ein. Die SKEW verdeutlicht gegenüber den Kommunen auch, dass die Möglichkeiten der Kommunalen Entwicklungspolitik vielfältig sind. So fördert die sie beispielsweise den Know-how Austausch vom Kommunal-experten und ihren Partnern in Entwicklungs- und Transformationsländern, effektive entwicklungspolitische Informationsarbeit deutscher Kommunen oder das Bemühen kommunale Entwicklungspolitik als Teil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verankern.

Die Servicestelle bietet lokalen Akteuren zahlreiche Informationsmöglichkeiten. Sie reichen von der Fachpublikationsreihe „Dialog Global“ und einer eigenen Materialreihe über den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“ bis hin zu der umfangreichen Internetplattform www.service-eine-welt.de mit aktuellen Informationen. Dort stehen alle Publikationen der Servicestelle zum Download und Bestellen bereit. Besonders oft genutzt wird auch der Finanzierungsratgeber für Projekte.

Arbeitsweise der SKEW und Kooperation mit Kommunen

Neben den Veröffentlichungen unterstützt die Servicestelle kommunale Akteure auch durch eine persönliche und kostenlose Beratung. Zahlreiche Workshops, Netzwerktreffen und Konferenzen befördern den Austausch zwischen den Kommunen. Wettbewerbe, wie der zur „Fairen Hauptstadt“, würdigen und unterstützen beispielhaftes kommunales Engagement. Mit den Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen, mit internationalen Bürgermeister-treffen und mit bundesweiten Konferenzen zu kommunalen Partnerschaften (im November 2010 erstmals zu Afrika und 2011 zu Lateinamerika) bietet die Servicestelle gezielt lokalen und regionalen Entscheidungsträgern ein Forum für Dialog und Vernetzung zu Themen nachhaltiger Entwicklung und kommunaler Entwicklungspolitik.

Die SKEW versucht Partner und Projekte zusammen zu bringen. Hierdurch sollen Wege und Möglichkeiten aufgezeigt werden, aus vielleicht nur kurzfristigen Projekten eine langfristige Partnerschaft aufzubauen. Dies kann etwa durch innovative Projekte wie "50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015" oder "kommunale Dreieckspartnerschaften" erreicht werden. Beispielhaft hierfür ist das Projekt der kommunalen WM-Partnerschaften in denen die Spielorte der FIFA-WM 2010 in Südafrika von den Erfahrungen der deutschen Spielstätten der FIFA-WM 2006 profitierten. Gleichzeitig flossen jedoch auch aus Südafrika Erfahrungen in deutsche Städte ein. Die Servicestelle tritt auch dafür ein, die Chancen der Migration für Entwicklung zu nutzen, indem das Wissen und die Erfahrungen von Migranten und Migrantinnen aktiv einbezogen werden. Ziel ist eine Kultur der Vielfalt und die Zusammenarbeit zwischen entwicklungspolitisch aktiven Menschen mit Migrationshintergrund und Akteuren der kommunalen Eine-Welt-Arbeit.

Ansprechpartnerin

Anita Reddy
Abteilungsleiterin Entwicklungsbezogene Bildung/Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel.: 0228 4460 1634
Fax: 0228 4460 1601
Mail: anita.reddy@giz.de
Homepage: www.service-eine-welt.de

5.3 Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) e.V.

In allen 16 Bundesländern haben sich Eine Welt Organisationen und Initiativen in Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die Eine Welt Landesnetzwerke vertreten gemeinsame Positionen ihrer Mitgliedsgruppen gegenüber Politik und Verwaltung auf Landesebene. Durch Beratungs- und Qualifizierungsangebote tragen sie zu einer Qualifizierung und Professionalisierung der Eine Welt-Arbeit in ihrem Bundesland bei. Auf Bundesebene arbeiten die Eine Welt-Landesnetzwerke in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) e.V. zusammen.

Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerken sind die Professionalisierung und der Ausbau der lokalen Eine Welt-Arbeit vor Ort. agl und Eine Welt Landesnetzwerke ermutigen und unterstützen zivilgesellschaftliche Akteure dabei, sich engagiert und sachkundig an der Gestaltung einer zukunftsfähigen, ökologisch und sozial verträglichen globalen Entwicklung zu beteiligen. Die Eine Welt Landesnetzwerke zeichnen sich aus durch ihren direkten Kontakt mit den Gruppen vor Ort. Sie sind Ansprechpartner in Nord-Süd-Fragen für Landes-

regierungen, Kommunen und andere gesellschaftliche Gruppen und Institutionen, sie bieten entwicklungspolitische Diskussionsforen und vernetzen bürgerschaftliches Eine Welt-Engagement als Partner auf lokaler Ebene.

Themen und Angebote

Über die agl oder die einzelnen Eine Welt-Landesnetzwerke finden Landesregierungen, Kommunen und andere gesellschaftliche Gruppen vor Ort kompetente und engagierte Ansprechpersonen zu Eine Welt-Themen wie z.B. Partnerschaftsarbeit, Fairer Handel, Globales Lernen, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung, Migration und Entwicklung, „bio-regional-fair“, Menschenrechte oder Partizipation von Jugendlichen im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Über Publikationen, Ausstellungen und online-Ressourcen stellt die agl Informationen rund um Eine Welt-Themen und Eine Welt-Arbeit bereit (www.agl-einewelt.de). Nachfolgend finden Sie einige ausgewählte Beispiele für kommunale Eine Welt-Arbeit, die als Anregungen für eigene kommunale Projekte und Aktivitäten dienen können. Nähere Informationen zu Projekten, Aktivitäten und Ansprechpersonen vor Ort erhalten Sie bei Ihrem jeweiligen Eine Welt-Landesnetzwerk (siehe Adressübersicht im Anhang).

Fairer Handel und Kommunen...

...z.B. die Kampagne „Rheinische Affäre“: Engagierte aus Stadtverwaltungen, Vereinen, Weltläden, den Eine Welt-Landesnetzwerken Rheinland-Pfalz (ELAN) und Nordrhein-Westfalen (Eine Welt Netz NRW) setzen sich für die Einführung fair gehandelter Städtekaffees entlang des Rheins ein. <http://www.die-rheinische-affaire.de/> Zahlreiche Beispiele für faire Städteschokoladen und faire Städtekaffees in Bayern finden sich unter www.fairerhandel-bayern.de Die Projekte bieten eine gute Kooperationsmöglichkeit für lokale Touristikbüros und Weltläden vor Ort.

...z.B. „FAIR KAUFEN. MEHR WERT. FÜR ALLE.“, ein dreijähriges Projekt in Nordrhein-Westfalen zur Beratung und Qualifikation von Einzelhändlern, Weltläden und kommunalen Beschaffern zum Thema Fairer Handel. www.fairkauffennrw.de

...z.B. Projekte zu sozial und ökologisch verantwortlicher Beschaffung wie „Es geht auch anders!“ in Bremen (www.ben-bremen.de) oder „Sachsen kauft fair“ (www.sachsen-kauft-fair.de), die sich für ökologische und soziale Kriterien bei Einkaufsentscheidungen in der öffentlichen Verwaltung einsetzen.

Globales Lernen in Kommunen...

...z.B. Partnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Deutschland und Nicaragua: Frankfurt am Main – Granada www.ffm-granada.org, Berlin-Kreuzberg – San Rafael del Sur www.staepa-berlin.de oder Wuppertal – Matagalpa www.matagalpa.de. Zusammen mit Akteuren in den Partnerkommunen organisieren die Freundschaftsvereine Schul- und Kulturaustausche und führen gemeinsam Projekte rund um Themen wie Gesundheit, Bildung oder Menschenrechte durch. In einigen Bundesländern gibt es von Eine Welt-Landesnetzwerken getragene Internetportale, die Partnerschaften von Kommunen, Schulen, Kirchengemeinden oder Nichtregierungsorganisationen mit ihren Partnern in sogenannten Entwicklungsländern aufzeigen (siehe u.a. www.bayern-einewelt.de)

...z.B. Unterstützung bei der Suche nach Referentinnen/Referenten sowie nach Materialien für Eine Welt-Aktivitäten an kommunalen Volkshochschulen.

Ansprechpartner

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl) e.V.
Hausmannstr. 9-10
30159 Hannover
Tel.: 0511 123 1983
Fax: 0511 / 391675
Mail: info@agl-einewelt.de
Homepage: www.agl-einewelt.de

Die Adressen der Landesnetzwerke stehen unter Kontaktadressen im Anhang.

5.4 Politische Stiftungen

Als politische Stiftungen gelten in Deutschland - seit 2000 - sechs Organisationen, die den im Bundestag vertretenen Parteien nahe stehen: die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), die den Bündnisgrünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und die der Linkspartei nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Für ihre internationale Arbeit haben die politischen Stiftungen eigene Abteilungen aufgebaut. Die Projekte der politischen Stiftungen werden grundsätzlich in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen durchgeführt. Das bedeutet, dass die Stiftungen nur dann tätig werden können, wenn sie in dem jeweiligen Entwicklungsland Partner gefunden haben, die sich den in diesen Grundsätzen "formulierten Zielen verpflichtet wissen und zumindest in der Zukunft eine Chance haben, strukturwirksam tätig zu werden". Dies können politische Parteien, Gewerkschaften, Kommunalverbände und Kommunen und andere Selbsthilfeorganisationen sein. Dabei spielt auch der Aufbau selbstverwalteter kommunaler Strukturen eine große Rolle. Stiftungen können wie Durchführungsorganisationen kommunale Experten verpflichten oder gemeinsame Veranstaltungen und Projekte durchführen.

5.4.1 Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Die Konrad Adenauer Stiftung ist in Deutschland in zwei Bildungszentren und 16 Bildungswerken aktiv und hat ihren Hauptsitz in Sankt Augustin bei Bonn und Berlin. Derzeit betreuen 78 Auslandsbüros weltweit rund 200 Projekte in über 100 Ländern.

Aufgaben der Internationalen Zusammenarbeit der "Konrad-Adenauer-Stiftung"

Aus christlicher Verantwortung heraus setzt sich die Stiftung weltweit für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Durchsetzung sozialer und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie die Verwirklichung der Menschenrechte ein. Durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützt sie insbesondere die Entwicklung von politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Mit einer Vielzahl von Beratungs- und Dialogprogrammen fördert sie auch den Auf- und Ausbau kommunaler und regionaler Selbstverwaltungsstrukturen. Mit ihren über Jahrzehnte gewachsenen Netzwerken zu den politischen und gesellschaftlichen Eliten in den Einsatzländern sowie den langjährigen Verbindungen zu Partnerorganisationen wirkt sie nachhaltig an der weltweiten Politikgestaltung mit. Sie ergänzt die Außenpolitik der Bundesregierung Deutschland und die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und trägt dadurch weltweit zur Festigung von Sicherheit und Frieden bei. Angesichts neuer, Regionen übergreifender Herausforderungen in einer globalisierten Welt erweitert die KAS ihre bislang auf klassischen Länderprogrammen basierende regionale Kompetenz um eine inhaltlich-sektorale: Durch überregionale Rechtsstaats- und Medienprogramme sowie durch das von der Zentrale in Berlin koordinierte Sektorprogramm "Globale Ordnungspolitik" werden Themen wie Energie- und Ressourcensicherheit oder der Werte- und Religionsdialog sowie globale Risiken wie Terrorismus oder Klimawandel als Querschnittsthemen aufgegriffen.

Entwicklungszusammenarbeit im Bereich kommunaler Selbstverwaltung

Als deutsche Politische Stiftung weiß die KAS, wie leistungsfähig Gebietskörperschaften sind, wie gelebte Demokratie auf subnationaler Ebene funktioniert und Mechanismen des Interessenausgleichs zwischen den Gebietskörperschaften etabliert werden können. Das macht sie weltweit zu einem kompetenten und vertrauenswürdigen Partner, wenn es um Föderalismus und/oder kommunale Selbstverwaltung geht. Viele Staaten stehen heute vor der Herausforderung, politische Dezentralisierung wirksam zu gestalten, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung anzuregen und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Bei ihrer kommunalpolitischen Arbeit geht es der Stiftung dabei nicht nur um die

Verlagerung von administrativen Funktionen auf nach- geordnete Verwaltungseinheiten in den Regionen, Provinzen und Gemeinden, sondern vor allem um eine politische Dezentralisierung von Macht und der Förderung politischer Partizipation in allen Teilen eines Landes, insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene. Daher unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung seit Jahrzehnten kommunale Selbstverwaltungsorgane und deren Spitzenverbände.

Projekte und Programme

Als besonders erfolgreich erweisen sich die Deutschlandprogramme für Lokalpolitiker aus aller Welt. Ziel dieser von der KAS organisierten Besuche ist es, den Gästen Erfahrungen über Grundsätze, Prozesse und Verfahren der politischen Dezentralisierung und der Regionalentwicklung in Deutschland zu vermitteln. Diese können dann mit neuen Anregungen für die Stärkung regionaler und kommunaler Institutionen und Prozesse in ihre Länder zurückkehren. So initiierte etwa die KAS Senegal ein Besucherprogramm für Bürgermeister und kommunale Mandatsträger in Deutschland. Im Mittelpunkt standen die Themen kommunale Daseinsvorsorge, kommunales Marketing und Wirtschaftsförderung auf kommunaler Ebene. Mit den Gesprächspartnern aus deutschen Kommunen, der Kommunalpolitischen Vereinigung, der AG Kommunen im Deutschen Bundestag und einem kommunalen Spitzenverband konnten Ideen für die Arbeit der eigenen Gemeinde entwickelt und Möglichkeiten zur Durchsetzung kommunaler Interessen auf nationaler und parlamentarischer Ebene diskutiert werden. Um von deutschen Erfahrungen in der Kommunalpolitik zu profitieren, waren im März 2010 auch zwölf Bürgermeister aus Brasilien der Einladung der KAS nach Deutschland gefolgt. Im Mittelpunkt des Programms stand der Austausch mit deutschen Praktikern über Themen wie Wirtschaftsförderung, Umweltschutz, effiziente Verwaltung und kommunale Zusammenarbeit. Besonderen Eindruck hinterließ bei den brasilianischen Gästen die ausgeprägte bürgerschaftliche Kultur.

Da eine Partnerschaft nur über intensive persönliche Kontakte erfolgreich gepflegt werden kann, unterstützt die KAS auch Delegationsbesuche kommunaler Entscheidungsträger. Ein weiteres erfolgreiches Beispiel aus der Stiftungsarbeit sind in diesem Kontext spezielle Beratungseinsätze. Auf Anfrage von Partnern, öffentlichen Institutionen oder anderen interessierten Entscheidungsträgern organisiert die KAS Experteneinsätze zur Förderung einer effektiven Verwaltungsarbeit auf lokaler Ebene. So wurden etwa Beratungsmaßnahmen zu Föderalismus, Verfassung, Verwaltungsreformen und Anti-Korruption aber auch zu praxisorientierten Themen wie Transport, Gesundheit, Armutsbekämpfung oder Umweltschutz durchgeführt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt nicht nur internationale Experten ein, sondern vernetzt diese auch in den Regionen selbst: Seit einigen Jahren hat der philippinische Partner LOGODEF eine Gruppe von 15 angesehenen Wissenschaftlern, kommunalpolitischen Experten und Vertretern der Kommunalverbände in einem eigenen Studienkreis zusammengeführt, der jährlich ein ehrgeiziges, auf aktuelle Problemfragen bezogenes Studien- und Publikationsprogramm durchführt. Um diese Erkenntnisse auch in die politische Diskussion einzuführen, werden in Rundtischgesprächen und Fachseminaren mit dem Wirtschaftsplanungsbüro des Senats und der Planungs- und Haushaltsabteilung des Kongresses regelmäßig mögliche Gesetzesinitiativen diskutiert, die zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Verbesserung von guter Regierungsführung auf örtlicher Ebene beitragen können. In Südafrika bildete sich auf Initiative der KAS eine Expertenarbeitsgruppe, die sich mit der Zukunft der Regionalpolitik im Land auseinandersetzte. Ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen finden sich in einer Publikation wieder, die auch im Parlament eingereicht und bei einer Reihe von Workshops verbreitet wurde.

Kooperationsmöglichkeiten mit Kommunen

Um einen dauerhaften kommunalpolitischen Austausch zu gewährleisten, unterstützt die Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch die Entstehung und Vertiefung von Städtekooperationen und -partnerschaften.

Ansprechpartner

Dr. Helmut Reifeld
Teamleiter Grundsatzfragen / Head of Division: Planning and Concepts
Internationale Zusammenarbeit / International Cooperation
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin (Besucheranschrift / visitors)
10907 Berlin (Postzustellung / Mail)
Tel.: 0049 - (0)30 - 26996 3467
Fax: 0049 - (0)30 - 26996 3555
Homepage: <http://www.kas.de>

5.4.2 Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Ziele der internationalen Arbeit der Friedrich- Ebert-Stiftung (FES) sind die weltweite Förderung der Demokratie sowie ihr Beitrag zu Frieden und Sicherheit. Weitere Anliegen sind die Gestaltung einer demokratischen und sozialen Globalisierung und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union. Über Projekte in mehr als 100 Länder begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung kommunaler, zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

Politische Parteien und Gewerkschaften sind daher wichtige, aber nicht exklusive Partner der gesellschaftspolitischen Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Verbände, unabhängige Medien, Bildungseinrichtungen und organisierte Interessenvertretungen gesellschaftspolitischer Akteure und NROs gehören ebenfalls zu den Partnern der internationalen Zusammenarbeit.

Die Demokratieförderung auf den jeweils nationalen Ebenen wird durch Kooperationen zwischen Staaten und gesellschaftlichen Organisationen im regionalen und internationalen Kontext ergänzt. Staaten und gesellschaftliche Organisationen zu befähigen, nicht nur nach innen demokratisches Zusammenleben zu gestalten, sondern sich darüber hinaus an den Prozessen einer „globalen Politik“ zu beteiligen, gehört zu Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit ihrem weltweiten Netzwerk an Auslandsbüros und Partnern verfügt die Friedrich-Ebert-Stiftung über ein Instrumentarium, das es ihr erlaubt, zu politischen und inhaltlichen Debatten beizutragen und kommunale Expertise einzubinden.

Die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung und der Dezentralisierung sind Themenfelder, denen sich die FES heute in unterschiedlichem Maße im Rahmen ihrer weltweiten Projektarbeit widmet. Es gab in den 90er Jahren eine Phase der Entwicklungszusammenarbeit, bei der die kommunale Selbstverwaltung/Dezentralisierung deutlich stärker im Blickpunkt einzelner Projektaktivitäten gestanden hat.¹ Inzwischen gibt es projektbezogene Beschäftigungen mit diesem Thema, die nicht einer zentralen Gesamtkonzeption oder Ko-

¹ s. auch eine Bilanz dieser Aktivitäten in: "Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung : zur kommunalpolitischen Projektarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afrika, Asien, Lateinamerika", 2000, Volltext unter <http://library.fes.de/fulltext/iez/00650toc.htm>

ordinierung unterliegen, sondern die in der Eigenverantwortung einzelner FES-Vertretungen durchgeführt werden. Einzelheiten zu den Ansätzen und Partnern lassen sich daher am besten auf den länderbezogenen internationalen Webseiten unter www.fes.de finden.

Ansprechpartner

Dr. Jochen Steinhilber
Leiter Referat Globale Politik und Entwicklung
Tel.: 030/26935-7410
Mail: jochen.steinhilber@fes.de
Homepage: <http://www.fes.de>

5.4.3 Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen Umweltzerstörung angehen, soziale Teilhabe für alle gewährleisten, Konflikte mit zivilen Mitteln lösen, die Freiheit des Individuums verteidigen – das sind die Ziele, die das Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, als eine reformpolitische Zukunftswerkstatt sowie ein internationales Netzwerk. Sie steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und fördert die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland. Heinrich Bölls Aufforderung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung.

Vorrangige Aufgabe der Stiftung ist die **politische Bildung im In- und Ausland**. Zur Verwirklichung ihrer Ziele entwickelt die Stiftung ein allgemein zugängliches Bildungs- und Weiterbildungsangebot, das eine Vielfalt von Bildungsformen berücksichtigt (Tagungen, Seminare, Kongresse, Websites, Publikationen, Studien, Vorträge). Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet mit **160 Projektpartnern in über 60 Ländern** zusammen und unterhält Büros in 28 Ländern.

Das **Studienwerk** der Heinrich-Böll-Stiftung fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland, die sich aktiv mit den Grundwerten der Stiftung, Ökologie, Gewaltfreiheit, Solidarität und Demokratie, auseinandersetzen. Derzeit gibt es rund 750 Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahr, davon sind etwa 3/4 Studierende und 1/4 Promovierende.

Leitbild sowohl für die interne Zusammenarbeit als auch für öffentliche Tätigkeit aller Bereiche ist die **Geschlechterdemokratie**, also ein von Abhängigkeit und Dominanz freies Verhältnis der Geschlechter. Das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung (GWI) bündelt geschlechterpolitische Themen und entwickelt die Auseinandersetzung um Feminismus und Geschlechterdemokratie weiter.

Kommunalpolitik

Die Heinrich-Böll-Stiftung betreibt im Internet eine kommunalpolitische Infothek mit aktuellen Nachrichten und Themendossiers (<http://www.kommunale-info.de/>), organisiert bundesweite kommunalpolitische Kongresse und veröffentlicht Studien.

Zur Internationalen Zusammenarbeit der Kommunen wurde 2010 die Publikation „Kommunale Partnerschaften und Netzwerke – Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit“ veröffentlicht. Die Heinrich-Böll-Stiftung wird zu diesem Thema weitere Tagungen und Fachgesprächen durchführen. Näheres siehe <http://www.kommunale.info/staedtepartnerschaften>. Dort steht auch die erwähnte Publikation zum Download bereit.

Ansprechpartner

Wolfgang Pohl
Heinrich-Böll-Stiftung
Kommunalpolitische Infothek, Abt. Politische Bildung Inland
Schumannstraße 8
10117 Berlin
Tel.: 030 / 285 34-247
Fax: 030 / 285 34-5247
Mail: pohl@boell.de, infothek@boell.de
Homepage: <http://www.boell.de>

5.4.4 Hanns-Seidel-Stiftung (HSS)

Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) ist eine deutsche politische Stiftung, die „im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ politische Bildungsarbeit im In- und Ausland leistet. Zur Überzeugungsarbeit für die Demokratie und die freiheitliche, rechtsstaatliche und soziale Ordnung gehört auch die Verankerung der Grundwerte und Normen des Gemeinwesens im Bewusstsein der Bürger.

Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit

Seit über 30 Jahren engagiert sich die HSS im Rahmen des jetzigen Instituts für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ), mit derzeit rund 90 Projekten in rund 60 Ländern weltweit. Ziel der auf christlich-sozialen Idealen basierenden internationalen Tätigkeit ist es, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu fördern und durch die Stärkung von Frieden, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Gemeinsam mit den lokalen Partnern verwirklicht die HSS Projekte in den Bereichen Politikberatung, politische Bildung sowie zivilgesellschaftliche und rechtsstaatliche Strukturen.

Dabei sind die deutschen politischen Stiftungen in ihrer Form einzigartig: Kaum ein Land verfügt über ähnliche Institutionen, die sich weltweit in der Entwicklungspolitik engagieren. Dabei zeigt das Nebeneinander der Stiftungen die Pluralität des freiheitlich-demokratischen Systems sowie des politischen Ansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit. Folgende Schwerpunkte charakterisieren die internationale Zusammenarbeit:

- Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen im städtischen und ländlichen Raum
- Förderung dezentraler, partizipativer Verwaltungsstrukturen
- Beratung von Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft
- Entwicklung ländlicher Räume und strukturschwacher Regionen
- Gesellschaftspolitische Förderung der Frauen
- Unterstützung des wirtschaftlichen Fortschritts durch berufliche Bildung und Management-training
- Überwindung der sozialen und ethnischen Spaltung
- Stärkung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung

Mögliche Leistungen

Da die Hanns-Seidel-Stiftung selbst Zuwendungsempfänger von Seiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist, kann sie keine Projekte Dritter bezuschussen. Es gibt lediglich fallweise die Möglichkeit, Einzelmaßnahmen in bereits bestehende Projektkonzeptionen zu integrieren.

Auf der anderen Seite kann die Hanns-Seidel-Stiftung aber durch ihre Partner- und Bürostruktur in den Ländern vor Ort im Rahmen von kommunalen Projektideen mit Beratung und administrativer Unterstützung zur Seite stehen.

Arbeitsweise

Jede Tätigkeit im Ausland beruht auf durch das BMZ bewilligten Projektanträgen für ein Land oder eine Region. Die Förderphase für die Bezuschussung läuft in der Regel drei Jahre, mit der grundsätzlichen Option auf Verlängerung. Über diese BMZ-Projektmittel werden die Büroinfrastruktur vor Ort sowie die Projektaktivitäten gemeinsam mit den Partnerorganisationen finanziert. Die Durchführung der Bildungsveranstaltungen erfolgt in enger Kooperation mit den lokalen Partnerorganisationen.

Kooperationsmöglichkeiten mit deutschen Kommunen im Rahmen der EZ

In folgenden Ländern engagiert sich die HSS derzeit auf kommunaler Ebene:

Albanien	Verwaltungsförderung und Institutionenbildung	Fortbildung von lokalen Entscheidungsträgern im Kommunalrecht zum Thema Dezentralisierung und kommunale Selbstverwaltung; Veranstaltungen mit dem Albanischen Städte-tag
Argentinien	Nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung	Fortbildung von Entscheidungsträgern und Beamten der Kommunalebene (Themen: Gemeinde-/Finanzmanagement, Wirtschaftsentwicklung, Sozialprogramme, Umweltwirkungen von Projekten, Gemeindeassoziiierung, Bürgerbeteiligung und Accountability)
Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan	Management- und Verwaltungsförderung	Aus- und Fortbildung von Bediensteten aus der Lokalen Selbstverwaltung sowie der öffentlichen Verwaltung
Marokko	Rechts- und Verwaltungsreform im Maghreb	Fortbildung von regionalen und kommunalen Funktionsträgern zur praktischen Umsetzung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der administrativen Dezentralisierung
Philippinen	Personal- und Organisationsentwicklung	Weiterbildungsmaßnahmen für gewählte Vertreter des Kommunalbereichs (Bürgermeister, Gemeinderäte) und hochrangiges Verwaltungspersonal zum Thema Regierungs- und Verwaltungsmanagement
Tansania	Demokratieförderung	Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Ortschaftsvorsitzende und Zivilgesellschaft zur Guten Regierungsführung auf lokaler Ebene (Local Government)
Tunesien	Rechts- und Verwaltungsreform im Maghreb	Fortbildung von regionalen und kommunalen Funktionsträgern zur praktischen Umsetzung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der administrativen Dezentralisierung

Ansprechpartner

Dr. Dietmar Ehm
Referatsleiter Grundsatzfragen
Entwicklungspolitisches Europabüro Brüssel
Tel: (089) 1258-284
Fax: (089) 1258-359
Mail: ehm@hss.de
Homepage: <http://www.hss.de>

6. Money makes the world go around? – EU-Förderung von Projekten mit Drittländern

Mit ihren zahlreichen Programmen unterstützt die EU den Austausch, die Zusammenarbeit und die Entwicklung innovativer Ansätze für die Verbreitung guter Ideen und Praktiken im europäischen Raum. In zunehmendem Maße versteht sich die EU aber auch als bedeutender Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit; so wurden die Mittel seit 2007 zur Unterstützung von Projekten in und für die Partnerländer erheblich angehoben, die Programmstruktur reformiert und die Unterstützung für projektwillige Antragsteller verbessert.

Die Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit basieren auf folgenden Grundsätzen: Wirksamkeit der Hilfe, Koordination mit den Mitgliedstaaten und internationalen Akteuren sowie Gewährleistung der Kohärenz zwischen der europäischen Politik und den Entwicklungszielen.

Der „Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“ legt den allgemeinen Rahmen für die Maßnahmen der Union und der Mitgliedstaaten in diesem Bereich fest. Ferner setzt sich die Union insbesondere für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen ein. Dafür hat sie verschiedene Instrumente geschaffen, die auch dazu dienen, die Wirkung der EU-Maßnahmen zu verstärken.

Die Zusammenarbeit mit den Partnerländern erstreckt sich auf folgende Regionen:

- Afrika, den karibischen Raum und den Pazifischen Ozean (AKP)
- Asien
- Lateinamerika
- den Nahen Osten
- die südlichen und östlichen Nachbarländer der Europäischen Union.

Die nachfolgend aufgeführten Programme ermöglichen Projekte, die auch mit kommunaler Beteiligung umgesetzt werden können. Im Rahmen der neuen Programmperiode 2007-2013 wurde die gesamte Programmstruktur gerafft, um die Programme transparenter zu machen und bessere Synergieeffekte zu erzielen. So bilden die aktuellen Rahmenprogramme das Dach für zahlreiche Einzelprogramme. Bei den Rahmenprogrammen handelt es sich im Einzelnen um:

Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument 2007–2013

Mit dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) wird die Nachbarschaftspolitik mit den südlichen und östlichen Anrainerstaaten der EU unterstützt. Zu den Empfängerländern von ENPI zählen bestimmte Länder des Mittelmeerraums und der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“.

Im Mittelpunkt von ENPI stehen die nachhaltige Entwicklung und die Annäherung an die EU-Politik und das Gemeinschaftsrecht. Der besondere Schwerpunkt liegt auf der Umsetzung der entsprechenden Aktionspläne, die jedes der Empfängerländer vorlegt. Dabei geht es beispielsweise um die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, den Kampf gegen die Armut, aber auch um Maßnahmen, die zu einer allmählichen Einbindung in den EU-Binnenmarkt führen. Ein weiteres Element ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (ENPI CBC). Dabei werden gemeinsame Programme finanziert, bei denen Regionen der Mitgliedstaaten und Partnerländer mit einer gemeinsamen Grenze zusammengebracht werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Bestandteil des ENPI wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mitfinanziert.

Die Antragstellung steht grundsätzlich allen juristischen Personen aus den EU-Mitgliedstaaten, den EFTA/EWR-Ländern und den ENPI-Ländern offen. Darunter zählen u.a.

Kommunen, Regionen (und deren Zusammenschlüsse), Wirtschaftsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Verbände, Hochschulen, Kirchen, Medien, internationale Organisationen. Der Kreis der berechtigten Antragsteller kann je nach Einzelauftrag und thematischen Schwerpunkten variieren. Internet:

http://ec.europa.eu/world/enp/index_de.htm

http://ec.europa.eu/world/enp/funding_de.htm

Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit 2007–2013

Mit dem Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit (EZI) wird insbesondere die Kooperation der EU mit denjenigen Ländern in Lateinamerika, Asien, Mittelasien, im Nahen und Mittleren Osten sowie Südafrika gefördert, die nicht durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument oder das Instrument für Heranführungshilfe (s.u.) erfasst sind. Die Entwicklungshilfe der Gemeinschaft wird mit Hilfe von geografischen und thematischen Programmen umgesetzt. Oberstes Ziel ist die Beseitigung der Armut in den Partnerländern und -regionen unter Beachtung der Nachhaltigkeitskomponente (Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele) sowie die Förderung der Demokratie, einer verantwortungsvollen Staatsführung und der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit.

Die Durchführung des EZI erfolgt auf der Grundlage von Arbeitsprogrammen, in denen die Ziele des Programms näher definiert werden. Die thematischen Programmbereiche lauten „In die Menschen investieren“, „Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, einschließlich Energie“, „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“, „Ernährungssicherheit“ und „Migrations- und Asylpolitik“. Anträge können lokale Gebietskörperschaften, öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, internationale Organisationen sowie natürliche Personen aus den EU-Mitgliedstaaten, den Partnerländern oder Drittländern stellen.

Internet: http://ec.europa.eu/europeaid/what/delivering-aid/funding-instruments/index_en.htm

Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten und den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stellt der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) das wichtigste Hilfeinstrument der EU dar. Die aktuelle 10. Auflage des EEF deckt den Zeitraum 2008-2013 ab. Für den EEF ist eine Mittelausstattung in Höhe von 22,682 Mrd. Euro veranschlagt. Von diesem Gesamtbetrag werden 21,966 Mrd. Euro den AKP, 286 Mio. Euro den überseeischen Ländern und Gebieten und 430 Mio. Euro der Kommission für Unterstützungsausgaben im Zusammenhang mit der Programmplanung und Durchführung des EEF zugewiesen.

Der den AKP zugewiesene Betrag wird wie folgt verteilt: 17,766 Mio. Euro zur Finanzierung der nationalen und regionalen Richtprogramme, 2,7 Mio. Euro für die Finanzierung der Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe der AKP-Staaten und der interregionalen Zusammenarbeit, 1,5 Mio. Euro dient der Finanzierung der Investitionsfazilität. Der Großteil der Mittel kommt den Regionalprogrammen zugute, wodurch die Bedeutung der regionalen wirtschaftlichen Integration als Basis der nationalen und lokalen Entwicklung betont wird.

Den Großteil der Mittel stellt die EU für Regionalprogramme zur Verfügung. Dadurch soll die Bedeutung der regionalen wirtschaftlichen Integration als Basis der nationalen und lokalen Entwicklung betont werden.

Zu den spezifischen Instrumenten des EEF zählen

- Wasserfazilität zu Gunsten der AKP-Länder
- Energiefazilität zu Gunsten der AKP-Länder
- Friedensfazilität für Afrika
- AKP-EU Mikrofinanzfazilität.

Hierzu veröffentlicht die EU-Kommission regelmäßig Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen („Calls for proposals“), für die Nichtregierungsorganisationen und die öffentliche Hand Projektvorschläge einreichen können.

Instrument für Heranführungshilfe 2007–2013

Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) ist das Finanzierungsinstrument der EU für den Heranführungsprozess im Zeitraum 2007-2013. IPA unterstützt die derzeitigen Beitrittskandidaten Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei sowie die potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und den Kosovo.

IPA besteht aus fünf Komponenten: Übergangshilfe und Institutionenaufbau, grenzübergreifende Zusammenarbeit, regionale Entwicklung, Entwicklung der Humanressourcen sowie ländliche Entwicklung. Schwerpunkte bei der Umsetzung des Programms sind die Stärkung der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit, die Förderung und der Schutz der Menschenrechte einschl. Gleichstellung der Geschlechter, die Reform der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft, die Entwicklung der Zivilgesellschaft, die soziale Integration, Aussöhnung, vertrauensbildende Maßnahmen und Wiederaufbau sowie eine regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Antragsberechtigt sind grundsätzlich alle natürlichen und juristische Personen mit Sitz in den teilnahmeberechtigten Ländern. Je nach den Erfordernissen des ausgeschriebenen Programmbereichs kann dieser Kreis genauer definiert werden.

Internet: http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm

Förderung der Demokratie und der Menschenrechte 2007–2013

Bei dem Finanzierungsinstrument für die weltweite Förderung der Demokratie und der Menschenrechte handelt es sich um ein horizontales Programm, d.h. im Gegensatz zu den vorgenannten Programmen geht es weniger um die Konzentration auf einen geografischen Schwerpunkt als vielmehr um die Unterstützung des thematischen Schwerpunktes.

Die von der EU gewährten Finanzhilfen werden für Zuschüsse zur Finanzierung von Projekten, Programmen oder Betriebskosten, die Vergabe öffentlicher Aufträge, Arbeitsverträge oder Finanzierungsvereinbarungen verwendet. Vorrangig sollen Maßnahmen auf der nationalen und der regionalen Ebene umgesetzt werden. Allerdings ist für die lokale Ebene eine Zuschussmöglichkeit vorgesehen, aus der kleinere Initiativen lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen gefördert werden. Somit soll kleinen Organisationen der Zugang zu dieser Fördermöglichkeit erleichtert werden.

Auf der Basis einer Mehrjahresprogrammierung nimmt die Kommission jährliche Aktionsprogramme an, in denen die spezifischen Ziele, die vorrangig zu unterstützenden Maßnahmen, die erwarteten Ergebnisse sowie die Richtbeträge definiert sind.

Internet: http://ec.europa.eu/europeaid/what/human-rights/index_en.htm.

Aber auch EU-Programme, die nicht explizit an die Drittländer adressiert sind, beinhalten Elemente der internationalen Projektzusammenarbeit. Hierzu zählen beispielsweise die Programme Kultur, Jugend in Aktion, MEDIA, Erasmus.

Das Programm **Kultur** mit der Unteraktion 1.3: Kooperationsprojekte mit Drittländern fördert die Kooperation zwischen Kulturorganisationen aus Teilnehmerländern und Kulturakteuren aus sog. Drittländern. Diese Drittländer wechseln und werden jährlich neu benannt.

Mit der Aktion 3.1 „Zusammenarbeit mit benachbarten Partnerländern“ fördert das EU-Programm **JUGEND IN AKTION** sowohl Jugendbegegnungen wie auch Trainings- und Ver-

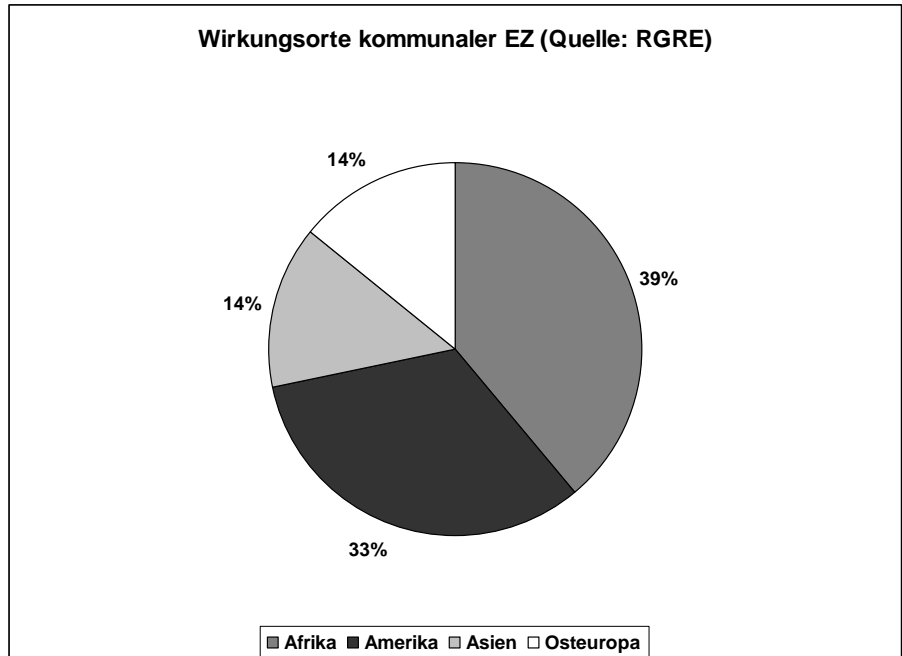
netzungsprojekte mit benachbarten Partnerländern. Darunter fallen die Länder aus den Regionen Euro-Med (Partnerländer aus dem Mittelmeerraum), Osteuropa/Kaukasus sowie Süd-Ost-Europa.

Mit dem Programm **MEDIA** soll die europäische audiovisuelle Industrie gestärkt werden. Ziele des neu aufgelegten Teilprogramms MEDIA-MUNDUS (2011 – 2013) sind die Förderung des Informationsaustauschs zwischen Fachleuten aus Europa und aus Drittländern, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des grenzüberschreitenden Vertriebs audiovisueller Werke in aller Welt sowie die Verbesserung der weltweiten Verbreitung und Aufführung audiovisueller Werke und Steigerung der Nachfrage aus der Öffentlichkeit (vor allem beim jungen Publikum) nach kulturell vielfältigen audiovisuellen Inhalten.

ERASMUS, das Hochschulprogramm der EU, beinhaltet ebenfalls eine auf die Zusammenarbeit mit Drittländern fokussierte Unteraktion. Unter dem Titel „ERASMUS MUNDUS“ werden Projekte initiiert und durchgeführt, die zur Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung und Förderung des interkulturellen Verständnisses durch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten beitragen sollen.

7. RGRE-Datenbank zu kommunalen Entwicklungsprojekten und Liste kommunaler Experten

Der Deutsche Städtetag betreibt seit 2004 die Datenbank über „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ)“. Dieser Datenbank, die auf den Seiten des „Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)“ zu finden ist, liegt eine bundesweite Befragung der Kommunen durch einen Fragebogen zugrunde. In der Datenbank wird das Engagement der deutschen Kommunen in der „Einem Welt“ dargestellt. Dadurch werden interessierten Kommunen und anderen Akteuren Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie kommunale Entwicklungszusammenarbeit voran bringen können. Dieses kommunale Engagement kann im Rahmen einer Städtepartnerschaft oder Städtefreundschaft stattfinden, jedoch werden vermehrt auch zeitlich begrenzte KEZ -Projekte durchgeführt. Des Weiteren gibt die Projektdatenbank Auskunft über die Finanzierung des Projektes, die beteiligten Akteure, die Projektdauer und die Schwerpunkte. In einer Kurzbeschreibung wird ein knapper Abriss über die genauen Inhalte des Projektes geliefert.



Kontaktadressen ermöglichen den Akteuren eine direkte Austauschmöglichkeit. Anfang 2010 wurde die Datenbank grundlegend aktualisiert. Aktuell befinden sich 142 Projekte in der Datenbank. Diese wird ständig aktualisiert und ausgebaut. Interessierte Kommunen können den unter www.rgre.de abgelegten Fragebogen nutzen, um ihr kommunales Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit dem Deutschen Städtetag mitzuteilen und in die Datenbank aufgenommen zu werden.

Neben der Datenbank zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit führt der Deutsche Städtetag auch eine Liste kommunaler Experten, die bereit sind, für einen begrenzten Zeitraum ins Ausland zu gehen. Die Liste enthält Personen aus den verschiedensten Bereichen der Kommunalverwaltung. Aktive oder ehemalige Bürgermeister und Wahlbeamte sind ebenso vertreten wie Sachbearbeiter und Referenten. Breit gefächert ist auch das Spektrum der jeweiligen Expertise, welche diese in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Sie reicht von Ver- und Entsorgung, Gesundheitsvorsorge über Wirtschaftsförderung und Finanzen bis hin zu Fragen des Bau- und Verwaltungsrechts und der Stadtentwicklung. Die meisten kommunalen Experten verfügen bereits über Auslandserfahrungen und über Sprachkenntnisse in englisch oder französisch. Die Einsatzdauer der Experten ist meist auf Kurzeinsätze von einigen Wochen ausgelegt. Da die Liste aus Datenschutzgründen nicht öffentlich ist, kann bei konkreten Anfragen vom Deutschen Städtetag eine Auswahl geeigneter Personen vermittelt werden.

8. Anhang

Eine Welt Landesnetzwerke:

Baden-Württemberg:

Dachverband Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg (DEAB) e.V.
Vogelsangstr. 62, 70197 Stuttgart
Tel.: 0711 / 66487360
E-Mail: info@deab.de
www.deab.de

Bayern:

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
Weiße Gasse 3, 86150 Augsburg
Tel. 089 / 350 407 96
E-Mail: info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

Berlin:

Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030 / 4285 1587, Fax: 030 / 49855381
E-Mail: buero@ber-ev.de
www.ber-ev.de

Brandenburg:

Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.
(VENROB)
Schulstr. 8b, 14482 Potsdam
Tel.: 0331 / 7048966, Fax: 0331 / 270 8690
E-Mail: info@venrob.org
Internet: www.venrob.org

Bremen:

Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk (BeN)
Breitenweg 25 , 28195 Bremen
Tel. 0421 / 3260 459
E-Mail: info@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de

Hamburg:

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
Große Bergstraße 255, 22767 Hamburg
Tel.: 040 / 3589386, Fax: 040 / 3589388
E-Mail: Info@ewnw.de
www.ewnw.de

Hessen:

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen (EPN)
Vilbeler Str. 36, 60313 Frankfurt/M.
Fon: 069/ 91395170, Fax: 069/ 29 51 04
e-Mail: info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern:

Eine Welt Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern
Goethestr. 1, 18055 Rostock
Tel.: 0381 / 4902410, Fax: 0381 / 4902491
E-mail: info@eine-welt-mv.de

Niedersachsen:

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)
Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover
Tel.: 0511 / 391650, Fax: 0511 / 391675
E-Mail: hannover@ven-nds.de
Internet: www.ven-nds.de

Nordrhein-Westfalen:

Eine Welt Netz NRW e.V.
Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster
Tel.: 0251 / 284669-0, Fax: 0251 / 284669-10
E-Mail: info@Eine-Welt-Netz-NRW.de
Internet: www.Eine-Welt-Netz-NRW.de

Rheinland-Pfalz:

ELAN Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19, 55118 Mainz
Tel. 06131 / 972 0867, Fax 06131 / 972 0869
E-Mail: info@elan-rlp.de
www.elan-rlp.de

Saarland:

Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.
Haus der Umwelt
Evangelisch-Kirch-Str. 8, 66111 Saarbrücken
Tel.: 0681 / 938 52-35, Fax: 0681 / 938 35-64
E-Mail: info@nes-web.de
www.nes-web.de

Sachsen:

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen (ENS)
Kreuzstr. 7, 01067 Dresden
Tel.: 0351 / 4923364, Fax: 0351 / 4923360
E-Mail: kontakt@einewelt-sachsen.de
www.einewelt-sachsen.de

Sachsen-Anhalt:

Eine-Welt Landesnetzwerk Sachsen-Anhalt e.V.
Johannisstr. 18, 06844 Dessau
Tel.: 0340 / 2301122, Fax: 0340 / 2301121
E-Mail: ewnsa@web.de

Schleswig-Holstein:

Bündnis Eine Welt in Schleswig-Holstein (BEI-SH)
Papenkamp 62, 24114 Kiel
Tel.: 0431 / 6614532, Fax: 0431 / 6580558
E-Mail: info@bei-sh.org
www.bei-sh.org

Thüringen:

Eine Welt Netzwerk Thüringen

Gutenbergstr. 1

07743 Jena

Tel.: 03641 / 35 65 24, Fax: 03641 / 2076916

E-Mail: info@ewnt.de

www.ewnt.de